

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando, vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., halbjährlich 5,50 Mk., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vollabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eintragungen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Original-Abdruck außer Kosten.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummern- und Seiten- und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Preise für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 21. August 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Budgetbewilligung.

II. (Schluß.)

Wir sagten neulich, daß es belanglos sei, ob durch das bayerische Finanzgesetz der bayerische Militäretat bewilligt werde. Denn das Fehlen des Militäretats spielt für den Charakter der süddeutschen Staaten nicht die geringste Rolle. Es ist gänzlich gleichgültig, ob die süddeutschen Bundesstaaten direkt für den Militarismus eintreten, oder ob die bürgerlichen Reichstagsabgeordneten diese Forderungen bewilligen und die Vertreter der süddeutschen Regierungen im Bundesrat ihren Segen dazu geben. Es sind die süddeutsche Bourgeoisie und die süddeutschen Regierungen, die für das Anwachsen unseres Militarismus einschließlich der Flotten- und Kolonialausgaben genau dasselbe Maß der Verantwortlichkeit tragen wie die preussische Bourgeoisie und die preussische Regierung! Und die Ausplünderung des Volkes durch das Wachstum des Militarismus in Gestalt der indirekten Besteuerung ist in Bayern, Baden, Württemberg und Hessen nicht geringer als in Norddeutschland. Wenn man sich also mit einer süddeutschen Regierung auf guten Fuß zu stellen sucht, so kann man sich nicht damit herausreden, daß diese Regierungen in ihrem Wesen etwas ganz anderes seien als die sächsische oder preussische Regierung, daß sie minder reaktionär seien als die Regierungen dieser Länder. Auf die parlamentarischen Umgangsformen kommt's nicht an. Und es ist ja auch ganz selbstverständlich, daß süddeutsche Minister, die nicht so scharfe Angriffe von sozialdemokratischer Seite auszusitzen haben wie etwa ein Bülow oder Einem, auch in ihren Umgangsformen verbindlicher sind. Es wäre doch aber auch ein wirklich sehr fortgeschrittenes Stadium des parlamentarischen Kretinismus, wenn man die parlamentarischen Umgangsformen zum Gradmesser des Klassengegenjähres machen wollte!

Die süddeutschen Staaten sind genau dieselben kapitalistischen Gebilde wie die norddeutschen Staaten! Für die Politik des Bürgerturns, als dessen Ausfühler die Regierungen zu betrachten sind, sind genau dieselben Forderungen maßgebend wie jenseits des Rheins. Wenn das in den Landtagen selbst immer mit derselben Schärfe zutage tritt wie in Preußen und im Reich, so liegt das im wesentlichen daran, daß durch die Verfassung, die sich seinerzeit die Bundesstaaten gegeben, die Frage des Militarismus und der Ausbringung der Mittel auf das Reich übertragen worden ist. Da sich nun im Laufe seiner Entwicklung der kapitalistische Staat seinem Wesen entsprechend immer mehr zum Militärstaat und zum weltpolitischen Raubstaat entwickelt hat, ist gerade diese der Kompetenz des Reiches überwiesene Frage immer mehr zu einer solchen von ganz überwiegender Bedeutung geworden! Das drückt sich schon in den Zahlen aus. Betragen doch die Reichsausgaben für Militarismus, Marinismus und Kolonialpolitik einschließlich der Schuldenzinsen usw. schon annähernd 1600 Millionen Mark. Das ist weit mehr, als Preußen insgesamt an Netto-Einnahmen aufweist, und zirkuliert siebenmal soviel als die Netto-Einnahme Bayerns, des größten Bundesstaates nach Preußen! Und diese Ausgaben für den Militarismus und die Weltpolitik wachsen ins Riesenhafte! Während zum Beispiel nach der Veranschlagung des Flottengesetzes von 1900 — der berücksichtigten Fünftausend-Mark-Borlage — im Jahre 1911 die Flottenausgaben mit 260 Millionen den Höchstbetrag erreichen sollten, werden sie nach den neuesten amtlichen Berechnungen im Reichsetat für 1908 im Jahre 1911 bereits die Höhe von mehr als 460 Millionen erreicht haben!

Es wird also nicht mehr lange dauern, bis die Ausgaben für den Militarismus und die Weltpolitik runde 2 Milliarden betragen. Und diese Summen müssen nicht nur von Preußen aufgebracht werden, sondern auch von Süddeutschland. Und sie werden aufgebracht durch indirekte Steuern, durch Zölle und Verbrauchsabgaben, die überwiegend vom Proletariat aufgebracht werden müssen! Und das Proletariat hat nicht nur diese Zölle und Verbrauchsabgaben aufzubringen, sondern auch den ungleich höheren Tribut an die Agrarier, den die Volkspolitik dem Volke auferlegt! Dergestalt belastet der Militarismus allein die süddeutschen Staaten mit weit höheren Abgaben, als sie in den Budgets dieser Einzelstaaten insgesamt in Erscheinung treten! Und für diese Auswucherungspolitik des Volkes sind die bürgerlichen Parteien und Regierungen der süddeutschen Staaten in vollstem Maße mitverantwortlich! Genau so, wie sie volle Mitverantwortlichkeit dafür trifft, wenn die neue Reichsfinanzreform die das Reich bildenden Bundesstaaten abermals mit indirekten Steuern in Höhe von mehreren Hundert Millionen Mark belasten wird! Aber es ist nicht allein diese skandalöse Volksausplünderungspolitik, für die die süddeutschen Staaten die schwerste Mitverantwortlichkeit trifft. Auch für unsere sinn- und strupellose Weltpolitik, diesen Urquell des internationalen Marinewettrüstens, der ganzen europäischen Eifersüchteleien, entfällt auf die süddeutsche Bourgeoisie und die süddeutschen Regierungen ein genau so gerichtetes Maß der Verantwortlichkeit, wie auf die preussischen

Junker, Zentrümmer, Nationalliberalen, Freisinnigen und auf die preussische Regierung!

Wie können also die süddeutschen Genossen bei vernünftiger Erwägung überhaupt auf die Idee kommen, daß für Süddeutschland besondere Verhältnisse vorliegen, daß man sich dort mit den Regierungen auf einen vertraulichen Fuß stellen, ihnen größeres Entgegenkommen zeigen könne, als in den übrigen Teilen des Reiches? Weil man dort Wahlreformen durchgeführt hat? Das geschah doch nicht der Sozialdemokratie zuliebe, nicht zur Förderung des proletarischen Klassenkampfes, sondern zugunsten bürgerlicher Mehrheitsgruppen und zur Beschwichtigung des proletarischen Emanzipationskampfes! Und wenn auf sozialpolitischem Gebiete mancherlei durchgeführt wurde, so entsprach man damit nur den dringenden Bedürfnissen der Zeit und wohl auch der schlaunen Absicht, dem proletarischen Klassenkampfe die prinzipielle Spitze abzubrechen, die Sozialdemokratie in eine harmlose Arbeiterreformpartei umzuwandeln! Und für dies „Entgegenkommen“, das im ureigenen Interesse der Herrschenden selbst lag, das aus den Tendenzen bürgerlicher Harmoniebestrebungen geboren wurde, wollen sich die süddeutschen Genossen damit noch besonders bedanken, daß sie für das Budget eines Klassenstaates stimmen, daß sie einer Klassenstaatlichen Interessenvertretung — denn auch in Baden und Bayern ist die Regierung doch nichts anderes! — ein Entgegenkommen beweisen, durch das, ob gewollt oder ungewollt, die Schärfe des Klassenkampfes mit Naturnotwendigkeit abgestumpft werden muß? Denn es ist ein Unding, einem Klassenstaat das Budget, also die Mittel zu seiner Fortexistenz, zu bewilligen, und gleichzeitig den Klassenkampf mit der gebotenen prinzipiellen Schärfe zu führen! Wie bei dem Liberalismus die ganz ähnlich geartete Blockpolitik zu völliger Knochenweichung geführt hat, so würde auch bei der Sozialdemokratie die Politik des Entgegenkommens, des Parlamentarismus und des klügelnden Diplomatisierens bald zum völligen Rückgratwandel führen müssen!

Dem Drange nach positiver Arbeit ist durch die Ablehnung des Budgets doch wahrhaftig auch nicht die geringste Schraube gesetzt. Die süddeutschen Fraktionen haben im Gegenteil nach wie vor die Pflicht, jede Möglichkeit auszunutzen, um durch Mitarbeit an der Gesetzgebung das Interesse des arbeitenden Volkes zu vertreten und für die ausgebeuteten Schichten möglichst viel Reformen herauszuschlagen! Nur der Wädlinge, des Dankes an die Vertreter des Klassenstaates und der Vertrauensvoten, die jede Budgetbewilligung trotz allerhand Vorbehalte in sich schließt, hat sie sich zu enthalten!

Der Illusion allerdings müssen sich die süddeutschen Genossen restlos entschlagen, als ob sie in der Lage wären, durch Entgegenkommen und Liebeswerben bei ihren Regierungen in die preussisch-deutsche Reaktion irgendwie Bresche schlagen und womöglich ihren preussischen Brüdern für den proletarischen Emanzipationskampf Pionierdienste leisten zu können. Daß die Verbesserung der Lebensverhältnisse staatlicher Arbeiter in Süddeutschland, daß eine liberalere Verwaltungspraxis auf die Dauer auch auf Norddeutschland nicht ohne Einfluß bleiben kann, ist selbstverständlich. Aber diese Reformen sind auch, und erst recht, zu erreichen durch rücksichtslosen Klassenkampf in Süddeutschland und in Preußen! Und die preussischen Genossen werden es nicht an kräftigster Unterstützung der im Sinne des Klassenkampfes positiven Arbeit fehlen lassen! Was nicht die Klassenorganisation des Proletariats durchsetzen kann, werden freundschaftliche Vorstellungen, werden Liebesdienste nach dem bössartigen Vorbild des Volkfreitums erst recht nicht durchsetzen! Oder bildet man sich vielleicht ein, durch eine liebenswürdige Miene die Nachhaher des Klassenstaates über das Wesen und die Absichten des proletarischen Klassenkampfes hinwegtäuschen und sie später um so wirksamer überrollen zu können? Ach, das wäre ja nichts anderes, als die famose Taktik des famosen Herrn Raumann, der erst durch die fügigste Blockpolitik den Junkern bei der Regierung möglichst viel Wind aus den Segeln zu nehmen hofft, um sie dann durch plötzlich veränderte Frontstellung mit Hilfe der Sozialdemokratie wuchtig auf's Haupt schlagen zu können!

Daß dabei der Liberalismus des Liberalismus viel früher zum Teufel gegangen sein wird, als der politische Einfluß des Junkertums, ist für alle sozialistischen Kritiker ein Axiom. Aber ebenso ist es ein politisches Axiom, eine Selbstverständlichkeit, daß bei ähnlicher Politik auch der Klassenkampfstandpunkt der reformerisch gewordenen Sozialdemokratie längst zum Teufel gegangen sein und das Proletariat schließlich den totemmürrisch blamierten Europäer abgeben würde.

Nicht die Kluge und Klugeinde, spitzfindig kalkulierende Politik unserer Parlamentarier vermag den Sieg des Proletariats zu sichern, sondern nur der klare, ehrliche, unverwundliche Klassenkampf des im prinzipiellen Sinne taufendfältig gesuchten, unermüdet angeseuerten Proletariats selbst. Diese wichtigste positive Arbeit aber verkennen und verleugnen diejenigen, die das Schwergewicht des proletarischen Emanzipationskampfes von der Agitation und Organisation unter den Massen auf das schlüpfrige Parkett der Parlamente selbst verlegen wollen!

Vom Katholikentag.

Düsseldorf, 10. August. (Fig. Ver.)

Heute morgen unternahm die Frauen des Katholikentages eine Wallfahrt nach Kaiserwerth, wo in der dortigen Suitbertuskirche eine Pontifikalmesse mit Predigt stattfand. Der Beginn der heutigen geschlossenen Versammlung verschob sich über eine Stunde und der Präsident sah sich genötigt, um die verlorenen Zeit wiederzugewinnen, die Redezeit der Diskussionsredner auf drei (!) Minuten zu beschränken — ein Verhalten, das deshalb bemerkenswert ist, weil es sich heute um die Behandlung der Anträge zur sozialen Frage handelte. Die Wahlung des Präsidenten wurde prompt befolgt. Eine Diskussion fand überhaupt nicht statt; nur einige Vertreter der katholischen kaufmännischen Vereine, die Grund zur Klage über die Zurücksetzung ihrer Bestrebungen zu haben glaubten, redeten einige Worte. Sonst verlief die Verhandlung im Automobiltempo nach folgendem Schema: Der Vorsitzende des sozialen Ausschusses gab eine kurze Erläuterung zu jedem Antrage. Darauf der gräfliche Präsident: „Ich eröffne die Diskussion und schliesse sie, da sich niemand zum Wort gemeldet hat. Der Antrag ist also angenommen.“ So findet sich der Katholikentag, dessen sozialen Ernst und Erfolg die ultramontane Presse nicht genug rühmen kann, mit der sozialen Frage ab!

Von den hierher gehörigen Anträgen seien einige genannt. Gefordert wird die Einführung eines Fortbildungsunterrichts für gewerbliche Arbeiterinnen, der natürlich die religiös-sittliche Erziehung der Arbeiterinnen in den Vordergrund zu rücken hat; den Hausfrauen werden jene Dienstmädchenorganisationen empfohlen, die neben der Pflege ihres religiös-sittlichen Lebens auch der Pflege ihrer Standesinteressen obliegen; die Katholiken werden ermahnt, sich der kommunalen Wirtschafts- und Sozialpolitik und der Erziehung zur Mitarbeit an der sozialen Fürsorge in den Gemeinden zu widmen. Weiter erkennt der Katholikentag die Erhaltung und Kräftigung des gewerblichen Mittelstandes als eine unabwendbare Notwendigkeit an; er erklärt die Förderung des Wohnungs- wesen's der mittleren und unteren Volksschichten für eine der dringendsten Kulturaufgaben. In seinem Antrage, der die katholischen Standesvereine betrifft, heißt es: „Vor allem sind die Vereine für die schulentlassene männliche und weibliche Jugend, die ja die Vorstufe für die Vereine der erwerbstätigen Männer und Frauen bilden, in Stadt und Land einzuführen; ihre Vereinsstätigkeit muß systematisch ausgebaut werden. Schule, Elternhaus, Lehrern müssen unangesehnt bemüht sein, die schulentlassene Jugend diesen Vereinen zuzuführen.“

Ueber die soziale Tätigkeit der Katholiken läßt sich ein Antrag ausführlich aus, worin erklärt wird, daß die Katholiken „auch in Zukunft, treu den Wahnungen von Papst und Bischöfen, unermüdet sich betätigen werden, sei es in der Ausbreitung und dem kräftigen inneren Ausbau des katholischen sozialen Vereinswesens zur Pflege sozialen Verständnisses und Pflichtbewusstseins, sei es in der eifrigen Mitarbeit an dem Ausbau der sozialen Gesetzgebung, der genossenschaftlichen Selbsthilfe und der Wohlfahrts- pflege.“ Im einzelnen wird gefordert die tatkräftige Weiterführung der sozialen Gesetzgebung zugunsten aller Stände auf dem Boden der ausgehenden sozialen Gerechtigkeit; begrüßt wird die wachsende Ausbreitung und innere Erstarbung der auf dem Boden des christlichen Sittengesetzes stehenden Berufsvereinigungen und Wirtschaftsgenossenschaften; erwartet wird, daß alle Katholiken bei der Durchführung der sozialen Einrichtungen tatkräftig mitwirken und sich beteiligen an jener praktisch-sozialen Tätigkeit, die unter dem Namen soziale Wohlfahrtspflege zusammengefaßt, auf die Vesserung der Lebenshaltung und eine dem christlichen Sittengesetz entsprechende maßvolle Steigerung des Lebensgenusses, insbesondere aber auf die Ausbildung des inneren Menschen nach Geist und Gemüt abzielt.“

In der heutigen öffentlichen Generalversammlung redet zunächst, den meisten wegen der Unzulänglichkeit seiner Stimm-mittel unverständlich, Landgerichtsrat Laarmann-Essen über die katholischen Ideale bei der studierenden Jugend; für den mangelnden Beifall aus der Versammlung entschädigte den Redner das ebenso häufig wie eckelt ausgeübte Zustimmungsgewinnspiel von der Studententribüne, wo man sich geschmeichelt fühlte durch das Zungenbild, das der Herr Landgerichtsrat vom braven katholischen Studenten entwarf.

Professor Jahn-Strahburg, ein Geistlicher, behandelte das Thema: Frauenbildung und Frauenbetätigung. Der Redner erkennt an, daß die Stellung der Frau im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben sich geändert hat und neue Aufgaben stellt; er fordert die erweiterte Möglichkeit zur speziellen Ausbildung durch weibliche Fachschulen oder Fachabteilungen, besonders aber die vermehrte Fürsorge für die hauswirtschaftliche Vor- und Fortbildung. Das Wirken der Frau im öffentlichen Leben will er auf sozial-charitative Aufgaben beschränkt wissen; er möchte nicht in der Freigabe des Versammlungsrechts an die Frauen den Witz sehen, daß die Frauen „im Lauffeiert gegen die Wahlurne anstürmen“, daß sie „im Wirken der staubigen und schwindeleichen politischen Arena die in der Frauenfrage erlangenen Erfolge wieder in Frage stellen und sich Erschütterungen aussetzen, die auch für Familie und Volk unheilvoll werden könnten.“ (Lebhafte Weisheit.) Der Redner erklärt das Bestreben, für die Frau alle Männerberufe, alle Männerrechte und alle Männerpflichten geltend zu machen, als

ein Attentat gegen Gottes Ordnung, gegen Familie und Völkerglück und vor allen Dingen gegen das Frauenglück! Der lebhafteste Beifall, den der Redner bei solchen Sätzen und namentlich nach Schluss seiner Rede erntete, liefert den Beweis für die Richtigkeit der Moralisation.

Das politische Gebiet betrat mit seiner Rede der Oberlandesgerichtsrat Marx (Düsseldorf), der die Lage der Katholiken Deutschlands in der Gegenwart behandelte. Man braucht in seiner Rede statt Katholiken nur Zentrum zu setzen und man weiß, wohin er zielt. Der Redner versuchte die Anschauung zu zerstreuen, als ob die Katholiken in Deutschland auf dem Standpunkte der Parität und Gleichberechtigung angelangt seien, und er kommt zu dem Ergebnis: So wie es bisher ging, kann es nicht mehr weiter gehen. Das Wohl des Vaterlandes, des Staates und der Gesellschaft verlangt ein einmütiges Zusammenarbeiten aller Konfessionen. Ein Volksteil von solcher Bedeutung wie das katholische Volk, von solch hohen kulturellen, idealen Gütern, von solchen Verdiensten um den Bestand der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung dürfte und könne nicht auf die Dauer mit Ungerechtigkeit, mit Haß, mit Unverständnis und Lieblosigkeit behandelt werden, wenn nicht das Wohl des Ganzen dafür den allergrößten Nachteil erleiden soll. Und wenn alle die staatliche Autorität mitmacht und zu vernichten sucht, würden die Katholiken in unverbürlicher Treue für den Bestand des angestammten Herrscherhauses eintreten und ihre Prust allen Angriffen auf die staatliche Wohlfahrt entgegensetzen. Ein solcher Volksteil dürfte aber nicht länger zurückgesetzt und unbillig behandelt werden, sowohl die Gerechtigkeit als die Verwaltung muß ihm die gebührende Gleichberechtigung zuteil werden lassen.

Der Redner hatte den richtigen Ton getroffen; die katholische Volkseele zitterte vor Hohn, lochte vor Mut und tobte in Begeisterung. Der Merkantilismus weiß, was er zu bedeuten hat, und er wird in kurzer Zeit seine Bedingungen der Regierung diktiert. Dafür bürgt die Unfähigkeit und Feigheit des Liberalismus!

Die landrätliche Bureaukratie.

Der Fall Schädling wird immer interessanter und charakteristischer für den Wirrwarr der inneren Verwaltung des Kulturstaates Preußen. Vor ungefähr 14 Tagen schien es, als wenn die konservative Presse in der Affäre des Bürgermeisters von Dufum einen Rückzug anträte. Nacheinander gestanden mehrere der leitenden konservativen Blätter, daß ihnen die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den Herrn Schädling unangebracht dünke und am besten die ganze Sache im Sande verlaufe. Aber diese Rücksichtnahme auf die Bequemlichkeit des Reichskanzlers in Bordenberg hat nicht lange angehalten. Die landrätliche Bureaukratie ist mit solcher Erledigung der Angelegenheit nicht zufrieden. Sie verlangt, daß dem Bürgermeister Dr. Schädling der Prozeß gemacht und er aus seinem Amte so oder so hinausbesördert werde; und die konservative Presse ist bereit, dieses ihrem eigenen Empfinden entsprechende Verlangen zu respektieren. Großschnauzig fordert sie seit ungefähr 8 Tagen wieder, daß, unbedünnt um alle Remonstrationen der liberalen Blätter, das Disziplinarverfahren gegen den Dufumer Bürgermeister mit aller Strenge durchgeführt wird, und höhnt über die freisinnigen Blätter, die Rücksichtnahme auf die Volksgemeinschaft fordern. So schreibt zum Beispiel die parteiisidische „Konservative Korrespondenz“:

„Wenn die Wochepolitik auf so schwachen Füßen stünde, daß sie bei jedem noch so geringen Anlaß aus gefährdet zu crachten wäre, so könnte man nur wünschen, es werde mit ihr ein Ende gemacht. Sicherheit und Zuverlässigkeit in nationalen Fragen sollte die konservativ-liberale Mehrheit gewährleisten, nicht aber dem Liberalismus dazu dienen, immer wieder die parteipolitische Macht auszuüben. Den liberalen Parteien soll die Gleichberechtigung wahrlich nicht bestritten oder verkürzt werden; aber das geht doch nicht an, daß jedem, der sich zu einer liberalen Gruppe bekennet, auch ohne Abgeordneter zu sein, Immunität zugesichert wird. Wenn die Linke aus solchen Anlässen mit dem Wochenspiegel droht, dann erweist sie sich eben den Aufgaben, die jedem Teile der konservativ-liberalen Reichstagsmehrheit gestellt sind, nicht als gewachsen, und dann kann der Bestand des Wochens als dauerhaft überhaupt nicht angesehen werden.“

Zugleich leitet die konservative Bureaukratie gegen den verantwortlichen Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ das Zeugniszwangsverfahren ein, um den Verfasser des ersten Artikels des genannten Blattes über den Fall Schädling vom 21. Juli d. J. zu erörtern. Der Verfasser soll sich eines Disziplinarvergehens schuldig gemacht haben. Die Frage des vernehmenden Amtsrichters ging nämlich dahin, ob Bürgermeister Schädling oder dessen Bruder der Verfasser sei. Als die Antwort hierauf abgelehnt wurde, wurde der Redakteur unter Hinweis auf die weiteren Folgen der Zeugnisverweigerung zu einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt.

Doch das ist noch nicht alles. Sofort, nachdem die „Frankfurter Zeitung“ die Meldung von der Verurteilung ihres Redakteurs gebracht hat, veröffentlicht die „Nordd. Allgem. Ztg.“ an der Spitze ihrer Nummer folgendes Dementi:

Zu den Artikeln im heutigen Morgenblatt der „Frankf. Ztg.“ über den Fall Schädling ist festzustellen, daß von der Vernehmung eines Redakteurs der Zeitung und von einem Zeugniszwangsverfahren gegen ihn in der Disziplinarsache gegen Schädling dem Minister des Innern in der Zeit nichts bekannt ist, und daß dieses Vorgehen ohne sein Wissen und Willen eingeleitet worden ist. Das Verfahren führt, worauf wiederholt hingewiesen ist, die Regierungsindependenz selbständig. Es kann sich daher nur um ein Ersuchen des Untersuchungskommissars an das Amtsgericht Frankfurt a. M. handeln.

Und zugleich läßt der Minister durch das offiziöse Wolffsche Depeschensbureau folgendes Telegramm in alle Welt hinausflattern: Berlin, 20. August. Die Zeitungsmeldungen über eine Amtsdispensation des Bürgermeisters Schädling in seiner Disziplinarsache, und über Bemühungen der Regierung um einen Nachfolger für ihn, sind, wie uns von maßgebender Stelle bestätigt wird, tendenziöse Erfindungen.

Ein recht sonderbares Spiel. Danach zu urteilen, finden in den höheren Regionen, in denen Preußen regiert wird, mal wieder sonderbare Querstreichen statt. Wälow und Mollke möchten aus Rücksicht auf den Wochenspiegel, aber die mächtigere Landrats-Bureaukratie will nicht. Sie hat den Freisinnspieß satt.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 20. August 1908.

Das Ergebnis der Fahrkartensteuer.

Die Fahrkartensteuer hat ein schmächtliches Plätzchen erlitten. Als sie im Reichstage beraten wurde, schägten ihre Befürworter den

durch sie dem Reichsjahrel zugeführten jährlichen Betrag auf 40 bis 45 Millionen. Wilder rechnete das Reichsfinanzamt, denn im Etat für das Jahr 1907/08 wurde der Ertrag nur mit 30 Millionen Mark eingestellt. Doch selbst diese Summe ist lange nicht erreicht worden. Der ganze Ertrag für das vom 1. April 1907 bis 31. März 1908 laufende Rechnungsjahr stellt sich nämlich nur auf 17 Millionen Mark. Vereinnahmt wurden: April 1907 bis Juni 1907: 4 800 000 M., vom Juli 1907 bis September 1907: 5 500 000 M., vom Oktober 1907 bis Dezember 1907: 3 500 000 M. und vom Januar 1908 bis Ende März 1908: 3 250 000 M. Die Fahrkartensteuer hat also im Etatsjahr 1907/08 rund 17 Millionen eingebracht. Im Vorschlage des verstorbenen Etatsjahres war die Steuer mit 30 Millionen Mark eingestellt. In seiner Rede vom 28. November 1907 führte der frühere Schatzsekretär v. Steingel aus, daß das voraussichtliche Ergebnis der Steuer zwei Drittel des Vorschlages betragen würde. Auch diese Annahme hat sich als unrichtig erwiesen, denn tatsächlich fehlen zu den erhofften zwei Dritteln des Vorschlages noch 8 Millionen.

Für das Etatsjahr 1908/09 wurde die Fahrkartensteuer mit 24 Millionen eingestellt. Die Einnahmen im ersten Vierteljahr (vom 1. April bis Ende Juni) betragen rund 4 Millionen Mark; sie bleiben also annähernd um 800 000 M. hinter der gleichen Zeit des Vorjahres zurück. Der Grund dieses starken Zurückbleibens der Einnahmen gegenüber dem Vorschlage auch in diesem Jahre liegt wie bisher in dem Abströmen der Reisenden aus der ersten und zweiten Klasse. Auch die ungünstige Lage unserer Industrie und der dadurch hervorgerufene wirtschaftliche Niedergang wirkt auf das reisende Publikum dahin, niedrigere Klassenabteilungen vorzuziehen. In diesem Jahre war auch eine große Verringerung des Fremdenverkehrs zu verzeichnen. Besonders die Krise in den Vereinigten Staaten hat einen großen Ausfall der sonst reiselustigen Amerikaner mit sich gebracht. Trotz dieses ungünstigen Ergebnisses der Fahrkartensteuer hat die Regierung vorläufig nicht die Absicht, darauf zu verzichten.

Ein Rückfall.

In der „Freisinnigen Ztg.“ ist zu lesen:

„Die sozialdemokratischen Zigarrenhändler sind bei der Abstimmung über den Auktions-Ladenschluß in eine richtige Zwischstufe geraten. Mit Rücksicht auf ihre Arbeiterunzufriedenheit mußten sie in Einklang mit der sozialdemokratischen Forderung für den Auktions-Ladenschluß ohne Ausnahme eintreten, während das eigene Interesse sie darauf verwies, gemeinsam mit allen ihren Berufsgenossen Ausnahmestimmungen für Zigarren-Läden zu verlangen.“

Hier behauptet also das führende Blatt der freisinnigen Parteien: das eigene Interesse der Zigarrenhändler — und folglich das der Kleinhandwerker überhaupt — erfordere eine längere, eine möglichst lange Verlaufszeit. Das ist genau dieselbe Behauptung, die im Anfang der 90er Jahre von der freisinnigen Presse ganz allgemein aufgestellt wurde und womit sie damals gegen jede Einschränkung der Arbeitszeit im Handel agitierte. Daß die Behauptung falsch ist, braucht man vor einem politisch gebildeten Publikum heute nicht mehr zu beweisen. Die einfachste Ueberlegung zeigt, daß im großen und ganzen wegen verkürzter Ladenzeit nicht weniger, sondern nur zu anderen Tagesstunden gelaufen wird. Die Zigarren- und sonstigen Kleinhandwerker haben also in diesem Falle genau denselben Vorteil wie die Angestellten selbst: nämlich verkürzte Arbeitszeit. Und was die theoretische Ueberlegung vorher zeigte, das hat inzwischen eine rund 15jährige praktische Erfahrung bestätigt.

Nun hat der Freisinn bekanntlich seine damalige Haltung revidiert. Er ist der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe. Denn wie seine hervorragenden Leuchten wiederholt versicherten, hat er seine Stellung gegenüber den sozialen Reformen nur deshalb geändert, weil er sich durch die strikte Ablehnung bei den Wählern gezeichnet habe oder zu schaden fürchte. Also nicht innere Ueberzeugung trieb ihn, wie ja in der Tat jeder Eingriff in das „freie Spiel der Kräfte“ der inneren liberalen Ueberzeugung widersprechen muß. Und daß er in seinem tiefsten Innern an der alten Bestimmung festhält, das zeigen solche gelegentlichen Ausbrüche wie der vorliegende. Aus Furcht vor den Wählern wagt der Freisinn als Partei heute nicht mehr, gegen die Verbesserung der Arbeitsbedingungen aufzutreten, wie er es vor 15 Jahren tat. Aber im Herzen ist er in dieser Frage der alte geblieben: er höhet die Fortschritte und den Aufstieg der Arbeiterklasse noch gerade so wie vor einem halben Menschenalter und glaubt an seine längst widerlegten falschen Argumente noch gerade so wie damals.

Unternehmer als Krankenkassenbetrüger.

Die Hege gegen den „sozialdemokratischen Mißbrauch der Krankenkassen“ steht von neuem ein. Einer der hauptsächlichsten Scharfmacher, der Reichert Oktavio v. Bedlich, veröffentlichte schon im „Tag“ vom 15. Juli 1908 einen Artikel, der darin gipfelt, daß das „ausgebeutete System von Wunden, das die Sozialdemokratie für ihre Agitatoren und Veteranen sich in den von ihr beherrschten Krankenkassen zu schaffen versucht hat“, durch eine arbeitereindliche Gesetzgebung beseitigt werden müsse. Und die Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ schreibt in Nr. 28 vom 20. Juli 1908 ebenfalls, daß die „Ausbeutung der Krankenversicherung für die staatsfeindlichen Zwecke der Sozialdemokratie so schnell als möglich durch eine Verringerung des § 88 des Krankenversicherungsgesetzes ausgerottet werden müsse“. Das Gesetz soll nach dem Willen des Zentralverbandes deutscher Industrieller bekanntlich dadurch zugunsten der Arbeiter verschlechtert werden, daß den Unternehmern im Kassenvorstand statt des bisherigen Drittels die Hälfte der Sitze im Vorstand eingeräumt werde, während der Vorsitz einem Beamten zu übertragen sei.

Daß das Verbot vom „sozialdemokratischen Mißbrauch der Krankenkassen“ nichts als infamer Schwindel ist, ist unüberleglich durch die Enquete bewiesen worden, welche der Zentralverband der Ortskrankenkassen im Jahre 1908 bei den Unternehmern veranstaltete hat.

It durch die Ergebnisse dieser Umfrage den Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie ein für allemal die Spitze abgebrochen worden, so bleibt die Tatsache allerdings doch bestehen, daß manche Unternehmer für eine Verringerung des § 88 des Krankengesetzes gewichtige Gründe anzuführen haben.

Man beachte folgendes:

Am 10. und 11. August 1908 hielt der Zentralverband der Ortskrankenkassen Deutschlands in Braunschweig seine Generalversammlung ab. Hier wurden die Ergebnisse einer Umfrage verlesen, welche die Zentralkommission der Krankenkassen im Mai 1908 über die von Unternehmern an den Kassen verübten Betrügereien veranstaltet hatte. Die Umfrage war an 1200 Kassen gerichtet worden, von denen leider nur 213 den Fragebogen zurückgeliefert hatten. Trotzdem ergab die Umfrage, daß in 997 Fällen Unternehmer den Arbeitern die Summe von 164 623,48 M. vom Lohn abgezogen hatten, ohne das Geld an die Krankenkassen abzuliefern. Rechnet man hierzu noch das Drittel von 82 461,63 M., das die Unternehmer als eigenen Beitrag zu leisten hatten, ohne ihn abzuliefern, so ergibt sich die Summe von 247 085,11 M., die unterschlagen worden ist. Damit diesen Betrügereien einer gewissen, leider nicht allzu dünn gefassten Unternehmerrunde ein kleiner Niesel vorgeschoben werde, hat der Kongreß der Ortskrankenkassen in Braunschweig beschlossen, daß die wegen derartiger Unterschlagung belangten Arbeitgeber unter Nennung ihres Namens fortan

öffentlich gebrandmarkt werden sollen.

Alle diese braven Leute, unter denen gewiß nicht wenige sind, die über den „sozialdemokratischen Mißbrauch der Krankenversicherungsgesetzes“ Schimpfreden halten, werden aufatmen, wenn die Wünsche der Reichsverbände und anderer Scharfmacher erfüllt sind und die Arbeitnehmerschicht in den Kassenvorständen beschäftigt ist. Es ist menschlich begreiflich, daß die betrügerischen Taten des Unternehmertums die Hoffnung hegen, daß ein nach dem Willen der Scharfmacher zusammengefügter Kassenvorstand, in dem die Arbeiter die Mehrheit bilden, die öffentliche Brandmarkung ihrer Namen verhindern werde.

Die agrarische Volkseele locht.

Sobiel steht heute bereits fest, die Ausdehnung der Erbschaftsteuer wird im Reichstag auf den schärfsten Widerstand der Agrarier stoßen, die anscheinend schon jetzt entschlossen sind, daran die ganze Finanzreform scheitern zu lassen. Wenigstens erklärt die „Deutsche Tageszeitung“ mit der ganzen Unverfrorenheit, die nur einmal die charakteristische Eigenschaft der Junker ist:

„Dessen können die verbündeten Regierungen sicher sein, daß die geplante Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten in landwirtschaftlichen Kreisen auf schärfste bekämpft werden wird. Wir haben in diesen Tagen eine ganze Menge von Zuschriften erhalten, die sich mit seltener Entschiedenheit gegen die Ausdehnung aussprechen.“ In der einen Zuschrift, die von einem durchaus ruhigen und besonnenen Landwirte, und zwar keinem ostelbischen, herrührt, wird gesagt:

„Sollte sich im Parlamente eine Mehrheit für den Vorschlag finden, so werden die Wogen der Entrüstung unter den Bauern noch höher schlagen, als damals gegen die „Acta Capri“.“

Damals haben die Agrarier gedroht, daß sie ihre monarchistische Bestimmung einer Revision unterziehen wollten, einer der Gründer des Bundes der Landwirte, Rupprecht-Ramsau, hat sogar den Uebertritt zur Sozialdemokratie in Aussicht gestellt. Eine ähnliche Melodie soll vermutlich auch jetzt wieder aufgespielt werden.

Ist das Wort „Reichslügenverband“ eine Beleidigung?

Der Braunschweiger „Volksheld“ beschäftigte sich in seiner Nr. 50 vom 28. Februar in einem Artikel mit dem frommen „Braunschweiger Volksblatt“, das in seiner Beilage die bekannten gefälschten Verleumdungen des Vorstandes des hannoverschen Gewerkschafts-Lichters, der Genossen Keinert, Schmidt und Weh, den „hannoverschen Tagesnachrichten“ nachgedruckt hatte, obgleich bereits Verleumdungen erfolgt und von den beleidigten Genossen Klagen gegen die „Tagesnachrichten“ erhoben worden waren. Der Artikel des „Volksheld“ war überschrieben: „Das hiesige Pastorenblatt auf Reichslügenverbandspfaden“, enthielt den Wortwitz, daß das fromme Pastorenblatt den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit denselben unsauberen Mitteln betreibt, wie die direkte Reichslügenverbandspresse“ und erklärte, daß der Artikel des frommen Blattes von „reichslügenverbändlicher Seite“ stamme. Der Artikel des „Volksheld“ richtete sich ausschließlich gegen das „Braunschweiger Volksblatt“. Trotzdem fühlte sich der Rechtsanwalt Kleinrath, Hannover, der in dem Artikel mit keiner Silbe erwähnt worden ist — beleidigt und strengte Privatklage gegen den Redakteur des „Volksheld“, den Genossen Klagenantrag an. Das Schöffengericht Hannover wies zunächst den Klagenantrag Kleinraths kostenpflichtig ab, weil, wie es in der Begründung heißt, „der Artikel sich ganz offenbar und direkt nur gegen das sogenannte Pastorenblatt „Dr. Volksheld“ und die Verunglimpfungen Angehöriger der sozialdemokratischen Partei richtet, also mit ganz speziellen Vorgängen, mit denen der Privatkläger, wenn sie auch auf den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zurückgeführt werden, doch als Mitglied dieses Verbandes persönlich nichts zu tun hat. Der Privatkläger konnte und sollte durch den inkriminierten Artikel nicht getroffen werden, weder persönlich noch als Mitglied des Reichsverbandes. Er ist also auch nicht dadurch beleidigt.“

Auf Entscheld des von Kleinrath angerechneten Landgerichts nahm das Schöffengericht Hannover dann die Klage an und Dienstag wurde dieselbe verhandelt. Als Beleidigung für — sich betrachtete Kleinrath, der Vorsitzender des Reichsverbandsbüros in Hannover ist, die Worte „Reichslügenverbandspfaden“, „Reichslügenverbandspresse“ und „reichslügenverbändlicher Seite“.

Gleichzeitig hatte Kleinrath den Genossen Friedrich vom „Volksheld“ verklagt, der in einer Notiz im politischen Teil des Blattes Herrn Kleinrath, Vorsitzenden der hannoverschen Sektion des Reichslügenverbandes“ genannt hatte. Auch der Redakteur Hupfer von den „hannoverschen Tagesnachrichten“, der die schmähtlichen Artikel gegen unsere Genossen veröffentlicht hatte (!), fühlte sich durch dieselbe Notiz des „Volksheld“ beleidigt, die sich mit der Abweisung seiner Klage gegen das „Hamburger Echo“ beschäftigte.

Zu der Verhandlung am Dienstag beantragten die Genossen Wesemeier und Friedrich, die sich selbst verteidigten, die Unzuständigkeit des Gerichts anzusprechen, weil der „Volksheld“ in Hannover nur in zwei Exemplaren, in einem bei unserem Parteiblatt und in einem von dem Reichsverbandssekretär gehalten wird. Das Gericht sah darin jedoch eine „Verbreitung“ des Blattes und erklärte sich für zuständig. Auch die Unlegitimation des Herrn Kleinrath wurde bestritten mit dem Hinweis, daß kein Reichsverbandschriftsteller und Redner unbestraft bleiben werde, wenn man Herrn Kleinrath das Klagenrecht gewähre, da sie alle die sozialdemokratische Partei oft aufs gründlichste beleidigen. Zur sozialdemokratischen Partei gehöre nur der, der sich der sozialdemokratischen Organisation anschließe. Auch hier sei also, wie beim Reichsverbande, ein festgeschlossener Kreis von Personen vorhanden. Auch wurde der Nachweis angeboten, daß der Reichsverband in fast allen seinen Flugblättern die Unwahrheit erzähle, öfter auch in seinen Schriften gelogen habe. Das Gericht erkannte jedoch alle die Einwände nicht an. „Reichslügenverband“ sei ein Wort, durch welches sich jedes Mitglied des Reichsverbandes beleidigt fühlen könnte, weil es dem Reichsverbande ja nicht nachzuweisen sei, daß er wirklich die Unwahrheit gesagt habe. Das Wort „Reichslügenverband“ wurde daher mit je 50 M. Geldstrafe für jeden unserer beiden Genossen geahndet. Genosse Friedrich wurde außerdem wegen Beleidigung des Hupfer zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

Sozialmoralismus.

Die „Koz“ hat dieses neue Wort geprägt. Sie entrüstet sich darüber, daß die sozialmoralistische Presse darüber „heulmiert“, wenn ein Unternehmer einen Arbeiter wegen seiner Zugehörigkeit zu einer Organisation auf Pfosten wirft. Das Blatt stellt den Grundfah auf:

„Es ist ein absoluter Unsinn, zu behaupten, daß der Unternehmer ruhig zusehen müsse, wenn sich Handarbeiter von ihm zu beliebigen Gewerkschaften zusammenschließen. Nur ein schlapper Arbeitgeber ohne jedes Ehrgefühl wird das dulden. Verbieten kann er es ihnen allerdings nicht, aber er kann von seiner Kündigungsfreiheit Gebrauch machen: und dagegen ist alles sozialmoralische Geschwafel machtlos.“

Was würde wohl die ehrenwerte „Bots“ dazu sagen, wenn die Arbeiter einmal einem Unternehmer den Streik androhen wollten, falls er nicht aus seinem Unternehmerverband austrete. —

Militärjustiz.

Wegen Mißbrauch der Dienstgewalt, Unterschlagungen usw. verurteilte das Kriegsgericht in Ingolstadt die Unteroffiziere Mittel und Lehmer zu je 5 Monaten Gefängnis und Degradation.

Der Soldat Reichling vom Trainbataillon in Gernersheim meldete den Unteroffizier Jörst wegen Verleumdung („Sie sind ein Lausbub!“). Der Anzeiger wurde nicht stattgegeben, dagegen gegen den Soldaten Anklage erhoben, weil er damals, als er von dem Unteroffizier mit „Lausbub“ angeredet worden war, nicht mit den Händen an der Hofenmauer dageslanden hatte. Das Kriegsgericht in Würzburg verurteilte den Soldaten wegen Mißhandlung zu 28 Tagen strengem Arrest.

Das Ende der Aktion.

Nach den letzten Reichstagswahlen ist gegen acht agitatorisch tätig gewesene Genossen in Göttingen ein Verfahren wegen Verleumdung des Hauptmanns Dominik und des Stationsleiters Geo Schmidt eingeleitet worden. Dieses Verfahren wurde dann auch auf drei Parteimitglieder ausgedehnt. Das Verfahren gegen die Weisner Genossen ist längst eingestellt und nun sind auch die angeklagten Parteimitglieder außer Verfolgung gesetzt worden.

Oesterreich.

Ein rektifizierter Staatsanwalt.

Unser Wiener Bruderblatt, die „Arbeiterzeitung“, hat am Dienstag nach längerer Pause wieder einmal eine Konfession erlitten. Sie hatte bei der Besprechung der zum Geburtstag des Kaisers erlassenen Amnestie darauf hingewiesen, daß der Strafnachlaß nur Unbescholtenen zuteil wird, und dazu bemerkt:

Diese Einschränkung gestaltet die Amnestie ohne rechten Grund sehr engherzig.

Diesem Sach hat der Erste Staatsanwalt konfisziert, weil darin das Verbrechen der Majestätsbeleidigung enthalten sei.

Die famose Konfession ist indes schon am Nachmittag desselben Tages vom Landgericht Wien wieder aufgehoben worden. Das Gericht erklärte in der Begründung, daß nach dem Zusammenhang, in dem die von der Staatsanwaltschaft beanstandete Stelle sich befindet, nicht angenommen werden könne, daß sich die in dem angeführten Passus enthaltene Kritik gegen die Person des Kaisers richte.

Der überreife Erste Staatsanwalt ist also schnell rektifiziert worden — die „Arbeiterzeitung“ aber hat den Schaden von der Maßnahme des Herrn weg.

Belgien.

Die Kongoanexion an der Klippe.

Die Kammer hat am Donnerstag einen Beschluß gefaßt, der die Kongoanexion plötzlich wieder in Frage stellt. Die Regierung forderte in einer Vorlage die Garantieung der Schulden des Kongostaats durch Belgien. Die Kammer hat diese Vorlage mit 76 gegen 54 Stimmen bei zehn Stimmenthaltungen abgelehnt. Die Niederlage der Regierung muß eine Ministerkrise zur Folge haben, wenn Leopold II. nicht vorziehen sollte, die Kongoanexion ganz zurückzugeben. Man meint Grund zu der Annahme zu haben, daß er das tun wird — er habe die Garantie der Kongoanexion nur gefordert, um daran die Kongoanexion festzuhalten zu lassen, die er nicht wünscht.

Marokko.

Abdul Afis Herr von Marrakesch.

Wie aus Marrakesch vom 15. d. M. gemeldet wird, vernichtete die Mahalla des Sultans Abdul Afis die Truppen El Glanis bei Sidi Guellal und eine zweite mahallische Mahalla bei Sidi Mahal. Zu derselben Zeit zog der Kadit Mtugi in Marrakesch ein.

Aus der Partei.

Eine eigenartige Entdeckung.

Der Genosse E. N., Redakteur der „Dressener Volkszeitung“ polemisiert gegen die Ausführungen des Genossen H. J. in demselben Blatte dadurch, daß er den Nachweis zu führen versucht, daß in Sachsen das Budget traditionell nicht abgelehnt, sondern bewilligt worden sei. Seit 1878 sei von unserer Fraktion das Budget nur zweimal abgelehnt, in zehn Fällen aber bewilligt worden. Diese Praxis sei nicht nur unter der Führung Liebknechts, sondern auch unter der Führung des Genossen Weber geübt worden. So habe 1890 Weber mit der übrigen Fraktion für das Gesamtbudget gestimmt. Auch später, als Weber ausgeschieden sei, hätten die übrigen Genossen (Weber, Goldstein, Horn, Roden, Stolle usw.) das Budget bewilligt. Selbst 1898 und 1900 hätten die sächsischen Fraktionsmitglieder noch für das sächsische Budget gestimmt.

Der Genosse E. N. stellt diese Behauptungen auf Grund des amtlichen Stenogramms des sächsischen Landtages auf.

Wir bemerken demgegenüber einwachen, daß Weber im Jahre 1894 noch im Jahre 1901 auf den Parteitag in Lübeck und Frankfurt von den sächsischen Genossen auf diese angebliche Bewilligung des Budgets durch die sächsischen Genossen hingewiesen worden ist, wohl aber erklärte der Genosse Weber im Jahre 1901, daß eine Budgetbewilligung in Sachsen nur ein einziges Mal vorgekommen sei. Ferner erklärte der Genosse Goldstein vor noch nicht langer Zeit, daß er nicht für das Budget gestimmt habe!

Trotz der Ungeheuerlichkeit dieser Enthüllungen, die mit unseren Parteitagprotokollen in schärfstem Widerspruch stehen, drückt sie bereits die „Frankfurter Tagespost“ munter nach. Wir erwarten, daß die in Frage kommenden Genossen schleunigst eine Berichtigung und damit auch eine gründliche Zurückweisung dieser neuesten Rechtfertigungsversuche der sächsischen Sonderbündler unternehmen werden!

Zum Parteitag.

Genosse J. St. regt in der „Schwäbischen Tagwacht“ an, auf dem Parteitag die Bildung einer Kommission zu betreiben, die sich mit der Herausgabe eines Lehrbuchs der Weltgeschichte befaßt, das den Stoff in gedrängter Kürze bietet und das Zusammenhänge mit der ökonomisch-materialistischen Idee durchleuchtet. Die Kommission müßte eine Reihe befähigter Autoren gewinnen, die sich in die Arbeit teilen und nach einem gemeinsamen Plan, auf Grund des historischen Materialismus, doch ohne in Einzelheiten die subjektive Auffassung der Autoren zu beschneiden, das Werk herzustellen.

Die Kreisversammlung für den Wahlkreis Ruppin-Templin delegierte die Genossen Ritter und Volziner.

Die Jahresversammlung des Wahlkreises Brandenburg-Westhavelland den Genossen Sidow.

In einer Zuschrift aus Dresden wird von einem bekannten Genossen die in Nr. 193 gedruckte Notiz über die Veranlassung der Genossen von Dresden-Alstadt als irreführend

bezeichnet. Die darin abgedruckte und als angenommen bezeichnete Resolution sei gegenstandslos geworden durch die gegen nur vier Stimmen erfolgte Annahme der Leipziger Resolution zur Jugendorganisationsfrage. — Der Bericht der „Dressener Volkszeitung“ behauptet die Annahme der von und wiedergegebenen Resolution.

Aus den Organisationen.

Die Organisation im Reichstagswahlkreis Brandenburg-Westhavelland hat, wie auf der am Sonntag in Brandenburg tagenden Jahresversammlung berichtet wurde, jetzt 3531 Mitglieder. In den beiden Industriestädten des Kreises Rathenow und Brandenburg sind mehr als 48 Proz. der sozialdemokratischen Reichstagswähler im Wahlverein organisiert. Um in den kleinen Städten und auf dem Lande, wo die Organisation ungenügender steht und teilweise Mißstände zu verzeichnen sind, die Partei mehr zu fördern, wurde die Anstellung eines Parteisekretärs gewünscht. Die Anregung wurde dem Vorstand zur Erwägung überwiesen. Bei den Stadtverordnetenwahlen hat die Partei glänzende Siege errufen und bei den Landtagswahlen entscheidende Fortschritte gemacht. Zur Provinzialkonferenz in Berlin stellt die Kreisversammlung den Antrag, in dem geplanten Einheitsstatut für die Provinz den Pflichtbeitrag der Kreisvereine auf 3 Pf., pro 30 Pf. Beitragsmarke festzusetzen und den Monatsbeitrag der weiblichen Mitglieder auf 15 Pf. zu bemessen. — Der Stand des Parteiorgans, der „Brandenburgische Zeitung“ ist günstig. Trotz Betriebsverweigerungen und Ausgestaltung des Blattes ist ein Ueberfluß von rund 10000 M. erzielt worden. Der Abonnentenstand ist unter den Einwirkungen der Krise etwas gesunken, war aber im Jahresdurchschnitt immer noch höher als im Vorjahr, seine mittlere Höhe war über 12000.

Im Wahlkreis Solingen, der am 9. August seine von 64 Delegierten, darunter 10 Frauen besetzte Kreisversammlung abhielt, ist im letzten Jahre die Organisation, wohl infolge der günstigen wirtschaftlichen Krise, nur um 108 Mitglieder gewachsen. In Beiträgen wurden 10267 M. gegen 7888 M. im Vorjahre aufgebracht. Die Gesamteinnahmen sind von rund 14000 M. im Vorjahre auf über 18000 M. gestiegen. Die Kosten der Landtagswahl beliefen sich auf 2519,70 M., ein Zuschuß von 914,80 M. zu dem durch Sammellisten aufgebrachtem Betrag von 1604,93 M. war erforderlich. — Die Parteipresse steht verhältnismäßig günstig; die Einnahmen haben sich bedeutend gehoben, allerdings auch die Ausgaben. Ein Antrag, das Parteiblatt in Parteiregie zu übernehmen (jetzt ist eine Genossenschaft Eigentümerin) wurde auf später vertagt. Abgelehnt wurde ein Antrag, nach welchem der Beitrag der Frauen 15 Pf. pro Monat nicht übersteigen und die „Gleichheit“ nicht obligatorisch eingeführt werden sollte.

Im Wahlkreis Ruppin-Templin, dessen Kreisversammlung am 9. August in Zehdenitz tagte, ist infolge der wirtschaftlichen Krise die Mitgliederzahl von 942 auf 873 zurückgegangen. Gewerkschaftlich organisiert sind 1928 Genossen. Die Einnahmen beliefen sich während des ersten Halbjahres 1908 auf 976,39 M., die Ausgaben auf 918,58 M. Die Abonnenten der Parteipresse haben sich gleichfalls vermindert. Es werden 333 Exemplare der „Brandenburgische Zeitung“ und 21 Exemplare des „Vorwärts“ gelesen. — Bei den Gemeindevertreterwahlen haben Kurtzschlag, Zehdenitz und Ziegen sehr gut abgeschnitten. Leider mußte konstatiert werden, daß in Ziegen der gewählte Parteigenosse der Partei den Rücken lehrte. Genosse Wittig in Zehdenitz stimmte für Errichtung einer katholischen Schule, während bürgerliche Vertreter dagegen stimmten. Darüber von der Wahlvereinsversammlung zur Rede gestellt, gab derselbe eine ausweichende Antwort. Die Zehdenitzer Genossen forderten nunmehr die Mandatsniederlegung des inzwischen aus dem Wahlverein geschiedenen Genossen Wittig. Diesem Verlangen ist er bis heute nicht nachgegeben. Bei der Landtagswahl hat er nicht gewählt. Die Konferenz nahm dazu folgende Resolution an: „Die heutige Kreisgeneralversammlung erklärt nach Kenntnisnahme der Handlungen des von der Partei aufgestellten und gewählten Stadtverordneten Wittig in Zehdenitz, denselben nicht mehr für würdig, der sozialdemokratischen Partei anzugehören und fordert denselben auf, unverzüglich sein Mandat in die Hände seiner Mandatgeber zurückzugeben. Die Versammlung erklärt sich durchaus einverstanden mit den in dieser Angelegenheit von dem Ortsverein Zehdenitz gefaßten Beschlüssen. — Der Zentralvorstand wurde von Neu-Ruppin nach Zehdenitz verlegt. Zum Zentralvorsitzenden wurde Genosse Volziner-Zehdenitz und zum Kassierer Genosse Ehlers-Zehdenitz gewählt.

Der Organisationsplan sowie das Normalstatut für die Wahlvereine der Provinz Brandenburg mit dem Einheitsbeitrag von 30 Pf. wurde angenommen.

Zur Provinzialkonferenz wurden die Genossen Kammer, Respitthal-Zehdenitz und Neumann-Neu-Ruppin delegiert.

Ein neues Parteisekretariat. Die Parteikonferenz für den Wahlkreis Hanau-Selhausen-Drb beschloß die Anstellung eines Sekretärs. Gewählt wurde Genosse Robert Dühmann, bisher Lokalbeamter des Metallarbeiterverbandes in Frankfurt a. M.

Vor Zug nach Brüssel wird gewarnt!

Wir werden um die Veröffentlichung der folgenden Warnung gebeten:

„In letzter Zeit haben wir, wohl infolge der herrschenden Krise, einen sehr starken Zug von deutschen Arbeitern nach Brüssel. Wir möchten hierdurch dringend vor Zugzug warnen und hauptsächlich die deutschen Handwerker darauf aufmerksam machen, sich nicht zu viel von der im Jahre 1910 stattfindenden Weltausstellung zu versprechen. Belgien ist das Land, wo, abgesehen von ganz vereinzelten Ausnahmen, die schlechtesten Löhne bezahlt werden und die längste Arbeitszeit herrscht.

Ferner machen wir noch darauf aufmerksam, daß gewisse Handwerker, wie Holzarbeiter, ohne eigenes Handwerkszeug keine Beschäftigung finden können. Zurreisenden empfehlen wir, sich sofort an den deutschen Arbeiterverein Maison du Peuple (Joseph Stevens), zu wenden, der sie mit Rat und Tat unterstützen wird.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.
Deutscher Arbeiterverein Brüssel.

Soziales.

Der Handlungsgehilfe als Schauspieler.

Es werden zwar manchmal einem Handlungsgehilfen Arbeiten aufgetragen, die nicht zu den kaufmännischen Obliegenheiten gehören. Doch aber ein Handlungsgehilfe regelt rechtsonne die Spielerei muß, dürfte auch nicht oft vorkommen. Ein derartiger selbster Fall beschäftigte die erste Kammer des Kaufmannsgerichts. Der Stadtreisende Franz G. hatte gegen die Scharfmachermaschinen-Fabrikgesellschaft von B. Derrich auf Zahlung von 100 M. Klage gestellt. Als Enkassierungsgrund führte der klagende Chef an, der Kläger habe die im Geschäft stattfindenden „Vorstellungen“ durch Klagen geführt und habe auch zu sehr dem Alkohol zugegriffen. Mit diesen „Vorstellungen“ hatte es folgende Bewandnis: Zu bestimmten Zeiten mußten sich sämtliche Reisende in einem zum „Demonstrationsaal“ bestimmten Räume des Geschäftsbüros einstellen. Die Rollen wurden dann dergestalt verteilt, daß ein Reisender den Kassierer abgab, während ein zweiter den Kunden zu spielen hatte. Das übrige Personal bildete die Zuschauer. Nach den Angaben des Chef-Kassieurs sollte nun die Hauptaufgabe der beiden Spieler darin zu bestehen, daß der den Kunden Spielende alles mögliche an der ihm vorgeführten Maschine auszuweisen mußte, während der Interpret des Reisenden die Zweifel an der Güte des Objekts durch sachgemäße Demonstrationen zu beheben hatte. Der Kläger soll nun die Rolle des „Kassierers“ so ungeschickt gespielt

haben, daß das Auditorium in ein unerbittliches Gelächter ausbrach. Demgegenüber behauptete der Kläger, daß bei den Vorstellungen immer gelacht wurde. Es läge das auch in der Natur der Sache, daß bei einer derartigen Vorführung mit verteilten Rollen im Rahmen des Geschäftsbetriebes der Ernst nicht so leicht gewahrt werden könne.

Das Kaufmannsgericht lehnte die von der Beklagten angebotene Beweisaufnahme ab und verurteilte die Firma dem Klageantrag gemäß. Die Verfehlungen berechtigten nicht zur sofortigen Entlassung, auch bezüglich der behaupteten Trunkenheit des Klägers hätte Vernehmung vorangehen müssen.

Eine für Kolluttischer wichtige Entscheidung.

Fällte die Kammer 7 des Berliner Obergerichts in ihrer letzten Sitzung unter dem Vorsitz des Magistratsrats Dr. Gertl. Der Kolluttischer S. verlangte von der Expeditionsfirma Jakob und Valentin Herauszahlung von 90 M. Kaution, die ihm als Ersatz für ein von seinem Wagen gestohlenes Kollie einbehalten waren. In Betracht kam eine Vertragsbestimmung, in der unter anderem gesagt ist: Für Verluste oder Beschädigungen, die die ihm übergebenen Güter erfahren, haftet der Kolluttischer, falls er nicht nachweist, daß sie auf einen unabwehrbaren Zufall zurückzuführen ist, als welcher jedoch Diebstahl nicht anzusehen ist. — Der Kläger bezurft sich darauf, daß er keinen Mißfahrer (Kolluttischer usw.) zur Verfügung gehabt habe, als der Diebstahl passierte. Er habe Güter von der Bahn abgeholt, habe ohne Mißfahrer hinfahren müssen und nach dem Bahnhof keinen Mißfahrer nachgeholt bekommen. — Der Firmenvertreter und der als Zeuge erschienene Inspektor Roland führten aus: Es komme vor, daß die Kolluttischer, namentlich an Fortbildungsschulungen, ohne Kolluttischer zur Bahn fahren müßten. Für solche Fälle seien sie aber angewiesen, auf dem Bahnhof bis zum Eintreffen eines Begleiters zu warten, bevor sie Güter an Kunden abfahren, und wenn kein Begleiter komme, mit allen Gütern direkt nach dem Expeditionshof zu kommen. Dem habe Kläger zuwidergehandelt, indem er doch, obwohl kein Begleiter kam, Güter abrollte. — Der Vertreter des Klägers als Sachmann stellte fest, daß sehr viele Diebstähle schon auf dem Bahnhof vorkämen, wenn nur eine Person die Uebernahme der Güter besorge. Diese könne doch nicht zugleich vorn und hinten den Wagen beobachten. Im übrigen aber habe nach Mitteilungen anderer Kolluttischer die vom Inspektor behauptete Order nur darin bestanden, daß nach Vorkommen von Diebstählen gesagt worden sei: Warum fahrt Ihr nicht nach Hause? In anderen Fällen wären Kolluttischer angehalten worden, wenn sie wegen Fehlens eines Mißfahrers gleich nach Hause gekommen seien. — Der Inspektor bestritt dies und blieb bei seiner Aussage.

Das Obergericht verurteilte die Firma zur Herauszahlung der 90 M. und führte aus: Da der Kläger ohne Zusage haben fahren müßte, so treffe ihn hier keine Verantwortung, weil gar nicht nachweisbar sei, wann und wo die Waren gestohlen seien, ob das nicht vielleicht schon auf dem Bahnhof geschah. Den Schaden müsse die Expeditionsfirma selber tragen. Es sei überhaupt eine Risikoreise geworden, diese ewigen Diebstähle von Stückgütern. Deshalb bleibe man bei den allgewohnten Wagen, die nach allen Seiten offen seien? Warum schaffe man nicht dergestalt geschlossene Wagen an, wie sie in London und Paris benutzt würden?

Das Urteil des Obergerichts ist durchaus zutreffend. Es fragt sich nur, ob nicht der Klage bereits ohne Beweisaufnahme stattzugeben gewesen wäre, weil die vertragliche Vereinbarung, die dem Arbeiter das Risiko des Verlustes auch dann auferlegt, wenn ihn keine Schuld trifft, gegen die guten Sitten verstößt und unbillig ist.

Der Handel mit polnischen und russischen Arbeitskräften muß ein sehr einträglicher und blühender Geschäftszweig sein. Jetzt dehnen die Sklavenhändler ihre Tätigkeit auch nach Süddeutschland aus. In Nürnberg hält sich zurzeit ein solcher, namens M. Delbaum aus Kolbuszowa in Galizien, vorübergehend auf, um Aufträge auf die Lieferung von Lohnarbeitern entgegenzunehmen. Er bezichtigt an die Unternehmer ein gedrucktes Zirkular, in dem es heißt:

„... Ich bin stets in der Lage, galizische, masurenische, russische Arbeiter für jedwede Arbeit, insbesondere für landwirtschaftliche Betriebe, Ziegeleien, Chamottewerke, Erdarbeiten zur Verfügung zu stellen.

... Sie brauchen Leute, die gesund, tüchtig, fleißig, genügsam und anständig sind. Durch meine Beziehungen bin ich in der Lage, Ihnen solche Leute zu verschaffen. Zu jeder Partie wird ein Aufseher gestellt, der der fremden und der deutschen Sprache mächtig ist. Dabei erleichtere ich Ihnen die Beschaffung und Haltung der Arbeiter in jeder Weise. Je nach Wunsch und Vereinbarung übernehme ich die Verköstigung, Verpflegung und Auszahlung der Arbeiter oder beschaffe dieselben gegen einmalige Provision. ... Sie werden gewiß, wie die zahlreichen Personen und Firmen, mit welchen ich bereits in dauernder Verbindung stehe, vollständig zufriedengestellt werden. Es können jederzeit die besten Referenzen ausgegeben werden. Gegenwärtig ist die richtige Zeit zum Abschluß von Verträgen für das Jahr 1909. Entschließen Sie sich nicht zu spät, da sonst vielleicht die für Sie erforderlichen Arbeitskräfte nicht mehr zu beschaffen sind.“

So kommen die galizischen Händler mit Menschenfleisch den Unternehmern zu Hilfe.

Feiertagsruhe im Fleischerhandwerk. Die vereinigten Fleischerinnungen Nürnbergs beantragten beim Stadtmagistrat, für die zweiten Feiertage völlige Arbeitsruhe und Geschlossenhalten der Verkaufsstellen vorzuschreiben.

Aus der Frauenbewegung.

Dienstboten und Herrschaften.

Ein heikumstrittenes Problem ist in Berlin die Dienstbotenfrage. Während in allen anderen weiblichen Berufen ein beständigster Andrang herrscht, wollen die Klagen der interessierten Kreise über die geringe Zahl der Zugehenden im Dienstverhältnis nicht verstummen. Statt aber die Ursachen dieser Erscheinung erschließ und objektiv zu erforschen und die Schäden bei der Wurzel anzupacken, versucht man es mit allerhand Hilfsmitteln, die nicht kalt und nicht warm sind oder man verdreht die wahren Tatsachen, weil sie un bequem sind und schimpft weiblich über das unbotmäßige, anspruchsvolle „Gesinde“! Normalerweise behaupten sogar, es gebe gar keine Not der Dienstboten, sondern nur eine Not mit den Dienstboten. Da man indes mit solch tiefsinnigen Ausdrücken die Frage nicht löst, zum tatsächlichen Angriff auf das Grundübel aber der Wille und Mut fehlt, so bleibt die Notte natürlich auf demselben Fleck stehen und die Konfusion wird nur um so heftiger. Dem erscheint aber ein Regierungsrat, ein wirklicher Regierungsrat, Herr Dr. Leo, auf dem Plan, um mit der ganzen Macht seiner Persönlichkeit sein Urteil in dieser Frage abzugeben. In der „Sozialen Praxis“ hat der Herr in einem Artikel seine Ansichten niedergelegt, wovon wir einige Sätze herausgreifen wollen: Die Macht liegt nicht mehr auf Seiten der Hausfrauen, sondern bei den Dienstboten. In keinem Verufe haben sich die Arbeitsbedingungen so gehoben, sind die Leistungen so heruntergegangen wie im Dienstbotenstande. Die Dienstboten unter die Gewerbeordnung zu stellen, weiß der Artikelreiber entschieden zurück, dem „Gewerbeordnung heißt Gewerbeaufsicht, Kontrolle sämtlicher in Deutschland bestehenden Haushaltungen durch die Gewerbeinspektion.“ (Aus ... notwendige Gegengewicht zu den

Dienstbotenorganisationen mäßig — Hausfrauenorganisationen bilden.

In einem anderen Blatt wurde kürzlich vorgeschlagen, „zwanglose Zusammenkünfte zu veranstalten, wo Hausfrauen und Dienstboten zusammenkommen sollen und wo dann die Dienstboten Gelegenheit hätten, den Herrschaften ihr bedrängtes Herz auszusprechen. Damit wäre der Boden zur Einigung geschaffen und die Herrschaften würden sicherlich den „berechtigten“ Wünschen der Dienenden entgegenkommen. — Als ob es auf das mehr oder mindere Wohlwollen einzelner „Herrschaften“ anläme! So malt sich aber in den Köpfen dieser guten Leute die Welt. Keine Beseitigung der vorweltlichen Gesindeordnung, keine Unterstellung des Hauspersonals unter die Gewerbeordnung. Weisheit nicht, das würde das „idyllische, patriarchalische, familiäre“ Verhältnis zwischen „Dienstboten und Herrschaft“ zerstören.

Das Schöneberger Statistische Amt hat übrigens festgestellt, daß die Zahl der Dienstboten in den Haushaltungen zurückgeht, und zwar aus folgenden Gründen: durch den immer mehr steigenden Komfort in den Wohnungen (Zentralheizung, Warmwasserzufuhr, elektrische Beleuchtung usw.) werden die Dienstleistungen eingeschränkt und die Dienstboten entbehrlicher. Sodann bleibt das Angebot der Dienstboten hinter der Nachfrage zurück, und zuletzt sind die Kosten der Dienstbotenhaltung in höherem Maße gestiegen als das Einkommen der Haushaltungen, die als Arbeitgeber von Dienstboten in Betracht kommen. Denn das Steigen der Dienstbotenlöhne sowie der Lebensmittelpreise, die der wichtigste Faktor in den Kosten der Dienstbotenhaltung sind, wirken am stärksten auf den Rückgang der Dienstboten ein. Der letzte Umstand ist nur zu begrüßen. Wer selbst nichts zu nagen und zu beißen hat, der braucht auch kein „Gesinde“ zu halten. Schließlich ist es die beste Lösung für jene „Herrschaften“, die den Hausgehilfen abfolat ihre Menschenrechte verweigern, wenn sie ihre Arbeit selbst besorgen; vielleicht merken sie dann auch mal, wie's schmeckt!

Gewerkschaftliches.

Schwarze Listen.

Der Unfall spielt uns folgendes Zirkular in die Hände: Verein der Kupferschmiedereien Deutschlands.

Hannover, den 6. August 1908.

An die Herren Mitglieder des Vereins!

Nach einer Mitteilung des Bezirksvereins Brandenburg sind nachstehend aufgeführte 13 Kupferschmiedehilfen in Senftenberg i. d. Niederlausitz wegen unerfüllbarer Lohnforderungen in den Ausstand getreten:

(Folgen die Namen alphabetisch geordnet Nr. 1—13 mit Geburtsdatum und Geburtsort.)

Dieselben sind daher gemäß § 18 der Satzungen so lange von der Einstellung auszuschließen, bis von uns die Liste widerrufen wird.

Der Vorstand,
Richard Henne.

Der Skrupellosigkeit des Treibens dieser Kleinmeisterlichen Scharmacher wird die Krone aufgesetzt dadurch, daß unter Nr. 1 ein Arbeiter aufgeführt ist, der bereits am 29. Juli wegen Mangel an Arbeit zu Hause bleiben mußte (!), während der Ausstand am 5. August begann. Aber es kommt noch besser! Unter 5 und 13 sind 2 Arbeitswillige aufgeführt. Offenbar wollte der betreffende Meister ganz sicher gehen und wollte verhindern, daß ihm diese Klausurkandidaten von beiden anderen Meistern weggeschnappt werden, deshalb kamen sie wohl gleich mit auf die Liste. Auch nicht übel!

Uebrigens sind die Streikenden bester Hoffnung und glauben an ihren Erfolg.
Man halte Zuzug fern!

Berlin und Umgegend.

Tariffbewegung der Gold- und Silberarbeiter.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hatte am Mittwoch eine Versammlung aller in der Gold- und Silberwarenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen veranstaltet, die im Gewerkschaftshause stattfand. Handelt es sich um das Thema: „Die Kündigung des Tarifvertrages durch die Arbeitgeber und unsere Stellungnahme“. Die Unternehmer in der Edelmetallindustrie werden eifrig für ihren Verein, den „Arbeitgeberverband für Berlin und Umgegend“. Sie fordern in Schreiben, die als „streng vertraulich“ bezeichnet werden, zum Anschluß auf und rufen gegen die Arbeiter, denen sie zum 1. Oktober den im Jahre 1908 vereinbarten Tarifvertrag gekündigt haben. Handelt es sich um die Ziele und Zwecke des neuen Arbeitgeberverbandes an der Hand des Vereinsstatuts, das eine Reihe von Bestimmungen enthält, die sich in schroffer Weise gegen die Arbeiter richten. Vertrauliche Anfragen sind ergangen, wie sich der Minimallohn bewährt habe und wieviel Gehilfen zu dem Minimallohn beschäftigt seien. Es gilt anscheinend, diesen Minimallohn noch tiefer herabzudrücken, wogegen die Arbeiter sich aber energisch wehren werden.

Man hat von Seiten der Arbeitnehmer nichts versäumt, einem Konflikt zu begegnen. Durch die Schlichtungskommission wurde zeitig genug versucht, Verhandlungen in bezug auf den Tarif einzuleiten. Am 13. Juli richtete man ein Schreiben an die Innung, mit der der Tarif abgeschlossen worden war. Am 20. Juli kam die Antwort, daß man zu Verhandlungen bereit sei, und eine Einladung zu einer gemeinsamen Sitzung wurde erwartet. Am 6. August kam statt dieser Einladung die Mitteilung, daß der Tarif gekündigt werde. Die Innung wies die Arbeitnehmer zur Eröffnung von Verhandlungen an den neuen Arbeitgeberverband. Man folgte auch dieser Weisung und schrieb am 8. August an diesen Verband. Am 10. August kam die Antwort, in der ein sonderbarer Ton angeschlagen wurde; es hieß darin, daß man geneigt sei, die „Wünsche“ der Arbeitnehmer entgegenzunehmen. Dasselbe könnten die letzteren mit größerem Rechte von den Arbeitgebern sagen, die doch Wünsche haben müssen, da sie doch selbst den Tarif gekündigt haben. Am 19. August kam dann ein Schreiben von dem Verband, in dem ein Termin, der 21. August, nicht etwa zu einer Beratung, sondern wieder zur Entgegennahme von Wünschen anberaumt wurde. Man wird auch dieser Einladung nachkommen. Die „Wünsche“ der Arbeiter liegen klar zutage, man will zuerst wissen, warum die Unternehmer den Tarif kündigten und welche Wünsche sie nun haben. Man hat freilich den starken Verdacht, daß sie keine Verbesserung des gekündigten Tarifes wünschen. Andererseits sind die Arbeitnehmer nicht gewillt, sich eine Verschlechterung gefallen zu lassen. Sie denken daran, daß sie im Jahre 1908 durch einmütiges Zusammenstehen gegen die Unternehmer sich den Tarif erkämpft haben. Freilich haben sie seitdem viel versäumt, ihre Organisation zu stärken, und das haben die Unternehmer wohl bemerkt. Diese rechnen jetzt mit der Schwäche der Arbeiter, und darum treten sie nun auch sehr selbstbewußt auf. Handelt mannte dringend, die Zeit vor Ablauf des Tarifvertrages noch zu tüchtiger Organisationsarbeit auszunützen.

Die folgende Resolution wurde von der Versammlung angenommen:

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Katerhaltung 881.

„Die am 10. August tagende Versammlung der in der Gold- und Silberwarenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nimmt von der Kündigung des Tarifs von Seiten der Arbeitgeber Kenntnis. Da nach der Haltung des Arbeitgeberverbandes der Edelmetallindustrie es nicht ausgeschlossen ist, daß auch von einzelnen hiesigen Arbeitgebern versucht werden wird, die bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, so protestiert die Versammlung ganz entschieden dagegen und beauftragt die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, geeignete Maßnahmen zu treffen, damit derartige Absichten der Arbeitgeber nicht zur Ausführung kommen. Die Versammlung beauftragt ferner ihre Schlichtungskommissionmitglieder, mit den Arbeitgebern zu verhandeln, und behält sich ihre Stellungnahme bis auf weiteres vor. Die Versammlung verpflichtet sich, für die Ausbreitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Sorge zu tragen, um gestärkt zu sein, etwaige reaktionäre Handlungen der Arbeitgeber erfolgreich zurückweisen zu können.“

Der gute Besuch der Versammlung, die wegen zu starken Andranges nach dem großen Saale verlegt werden mußte, zeigte deutlich, daß die Arbeiter, ausgerüstet durch die Kündigung des Tarifs, die gegenwärtige Situation wohl verstehen. In der Diskussion kam ebenfalls zum Ausdruck, daß die Arbeiter nicht geneigt sind, eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen geduldig hinzunehmen. Handelt es sich um die Verschlechterung, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband bereit sei, ihnen zu helfen, sobald sie zeigen, daß sie geschlossen zum Widerstande gegen die Uebergriffe der Unternehmer auftreten wollen.

Deutsches Reich.

Im Breslauer Tischlergewerbe ist der Frieden immer noch nicht gesichert. Während nämlich die Tischlerinnung im allgemeinen dem zwischen dem Holzarbeiterverbande und der freien Vereinigung der Arbeitgeber zustande gekommenen Tarif sich angeschlossen hat, wollen die Meister der Erlen- und geschweiften Branche wegen der angeblich ausnehmend schlechten Konjunktur die 5prozentige Lohnerhöhung in keinem Falle mehr in diesem Jahre, sondern erst vom 1. Januar 1909 ab zugestehen. Die in jenen Branchen beschäftigten Gesellen haben nun beschlossen — trotz allem Abtraten der Organisations- und Gauleitung —, zu fordern, daß die Erhöhung bereits am 1. Oktober in Kraft tritt, obgleich bei der Abgeneigtheit der Unternehmer unter Umständen damit der Streikfall gegeben ist. Es sollen nun noch einmal Verhandlungen mit der Innung gepflogen werden.

Die Arbeitslosigkeit wächst in Nürnberg beständig in beängstigendem Maße. Fortgesetzt finden Arbeiterentlassungen statt. Zurzeit dürften über 3000 Arbeiter beschäftigungslos sein, mindestens ebensoviel arbeiten mit verkürzter Arbeitszeit. Am meisten von der Krise betroffen sind die Spielwarenindustrie, die Metall- und Maschinenindustrie, die elektrische Industrie, empfindliche Stodungen treten ferner in der Möbel-, Wästen- und Pinselindustrie und in den graphischen Gewerben auf. Auch im Baumgewerbe herrscht ungenügende Beschäftigung. Da alle Anzeichen auf eine weitere Verschärfung der Krise hindeuten, hat das Gewerkschaftssekretariat im Auftrage der vereinigten Gewerkschaften an den Stadtmagistrat eine Eingabe gerichtet mit der Forderung, für den kommenden Winter Notstandsarbeiten vorzubereiten und baldmöglichst in Angriff zu nehmen. In der Eingabe wird auch die Beschäftigung ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen an Staats- und Kommunalbauten gerügt, ebenso die Beschäftigung von Arbeiterinnen an gemeindlichen Bauten, die schon aus hygienischen und sittlichen Gründen einzuschränken sei. Es wird verlangt, daß den mit der Ausführung städtischer Bauten beauftragten Unternehmern zur Pflicht gemacht werde, solange einheimische Arbeiter vorhanden sind, nur solche zu beschäftigen, und erst dann, wenn solche nicht mehr zu haben, ausländische Arbeiter einzustellen.

Husland.

Ausnahmerecht für streikende Arbeiter.

Die Reichener Amtshauptmannschaft erließ im „Reichener Amtsblatt“ folgende Bekanntmachung:

Zur Sicherung der Ordnung und Verhütung schlimmerer Ausschreitungen, insbesondere aber zum Schutz von Leben und Eigentum, findet sich deshalb die unterzeichnete königliche Amtshauptmannschaft veranlaßt, für das die Fluren Brodowitz und Schönberg, sowie den westlich der Dresden-Niesauer Eisenbahn gelegenen Teil der Flur Weinböhlen umfassende Streikgebiet bis auf weiteres folgende außerordentliche Maßnahmen anzuordnen.

1. Für die Zeit von abends 6 bis morgens 7 Uhr wird das sogenannte Streikpostensystem, d. h. die Aufstellung einzelner Personen zwecks Abhaltung bezw. Beobachtung der zur Fabrik gehenden oder von da kommenden Arbeitswilligen verboten.

2. Menschenansammlungen auf den Straßen im Streikgebiete, insbesondere vor der Brodowitzer Glasfabrik und an der Haltestelle Reußernowitz sind unbedingt verboten; die Polizeibeamten sind angewiesen, jeder beginnenden Menschenansammlung durch die Aufforderung, auseinanderzugehen, Feststellung ungesorderter und festnahme widerrechtlicher Personen entgegenzutreten.

3. Von Einbruch der Dunkelheit an bis morgens 6 Uhr ist jedes zwecklose Stehenbleiben und Umbertreiben auf der Fabrikstraße in Brodowitz und an der Haltestelle Reußernowitz unterlagt.

4. Finden im Streikgebiete Ansammlungen oder Klüsterungen statt, so haben die Anwohner sofort die Fenster zu schließen, keinesfalls aber durch Rufe und Winke die Aufregung zu steigern bezw. zu Gefährdungen zu reizen.

5. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften sowie gegen die zur Ausführung derselben ergehenden Anordnungen der Polizeibeamten werden mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder Haft bis zu 14 Tagen geahndet.

Außerdem sind die Polizeibeamten angewiesen, Aufseher, von welchen nach ihrem Verhalten trotz polizeilichen Einschreitens weitere Ungehörigkeiten oder gar Gewalttätigkeiten zu erwarten sind, zur Verhütung solcher Vorkommnisse zu verhaften.

6. Außerdem wird für den Reichener Amtsbezirk „Zur Krone“ in Reußernowitz und das Wäntersche Restaurant „Zur Haltestelle Reußernowitz“ in Flur Weinböhlen eine Polizeistunde auf 11 Uhr nachts eingeführt.

Wer in diesen Schankstätten über diese Stunde hinaus oder vor 6 Uhr morgens vertieft, ungeachtet der Wirt, sein Vertreter oder ein Polizeibeamter ihn zum Fortgehen aufgefordert hat, wird mit Geldstrafe bis zu 15 M. bestraft. Der Wirt, welcher das Verhalten seiner Gäste über die Polizeistunde (11 Uhr nachts) hinaus duldet oder die Schankstätte vor 6 Uhr morgens eröffnet, wird mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen bestraft.

7. Diese Bestimmungen treten mit ihrer Bekanntmachung durch das Amtsblatt und Anschlag an den Gemeindevorstandern und sonstigen öffentlichen Orten in Brodowitz, Schönberg und Weinböhlen, spätestens aber mit dem 18. August früh 8 Uhr in Kraft.

Wie sagte doch einmal Professor Brentano? „Die deutschen Arbeiter haben das Koalitionsrecht, aber wenn sie davon Gebrauch machen, werden sie bestraft.“ Die Reichener Amtshauptmannschaft greift hier nach berühmten sächsischen Mustern (s. Arminshausen) in den Kampf zwischen den organisierten Glasarbeitern und den scharfmärkerischen Unternehmern zugunsten der letzteren ein; denn das Verbot des Streikpostensystems — und darauf geht diese Aufforderung hinaus — macht das Koalitionsrecht nahezu wertlos. Das Verbot, zu gegebenen Zeiten das Fenster offen halten zu dürfen, dürfte immerhin selbst in Sachsen den Reiz der Reue für sich haben, obgleich wir im Lande der vollendetsten Rechtsgarantien schon ähnliche schöne Sachen erlebt haben. Nach der „Reichener Volkszeitung“ liegt zu diesen unerhörten Maßnahmen weiter kein Anlaß vor, als daß wechselseitige Schimpereien stattgefunden haben. Gewalttaten sind vorgekommen von Arbeitswilligen gegen Streikende. Die ersteren laufen ja mit Beilen und

Reibstern und Scheiben des Glaubens zu leben: Wir Arbeitswillige können einen tofschlagen. Man könnte beinahe glauben, daß sich die Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft gegen die Arbeitswilligen richtet, wenn man nicht wüßte, daß so etwas in Sachsen-Deutschland nicht möglich ist. Man sieht, auch unter dem „liberalen“ Ministerium Hohenthal kommen wieder derartige Dinge vor, die Sachsen in den Ruf des Proberlandes der Reaktion gebracht haben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das „freieitliche“ Vereinsgesetz.

Magdeburg, 20. August. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Polizei erzwang sich heute mit Gewalt den Eintritt in eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg mit der Begründung, daß die Versammlung eine öffentliche sei. Die Versammlung wurde aufgelöst, als eine Ansprache in polnischer Sprache gehalten wurde. Wegen des Vorgehens der Polizei wird der Klageweg beschritten.

Der Reichs-Talles

Frankfurt, 20. August. (W. S.) Wie die „Frankf. Ztg.“ von gut unterrichteter Seite erfährt, hat das Reichsschatzamt zur Reform der Branntweinbelastung zwei Eventualvorlagen ausgearbeitet: Einmal ein Branntweinmonopol, das allerdings infolge des Einspruchs Bayerns eine Gehalt erhalten hat, die in einigen Punkten von der von Stengel abweicht, und sodann eine Reform der Branntweinsteuer mit einer einzigen erhöhten Verbrauchsabgabe, wobei verschiedene Uebergangsmahregeln vorgezogen sind. Die Regierung scheint vorläufig mehr der zweiten Vorlage geneigt zu sein, weil sie diese als parlamentarisch für leichter durchsetzbar hält als das Branntweinmonopol. Eine weitere vom Schatzamt ausgearbeitete Eventualvorlage ist die Reichsvermögenssteuer, die für den Fall in Reserve gehalten wird, daß die vom Reichstag bewilligten Steuern den Geldbedarf noch nicht decken sollten.

Die Uebernahme des Kongostaates.

Brüssel, 20. August. (W. S. V.) Die Kammer hat die Zusätze zum Kongo-Angliederungsvertrag und hierauf den Gesetzentwurf betreffend die Uebernahme des Kongostaates durch Belgien mit 83 gegen 55 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen angenommen. Hierauf wurde das gesamte Kolonialgesetz mit 90 gegen 48 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen in zweiter Lesung angenommen.

Schluß der schwarzen Parade.

Düsseldorf, 20. August. In der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands gelangte heute in geschlossener und auch in öffentlicher Verhandlung ein Antrag zur Annahme, in dem es heißt: Die Generalversammlung muß den Anspruch aufrecht erhalten, daß der Papst volle und wirkliche Unabhängigkeit und Freiheit, die unerläßliche Vorbedingung für die Freiheit und die Unabhängigkeit der katholischen Kirche, genießt. Eine Bedingung für die Unabhängigkeit ist auch die volle finanzielle Selbstständigkeit der päpstlichen Verwaltung, die durch regelmäßige und reichliche Unterstüzung der Sammlungen zum Peterspfennig gesichert werden muß. Die Generalversammlung fordert die Katholiken Deutschlands auf, dieses Jahr des goldenen Priesterjubiläums des Papstes zu benutzen, um durch besonders reichliche Spenden den Beweis innigster Verehrung für den Papst und ihrer treuen Liebe zur Kirche zu geben. Präsident Graf Praschna betonte in seiner Schlussrede, daß die Katholiken in der Treue zu Kaiser und Reich sowie in Vaterlandsliebe niemandem nachstehen; sie seien befreit, die Estiertruppen für die Verteidigung nationaler Interessen und der nationalen Ehre zu bilden; die Parole laute: „Katholiken in Deutschland voran, deutsche Katholiken in der katholischen Welt voran!“ Kardinal Erzbischof Fischer segnete alsdann die Versammlung und brachte auf das Präsidium ein dreifaches Hoch aus. Hierauf wurde die Generalversammlung mit dem Gesang des „Te Deum laudamus“ geschlossen.

Opfer der Arbeit.

Karlruhe, 20. August. (W. S.) Am Puhlschen Neubau in Albtal unweit Sillingen stürzte heute früh ein Siebel ein. Acht Arbeiter wurden in die Tiefe gerissen und schwer verletzt. Einer ist bereits gestorben.

Essen a. Ruhr, 20. August. Auf der Zeche „Engelsburg“ bei Eppendorf geriet der Bergmann Reimann unter herabfallende Gesteinmassen und blieb tot. Er hinterläßt eine Frau und drei Kinder.

Krieg im Frieden.

Dortmund, 20. August. (W. S.) Der Kommandant des Truppenübungsplatzes Senne teilte der „Dortm. Ztg.“ auf Anfrage mit, daß bei den letzten Kavallerieübungen 2 Mann durch Sturz getötet worden sind. Neun Pferde stürzten und mußten getötet werden.

Verbrannt.

Kottenburg, 20. August. (W. S.) Bei einem Großfeuer, welches das Anwesen des Bauern Fraß vernichtete, kam der 14jährige Sohn in den Flammen um, während zwei andere Kinder schwere Brandwunden erlitten.

Eine ganze Familie vergiftet.

Mehdt, 20. August. Hier ist eine aus 5 Köpfen bestehende Familie, darunter ein zu Besuch weilendes Kind, an Vergiftungserscheinungen erkrankt; das Kind ist gestern gestorben. Die übrigen Personen schweben in Lebensgefahr. Die Ursache der Vergiftung ist nicht bekannt.

Wegen Müdigkeit 10 Jahre Gefängnis beantragt.

Strasburg i. E., 20. August. (W. S.) Vor dem Kriegsgericht der 30. Division stand heute der Militärinvalide Wille aus Magdeburg. Er ist Offizier der Landwehr und hat sieben Jahre der Schutztruppe in Südwestafrika angehört und ist dann mit 75 Proz. Erwerbsunfähigkeit entlassen worden. Er stand unter der Anklage der Achtungsverletzung sowie des Wachtvergehens vor dem Feind. Die Brust des Angeklagten schmückte neben dem Verdienstkreuz dritter Klasse acht Gefechtsauszeichnungen. Anlässlich der Kämpfe vor den Hottentotten soll Wille nach der Rückkehr von Posten bei Murr, anhalt Dienst zu tun, sich zum Schlafen niedergelegt haben, wodurch eine Gefährdung der Truppe entstand. Der Vertreter der Anklage beantragte 10 Jahre 1 Woche Gefängnis. Das Kriegsgericht verurteilte ihn zu 4 Wochen Mittelarrest wegen Achtungsverletzung.

Verhafteter Raubmörder.

Genf, 20. August. (W. S. V.) Die Polizei verhaftete heute hier den Schneider Alfred W. Janson, der den Kurgast Endheim in der Nähe am Glaswaldsee bei Griedbach im Schwarzwald ermordet hat. Man fand bei dem Mörder eine Lupe, die Briefstasche sowie die Uhr des ermordeten Fabrikanten.

Anträge zum Parteitag in Nürnberg.

Tagesordnung des Parteitages:

Kassel: Bei Punkt 3 der Tagesordnung (Parlamentarischer Bericht) die Frage der Budgetbewilligung in den bundesstaatlichen Landtagen erneut zu erörtern.
Berlin IV und Dresden: Der Parteitag wolle den Punkt: „Genossenschaftsbewegung und Sozialdemokratie“ auf die Tagesordnung setzen.
Genosse Ritter-Berlin III: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Das Genossenschaftswesen und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse“.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins Magdeburg beantragt, auf die Tagesordnung des Nürnberger Parteitages als besonderen Punkt zu setzen: „Die auswärtige Politik und die Sozialdemokratie“.

Berlin IV. Auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen: Die gegenwärtige Kriegshetze in Deutschland.

Partei und Gewerkschaften.

Parteiorganisations- und Kontrollkommission: Der Parteitag bekräftigt den Infolge der Einigungsverhandlungen erfolgten Uebertritt der sozialistischen Vereine in die Zentralverbände. Die Vereine, die trotz der geführten Verhandlungen bei der freien Vereinigung der Gewerkschaften geblieben sind, haben durch ihr Verhalten befunden, daß sie entgegen den Beschlüssen des Parteitages und des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart, die dringend gebotene einheitliche Organisation des wirtschaftlichen Kampfes nicht wollen.

Nachdem weiter die Einigungsverhandlungen mit dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband, dessen im Gegensatz zur Lübecker Resolution erfolgte Gründung schon vom Mannheimer Parteitag als schwere Schädigung der Arbeiterbewegung bezeichnet worden ist, zu keinem Ergebnis geführt haben, erklärt der Parteitag:

Jede Mitarbeit von Parteigenossen in den mit der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften verbundenen Vereinen sowie in dem Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband ist unvereinbar mit den Grundsätzen und Interessen der Sozialdemokratie.

Agitation.

Weimar III: Der Parteitag möge beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, alsbald die Herausgabe von kurzen Leitfäden der Geschichte der einzelnen bürgerlichen Parteien herauszugeben. Diese Leitfäden sollen jede Partei getrennt behandeln, deren Programme enthalten, sowie deren Stellung zu den wichtigsten Gesetzesvorlagen kurz präzisieren.

Fürth: Der Parteivorstand möge ein zur Agitation unter den Frauen geeignetes Flugblatt herausgeben, welches in ganz Deutschland zur Verteilung gelangen soll.

Organisation.

Eine Anzahl Anträge, die die Anfertigung einheitlicher Mitgliedsbücher beantragen, sind nicht mit abgedruckt, weil der Antrag bereits vom Parteitag in Essen angenommen und solche Mitgliedsbücher angefertigt sind. Die Einführung dieser Mitgliedsbücher ist aber Angelegenheit der verschiedenen Organisationen.

Lübeck: In Zukunft sind vor sehr wichtigen Aktionen und Vereinbarungen, die von der Haupt-Parteileitung getroffen werden sollen, die Vorstände resp. Vorsitzenden der Landesorganisationen oder Agitationskomitees zu einer Konferenz zusammenzubekommen; mindestens muß jedoch ihre Ansicht eingeholt werden.

Siebenter sächsischer Wahlkreis (Meißen): Der Parteivorstand erhält den Auftrag, alljährlich ein Adressenverzeichnis der Vorsitzenden der Kreisorganisationen oder Kreisvertrauensleute herauszugeben. Diese Verzeichnisse sind den Leitern der Kreisorganisationen in gewünschter Anzahl zur Verfügung zu stellen.

Sachsenhausen: § 11 Absatz 1 des Organisationsstatuts dahin abzuändern:

1. Die Delegiertenwahlen zu den Parteitagen sind nach Reichstagswahlkreisen, nicht wie bisher nach Ortsvereinen vorzunehmen. 2. Auf 1000 Mitglieder soll ein Delegierter kommen, mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis mehr als drei Delegierte entsenden kann.

2. Hat ein Wahlkreis weniger als 1000 Mitglieder, ist selbem der nächstgelegene Wahlkreis anzufügen.

3. Die Kandidaten werden in einer Wahlkreis-Konferenz aufgestellt und sind, wenn in einem Wahlkreise drei Delegierte zu wählen sind, sechs Kandidaten aufzustellen usw.

4. Die Delegationskosten trägt der oder die betreffenden Wahlkreise.

5. Die Tagesdiäten sind von dem Parteitag festzusetzen; Reisetage bestimmt der betreffende Wahlkreis.

Agitationskomitee für den 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis: Dem Parteivorstand wird empfohlen, bei wichtigen, die Gesamtpartei betreffenden Fragen die Vorsitzenden der Landesbewegungs-Komitees vorher gutachtlich zu hören oder sie zu einer Besprechung zusammenzubekommen.

Solingen: Einheitliche Beiträge für ganz Deutschland einzuführen.

Zeltow-Weeslow-Storkow-Charlottenburg, Berlin IV: Im Organisationsstatut der Gesamtpartei ist im § 11 Absatz 1 der zweite Satz zu streichen.

Frankfurt a. M. Nach dem Vorbild des Bremer Parteitages wählt der Parteitag eine Organisationskommission, die aus Vertretern der einzelnen Landesteile zusammengesetzt ist und den Auftrag erhält, eine Revision des Organisationsstatuts der Partei vorzunehmen und rechtzeitig vor dem nächstjährigen Parteitag den Entwurf eines neuen Organisationsstatuts zu veröffentlichen.

Bei der Revision ist u. a. zu berücksichtigen: die endgültige Regelung der Frauen- und der Jugendorganisation, die Forderung des Schiedsgerichtsverfahrens, der Wahlmodus zu den Parteitagen, eventuell die Einführung des Proportionalwahlverfahrens, die Festsetzung eines einheitlichen Geschäftsjahres für alle Orts-Wahlkreise und Bezirksorganisationen und die Anpassung des Geschäftsjahres der Gesamtpartei an dasselbe.

Berlin VI: Dem § 11 des Statuts folgende Fassung zu geben:

§ 11. Der Parteitag ist:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Maßgabe, daß Kreise, welche bis zu 5000 Mitglieder haben, durch drei, auf je weitere 5000 Mitglieder noch je einen Delegierten mehr vertreten sind.

2. Mitglieder der Fraktion.

3. Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission. Die Mitglieder usw.

Frauenorganisation.

Zeltow-Weeslow: Die Zahl der Mitglieder der Parteivorstandes ist um eine weibliche Sekretärin zu vermehren.

Hamburg II und III: Die Institution der weiblichen Vertrauensperson ist aufzuheben, dafür ist der Parteivorstand um eine resp. zwei Personen zu verstärken. Unter den Mitgliedern des Parteivorstandes muß ein weibliches Mitglied sein, die die Agitation unter den weiblichen Arbeiterinnen zu betreiben hat.

Sachsenhausen: Den Beitrag für die weiblichen Mitglieder auf die Hälfte der allgemeinen Mitgliedsbeiträge festzusetzen, ferner die „Gleichheit“ an die weiblichen Mitglieder gratis abzugeben. Von dem verbleibenden Teil dieser Beiträge ist nichts an die Zentralkassen abzuführen, sondern es soll der ganze Beitrag möglichst für die Agitation unter den Frauen verwandt werden.

Jugendorganisation.

Parteiorganisations- und Kontrollkommission:

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie protestiert gegen die von der Vormehrheit des Reichstages beantragte und beschlossene politische Entrechtung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, die den reaktionären Reichstagsbeschlüssen des Bundesrats noch reaktionärer gestaltet hat.

Der Parteitag hält daran fest, daß die Förderung der Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere Einführung in die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit eine wichtige Aufgabe im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse ist.

Zur Lösung dieser Aufgabe verpflichtet der Parteitag die Organisationen Vorzüge zu treffen, damit die Arbeiterjugend im Sinne

unserer sozialistischen Weltanschauung für den Klassenkampf erzogen wird.

Um dieses Ziel zu erreichen sind Vorträge zu veranstalten, die der Erkenntnis der Jugend angepaßt sind und vor allem die Gebiete der Naturwissenschaft, Gesundheitspflege, Literatur, Kunst, Technik, Rechtswissenschaft, Volkswirtschaft, Geschichte, Politik und gewerkschaftlichen Tätigkeit umfassen. Daneben ist durch Veranstaltungen ernstes und heiteres Inhalts Unterhaltung und Geselligkeit zu pflegen und durch Sport und Spiel der Jugend Gelegenheit zur Sammlung zu geben.

Damit diese Zwecke auch ohne besondere Jugendorganisation erreicht werden können, sind in den einzelnen Orten „Kommissionen für die Jugendagitation“ zu bilden.

Die Kommissionen für die Jugendagitation werden aus Vertretern der öffentlichen Parteioorganisationen und der Gewerkschafts-funktionäre unter Hinzuziehung von Vertretern der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen gebildet. Zur Förderung der Agitation unter den jugendlichen Arbeiterinnen soll unter den Vertretern der Parteiorganisation mindestens ein Genosse sein.

Die Teilnahme an den Vorträgen und soweit es möglich ist, auch an den anderen Veranstaltungen, soll den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen unentgeltlich gewährt werden.

Die Kommissionen für die Jugendagitation haben dahin zu wirken, daß die Gewerkschafts-funktionäre Lehrlings-forschungskommissionen bilden.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand mit der Herausgabe eines besonderen Organs zur Aufklärung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die wirtschaftliche Interessenvertretung und die Entscheidung über politische Parteifragen bleibt nach wie vor lediglich Aufgabe der gewerkschaftlichen bzw. politischen Organisationen.

Weimar III: Die Regelung der Jugendorganisation erfolgt in der Weise, daß die Selbstständigkeit der Jugendvereinigungen gewahrt bleibt. Die zum Schutze der Jugend und zur Ausbildung derselben zu schaffenden Anstalten sollen mit der Jugendorganisation zusammenarbeiten, soweit dieses unter dem neuen Vereinsgesetz möglich ist.

Solingen: Nachdem durch das neue Reichvereinsgesetz eine einheitliche Norm für die Jugendorganisationen geschaffen worden ist, empfiehlt der Parteitag den Genossen allerorts, dieselben mehr wie bisher zu unterstützen. In der Form ist die feste Organisation der losen vorzuziehen. Die Leitung der Organisation und die Verwaltung der Geschäfte sollen die Jugendlichen selbst besorgen, jedoch soll denselben ein Beirat von erfahrenen Genossen zur Seite gestellt werden. In diesem Sinne möge man die Form der norddeutschen Jugendorganisation auf ganz Deutschland übertragen.

13. sächsischer Reichstagswahlkreis: Zum Zwecke der Erziehung der Jugend zur sozialistischen Weltanschauung sind allerorts Jugendbildungsvereine ohne Trennung nach Verufen zu gründen. — Die Jugend ist im weitesten Maße zur Mitarbeit an der Verwaltung und zum Ausbau der Vereine heranzuziehen. — Die politischen Organisationen sind verpflichtet, im Einverständnis mit den Gewerkschaften die Bestrebungen der Jugendvereine durch finanzielle Unterstützung und tätige Mithilfe zu fördern. In diesem Zwecke sind die Jugendorganisationen an besondere, von erfahrenen Gewerkschafts- und Parteigenossen gebildete Kommissionen, Bildungsausschüsse usw. anzuschließen, in denen sie durch Delegierte zu vertreten sind. Der Zentralbildungsausschuss der Partei hat die Jugendbildungsbestrebungen durch geeignete Maßregeln zu fördern. Die Herausgabe einer Jugendzeitung für alle Jugendvereinigungen unter Wegfall der bisher erscheinenden Jugendzeitungen ist vom Parteivorstand in die Wege zu leiten.

Potsdam-Spandau: Resolution.

Die Leistungen der bisherigen Jugendorganisationen sind bei den heftigen Verfolgungen, denen sie begegneten, und bei der geringen Unterstützung, die sie bisher vielfach gefunden haben, befriedigend; sie sind bei allseitiger freudiger Förderung, auch durch die Gewerkschaften, die angestrebt ist, im hohen Maße beizubehalten.

Die Frage der Form und der Aufgaben der Jugendorganisationen war für die Partei bisher lebendig; und zwar im Sinne der Selbstständigkeit — die mit Zerstückelung nichts zu tun hat — und, wo angängig, des politischen Charakters.

Durch Erlass des Vereinsgesetzes ist diese Frage wieder aufgerollt; aber nur die Frage: welche Änderungen sind durch die veränderte Rechtslage nötig ge-

mit den Kolonien 1887 neue Marken heraus, Frankreich 1222, das kleine Portugal 846, Spanien 421. Erst an fünfter Stelle kommt Deutschland mit 322. Die Vereinigten Staaten haben inzwischen 168, die Niederlande 126, Rußland 48 Marken herausgebracht. Im letzten Jahre 1907 sind in Deutschland überhaupt keine neuen Marken erschienen, dagegen in Frankreich 281, in England 165, in Spanien 68, in den Niederlanden 31, in Portugal 13 und in den Vereinigten Staaten 11. Die meisten Marken in einem Jahr hat Deutschland 1900 mit 222 erzeugt. Von den Weltteilen hat in den letzten 10 Jahren — Afrika die meisten Marken, 2336, erhalten, dann Amerika mit 2259, Asien mit 1452 und dann erst Europa mit 1220, endlich Australien 785.

Notizen.

Höchster Realismus in der Schauspielkunst. Aus London wird berichtet: Nicht oft wird ein Schauspieler in der Lage sein, seine Studien zu einer Rolle an dem wirklichen Original, das den Dichter angeregt hat, zu machen. Diese Möglichkeit hat Hall Caine den Hauptdarstellern seines neuen Dramas verschafft, das am 29. August am Opera-Theater seine Erstaufführung erleben wird. Das Stück ist eine neue Dramatisierung seines bekannten Romans „The Rungman“, die er unter dem Titel „Pete“ mit Louis Carter zusammen geschrieben hat; sie unterscheidet sich von einer früheren dramatischen Bearbeitung, die über viele Bühnen gegangen ist, so völlig, daß man durchaus von einem neuen Stücke sprechen kann. Um nun den Schauspielern, die die Hauptfiguren darzustellen haben, die Charaktere und das Milieu des Stückes möglichst anschaulich zu machen, lud Hall Caine sie zu einer Reise nach der Insel Man, seiner Heimat, ein und zeigte ihnen die noch lebenden Originale, die er in seinem Roman geschildert hat, und die Stätten, an denen die einzelnen Szenen spielen. Nur „Pete“, der Held des neuen Stückes, ist inzwischen gestorben; die übrigen Figuren konnten die Schauspieler aus nächster Nähe beobachten und in ihrer Art zu sprechen und sich zu bewegen, genau studieren.

Rüder und die Luftschiffahrt. Die künstliche Atmung, die bei Höhenfahrten den Luftschiffern unerlässlich ist, scheint, wie die „Deutsche Zeitschrift für Luftschiffahrt“ bemerkt, von Rüder schon in seiner Weisheit des Brahmanen vorausgesehen worden zu sein. Es heißt dort:

„Der Mensch ist nicht gemacht, zum Himmel aufzusteigen; Die Flügel fehlen ihm, sich vogelgleich zu wiegen.

Und hält er Flügel auch, und fehlt ihm nichts am Schwunge, Kein Vogel würd' er doch mit seiner Menschenlunge.

Auf hohen Bergen schon geht ihm der Atem aus. Dehaglich ist er nur auf mittlerer Höhe zu Haus.

Und fällt er seinen Fall mit Lüften oder Feuern, Und lernt durchs Meer der Luft als wie durchs andere Feuer.

Was hilft's ihm, wenn er auch nicht füllt zum Verbrauch Der Luftfahrt kann mit Luft zum Aimen einen Schlauch?“

Kleines feuilleton.

Türkische Karikaturen. Seitdem der Freiheitssturm den stagnierenden Sumpf des türkischen Großstadtlebens von Grund aus aufgewühlt hat, ist die Haupt- und Residenzstadt Konstantinopel eine ganz andere geworden. Eine der charakteristischsten Erscheinungen der neuen Zeiten ist das Ueberhandnehmen der Streiks; nicht minder charakteristisch ist das geradezu wunderbare Aufblühen der Presse und das Erscheinen von Wochenschriften. Früher hatte man Wochenschriften in der Türkei überhaupt nicht gekannt, jetzt aber tauchen sie gleich dutzendweise auf. Die Karikaturenverkäufer und die Zeitungsjungen, die über Nacht aus dem Boden gewachsen zu sein scheinen und eine lebhaft und ganz ungewohnte Note in das Kaleidoskop des Konstantinopler Straßenlebens bringen, machen glänzende Geschäfte. Es handelt sich — so schreibt ein Berichterstatter der „Agentur Reuters“ — um Karikaturen, die in ziemlich plumper und primitiver Form die Beamten und Würdenträger des so jäh gestürzten „ancien régime“ darstellen. Eine dieser Karikaturen zeigt Izzet Pascha, den bekannten Sekretär des Sultans, der in den Provinzen „der wahre Sultan“ genannt wurde, weil seine Macht und sein Einfluß schier grenzenlos waren. Die Karikatur stellt ihn in westeuropäischer Kleidung dar; er ist glatt rasiert wie ein Engländer und eilt beschleunigten Schrittes zu dem kleinen englischen Dampfer, auf dem er aus Konstantinopel geflohen ist. Eine andere Karikatur zeigt denselben Izzet Pascha als Ratten mit einem Menschenkopf; er trägt eine Mütze, auf der 4 000 000 geschrieben steht; das soll natürlich zeigen, daß er die vier Millionen gestohlen hat. Neben ihm steht Selim Mehmed Pascha mit einem Ferkelkopf; er liest dem Freunde und Mitgänger einen Brief vor, wahrscheinlich den Bericht eines Spions. Auf einem dritten Bilde sieht man Jeli Pascha, den Erzgroßmeister der Artillerie; er ist dargestellt als ein riesiges Ungeheuer, das in seinen Klauen die medizinische Akademie, die polytechnische Hochschule, die Ingenieurschule, die Armenier, die türkischen Literaten, die Studenten der Theologie und außerdem noch einen Saal mit der Aufschrift „7 500 000“ hält; der Erzminister soll sich nämlich auf Kosten der Steuerzahler fast 8 Millionen „gespart“ haben. Am meisten belacht aber wurde eine Karikatur, die einen Straßenseher zeigt, wie er mit einem langen Lumpensammlerhaken Spitzelkleiden einsammelt und sie in seine Kutte wirft.

Ein Jubiläum des transatlantischen Kabels. Vor einigen Tagen hätte man die fünfzigjährige des transatlantischen Kabels begehen können. Zwischen Irland und der Trinitat in Newfoundland gelegt, brachte es am 5. August 1858 zum ersten Male die alte und die neue Welt in telegraphische Verbindung. Das erste Kabeltelegramm wurde von Amerika nach Europa geschickt. Die amerikanischen Ingenieure — so berichtet das „Journal des Debats“ — teilten ihren englischen Kollegen mit, daß sie durch starke elektrische Schläge belästigt und demüthigt wurden. Auf diese Beschwerde antwortete das britische England: „Ruhm und Preis Gott in Himmelshöhen und Hebe den Menschen auf Erden!“ Die

elektrischen Schläge ließen sich aber auch durch diese Segensformel nicht aus der Welt schaffen; man verzichtete deshalb auf weitere fromme Sprüche und begann sofort mit dem Austausch offizieller Botschaften. Zuerst drückte in etwa fünfzig Worten die Königin Victoria die Hoffnung aus, daß das transatlantische Kabel ein neues Band zwischen den befreundeten Nationen bilden würde. Darauf sagte der Präsident der Vereinigten Staaten dasselbe noch einmal, aber viel weisheitsvoller; man brauchte 30 Stunden, um die 150 Worte seiner Antwort zu telegraphieren; man kann daraus ersehen, daß die unterseeische Telegraphie in einem halben Jahrhundert große Fortschritte gemacht hat. Wie kam es nun, daß die amerikanischen Ingenieure so sehr unter elektrischen Schlägen zu leiden hatten? Die Erklärung ist sehr einfach: pessimistische Gelehrten hatten vorausgesagt, daß die Elektrizität nicht instande sein werde durch das Meer zu gehen oder daß sie doch mindestens so schwach sein werde, daß man von irgend einer Wirkung nicht werde reden können. Da man nun fürchtete, daß die Schwarzseher recht behalten könnten, wandte man einen ungewöhnlich starken Strom an: er war so stark, daß an vielen Stellen die Kabelhülle schmolz und die Gummilagen zu brennen anfingen. Nachdem das Kabel drei Monate im Dienst gewesen war und 732 Depeschen übermittelt hatte, stellte es plötzlich den Betrieb ein; es war eine merkwürdige Ironie, daß das letzte Wort, das telegraphiert werden konnte, „forward“ (vorwärts) lautete. Schon ein Jahr vorher war ein Kabel, während es gelegt wurde, entzwei gerissen und im Meere spurlos verschwunden; nun war auch das im August 1858 eröffnete Kabel verloten und man begann sofort mit der Legung eines dritten Kabels, das erst am 21. Juli 1866 die acht Jahre vorher unterbrochene Verbindung mit Amerika wiederherstellte.

Wieviel Briefmarken gibt es auf der Erde? Die Zahl aller verschiedenen Arten von Postwertzeichen, die auf der Erde ausgegeben worden sind, hat ein französischer Sammler René Adam berechnet. Sie ergibt die Summe von 20 010 verschiedenen Briefmarken und Ganzsachen, die von allen Staaten der Erde von 1840 bis Ende 1907 ausgegeben worden sind. Der Briefmarkensammler kennt noch weit mehr. Er zählt bekanntlich auch die Abarten in der Färbung, im Papier, im Wasserzeichen und durch Ausbruch als besondere Marken. Dazu kommen noch die Probebrände, die er Effais nennt, und die Festschrunde. An der Ausgabe waren 310 Staaten beteiligt, von denen aber 67 keine Marken mehr ausgeben, meist, weil sie sich zu größeren Gruppen vereinigt haben, so besonders in Deutschland und Italien. Die Zahl der Marken ausgegebenen Staaten beträgt noch 243. Die Briefmarke wurde bekanntlich zuerst in England von Sir Rowland Hill eingeführt. Die Schweiz und Brasilien folgten 1843, Preussens 1844, Rußland 1845, Mexiko 1847, Bayern, Belgien und Frankreich 1849. Zu diesen 9 Markenurstaaten traten in den Jahren 1850—1859 61 neue Staaten, in den folgenden Jahrzehnten 1860—1899 je 55, 47, 45 und 59 Staaten, in den Jahren 1900—1907 noch 31 Staaten. An der ganzen Erzeugung ist England mit seinen Kolonien allein mit etwa 42 Proz. beteiligt, Frankreich mit 12 Proz. und Deutschland mit 6 Proz. In den letzten 10 Jahren, von 1898 bis 1907, gab Großbritannien

worden, insbesondere: sind selbständige Jugendorganisationen hinfort noch möglich, nicht aber die Frage, ob sie, wenn möglich, noch nötig sind, was bereits aus wohlverstandenen Gründen, von den Beschlüssen der internationalen Kongresse 1900 und 1907 abgesehen, durch Beschluss des Mannheimer Parteitagestages 1908 entschieden ist.

Da nun für Norddeutschland (besonders Preußen und Sachsen) keine hier wesentliche Veränderung im gesellschaftlichen Zustande eingetreten ist, so ergibt sich die Konsequenz, daß kein Anlaß vorliegt, die norddeutschen Organisationen zu zerlegen oder die Haltung der Partei zu ihnen zu revidieren. Es ist die Ausdehnung der norddeutschen Organisationsform auf ganz Deutschland zu empfehlen.

Diese Organisationsform hindert weder die gewerkschaftliche Organisation der Jugend noch die Einsetzung von besonderen Komitees für die politische Propaganda unter der Jugend, sondern öffnet ihr den Raum. Die Arbeitsteilung ergibt sich bei allseitigem guten Willen von selbst.

Die selbständigen Jugendorganisationen werden einer gewissen Kontrolle und Oberaufsicht durch erfahrene ältere Personen wie schon bisher auch künftig nicht entzogen werden; doch muß diese Kontrolle und Oberleitung mit Takt geführt werden.

Unbedingt festzuhalten ist:

1. die fernere Zulassung der im angegebenen Sinne selbständigen Organisationen;

2. gütliche Verständigung mit den bestehenden, von der Partei gebildeten und geförderten Organisationen über die etwaigen Änderungen; keine Vergewaltigungen.

Eine Beratung der Jugendorganisationsfrage auf dem Parteitage ist aus tatsächlichen Gründen zu vermeiden.

Mit der Beratung der nach obigen geeigneten Maßnahmen und der Herbeiführung einer Verständigung zwischen den Beteiligten und über die Zeitungsfrage wird der Parteivorstand in Gemeinschaft mit der Generalkommission und dem Bildungsausschuß beauftragt.

Delmenhorst: Der Parteitag erkennt an, daß die Erziehung der arbeitenden Jugend zum Sozialismus nur das Werk besonderer Jugendorganisationen sein kann. Der Parteitag beschließt, den bestehenden Jugendorganisationen die weitgehendste Unterstützung angedeihen zu lassen.

Köln-Stadt und Köln-Land: Der Parteitag erhebt Protest gegen die von der Majorität des Reichstages beschlossene politische Entziehung der proletarischen Jugend. Das Bestreben der Gegner, die heranwachsende Jugend vom Anschluß an die sozialistische Arbeiterbewegung abzuhalten, verpflichtet die Partei, in einem stärkeren Maße als bisher die proletarische Jugend im Sinne der sozialistischen Weltanschauung zu erziehen.

Als ein geeignetes Mittel zur Aufklärung und Erziehung der Jugend erachtet der Parteitag vornehmlich die Jugendorganisationen, denen die Partei in Mannheim (1906) ihre Sympathie erklärt hat. Zur Gründung und Förderung dieser Jugendorganisationen können an jedem Orte Komitees errichtet werden, die sich zu gleichen Teilen aus Vertretern der Partei, der Gewerkschaft, des Bildungsausschusses und der Jugend zusammensetzen. Um die Arbeit der Komitees einheitlich zu gestalten, ist ein Zentralkomitee über ganz Deutschland zu errichten, das sich zu gleichen Teilen aus Vertretern des Parteivorstandes, der Generalkommission, des Bildungsausschusses und Praktikern der Jugendbewegung zusammensetzt.

Stettin: Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins Stettin empfiehlt dem Parteitag in Nürnberg, der Resolution des Hamburger Gewerkschaftskongresses beizutreten.

Teltow-Weesow: Der Parteitag erhebt klammernden Protest gegen die von der Majorität des Reichstages beschlossene politische Entziehung der proletarischen Jugend. Bei Beratung des Reichstagesgesetztes hat sich die Verlogenheit des Reichstages abermals gezeigt, der nicht, das Gesetz reaktionärer zu gestalten, als die Regierung vorge schlagen hatte und der mitwirkte, die Kritik der Sozialdemokratie an dem Gesetzesentwurf gewaltsam einzuschränken. Das Bestreben der Gegner, die heranwachsende Jugend der sozialdemokratischen Aufklärung zu entziehen, verpflichtet die Partei, in einem stärkeren Maße als bisher die proletarische Jugend im Sinne der sozialistischen Weltanschauung zu erziehen.

Als ein geeignetes Mittel zur Aufklärung und Erziehung der Jugend erachtet der Parteitag vornehmlich die Jugendorganisationen, denen die Partei in Mannheim (1906) ihre Sympathie erklärt hat. Unter Beobachtung des Gesetzes sind überall Jugendorganisationen zu bilden und tatkräftiger als bisher zu unterstützen, jedoch muß die Selbständigkeit dieser Organisationen gewahrt bleiben. Die zu schaffenden Ausschüsse für Jugendbeschäftigung und Bildung sollen mit den Jugendorganisationen Hand in Hand arbeiten, soweit das Vereinsgesetz dies gestattet. Um die speziell politische Aufklärung der Jugend zu betreiben, können in jedem Orte Komitees errichtet werden, die sich zu gleichen Teilen aus Vertretern der Gewerkschaften, der Parteiorganisationen, des Bildungsausschusses und der Jugend zusammensetzen.

Berlin II, III: 1. Der Parteitag erhebt Protest gegen die von der Majorität des Reichstages beschlossene politische Entziehung der proletarischen Jugend. Das Bestreben der Gegner, die heranwachsende Jugend der sozialdemokratischen Aufklärung zu entziehen, verpflichtet die Partei in stärkerem Maße als bisher die proletarische Jugend im Sinne der sozialistischen Weltanschauung zu erziehen.

Der Parteitag sieht in der Betätigung der schulentlassenen Jugend in selbständigen unpolitischen Organisationen ein erfreuliches Zeichen des bei der heranwachsenden Generation erwachenden Tätigkeitsdranges, sowie ihres Freiheits- und Solidaritätsgefühls. Die Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen in Verbindung mit der Aufklärungsarbeit durch eigene Organisation der Jugend sind geeignete Mittel zur Heranbildung von tüchtigen Kämpfern für die moderne Arbeiterbewegung.

Unter Aufrechterhaltung der Beschlüsse von Mannheim und Essen verpflichtet der Parteitag die Genossen in allen Orten, die Jugendbewegung nach Kräften zu unterstützen.

Die Selbständigkeit der Jugendorganisationen bleibt gewahrt, jedoch ist es ratsam, daß örtliche Komitees, die sich zu gleichen Teilen aus Vertretern der Partei und Gewerkschaften zusammensetzen, den Jugendlichen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Zur Förderung der Bildungsbestrebungen unter der proletarischen Jugend wird ein Zentralkomitee für Deutschland eingesetzt, das sich zu gleichen Teilen aus Vertretern des Parteivorstandes, der Generalkommission, des Bildungsausschusses und Praktikern der Jugendorganisation zusammensetzt.

An Orten wo selbständige Jugendorganisationen nicht bestehen, werden Komitees für die Agitation unter der Jugend gebildet. Dem Zentralkomitee wird die Herausgabe einer Jugendzeitung übertragen.

2. Die Frage der Jugendorganisationen ist in einer aus Mitgliedern des Parteivorstandes, der Generalkommission, des Bildungsausschusses und aus Vertretern bestehender Jugendorganisationen gebildeten Kommission zu regeln.

Als prinzipielle einheitliche Grundzüge neuzugleichender Jugendorganisationen haben Jugend-Arbeiterbildungsvereine zu gelten, die unter Oberaufsicht älterer Personen unter weitgehender Selbstverwaltung durch die Jugendlichen geleitet werden.

Von den bestehenden Jugendorganisationen wird erwartet, daß sie eine Umwandlung ihrer Grundlage in diesem Sinne vornehmen.

Halle a. S. Der Parteitag wolle Mittel und Wege suchen, die proletarische Jugend zu organisieren resp. dieselbe für den proletarischen Kampfskampf vorzubereiten.

Königsberg i. Pr. Gemäß dem Mannheimer Parteitagbeschlusse werden die Parteigenossen aufgefordert, Gründung und Ausbau von unpolitischen Jugendorganisationen zu fördern, welche Weiterbildung, Pflege geselliger Unterhaltung und die im Einverständnis mit den zuständigen Gewerkschaften zu bewirkende wirtschaftliche Interessendvertretung der Arbeiterjugend zur Aufgabe haben sollen. In Parteilorten, wo solche Organisationen nicht bestehen können, soll ein in öffentlicher Versammlung gewählter Vertrauensmann der Arbeiterjugend im Ein-

verständnis mit dem örtlichen Bildungsausschuß und Gewerkschaftsfortschritt die Jugendbewegung leiten. Die Verpflichtung der über 18 Jahre alten Arbeiter sich politisch und der jugendlichen Arbeiter, sich nach Möglichkeit gewerkschaftlich zu organisieren, bleibt unverändert bestehen.

7. Schleswig-holsteinischer Reichstagswahlkreis: Die am 18. August in Breez tagende Generalversammlung des 7. schleswig-holsteinischen Wahlkreises hält die Betätigung der schulentlassenen Jugend in den freien Jugendorganisationen für eine Notwendigkeit. Sie bedauert deshalb den Beschluß des Gewerkschaftskongresses, durch den die Zukunft der freien Jugendorganisationen in Frage gestellt ist. Sie erwartet vom Nürnberger Parteitag, daß er der Auffassung des Gewerkschaftskongresses nicht beitrete, sondern unter Aufrechterhaltung der Beschlüsse des Mannheimer und Essener Parteitagestages den freien Jugendorganisationen volle Bewegungsfreiheit läßt. Die Versammlung erwartet ferner, daß die Partei für die planmäßige Erziehung der proletarischen Jugend zum Klassenbewußtsein und zur sozialistischen Weltanschauung nach Kräften bemüht ist.

Stralsund-Franzburg-Rügen. Die Jugendorganisation möge in der Weise geregelt werden, daß die Unabhängigkeit der Jugendvereinigungen erhalten bleibt. Die zu schaffenden Organe für Jugendbeschäftigung und Bildungspflege sollen mit den Jugendorganisationen Hand in Hand arbeiten, soweit das Vereinsgesetz dies gestattet.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins Magdeburg: Der Parteitag möge seine Meinung dahin aussprechen, daß er zum Zwecke der Jugendbildung zwar die Gründung von Jugendorganisationen nicht für unbedingt erforderlich hält, daß jedoch das Hand-in-Hand-Arbeiten der durch die Hamburger Resolution vorgesehenen Ausschüsse mit den bestehenden oder noch zu gründenden unpolitischen Jugendvereinen wünschenswert sei. Des weiteren wird die Herausgabe einer Jugendzeitung für notwendig erachtet.

Berlin IV: Der Parteitag spricht den selbständigen proletarischen Jugendorganisationen seine volle Sympathie aus und verpflichtet die Parteigenossen allerorts, unter strenger Beachtung des Vereinsgesetzes freie Jugendorganisationen nach norddeutschem Muster zu bilden und ihre Entwicklung tatkräftig zu fördern.

Parteischule.

4. Badischer Reichstagswahlkreis: Der Parteitag tritt dafür ein, daß bei Anmeldungen an die Parteischule in Berlin Schüler aus Süddeutschland (Ober-Elsass, Oberbaden) in Betracht des großen zu bearbeitenden Gebietes mehr als bisher berücksichtigt werden sollen, da dort ein großes Gebiet zu bearbeiten ist.

Bildungsausschuß.

Genosse W. Weisheimer und der 4. badische Reichstagswahlkreis: Behufs engerer Verbindung zwischen Partei und Kunst:

1. Wahl eines Partei-Kunstauschusses, bestehend aus drei literarischen und drei musikalischen Sachverständigen. Dieselben haben dichterische und musikalische Erzeugnisse aus Genossenschaftskreisen zu prüfen und zur Veröffentlichung auszuwählen, desgleichen für würdig befundene dramatische Bühnenvorwürfe mit oder ohne Musik benennigen Bühnenleitern, welche unserer Partei nicht feindlich gegenüberstehen, zur Aufführung zu empfehlen.

2. Dieser sechsmitglieder Kunstauschuß der Partei wird mit der Prüfungskommission des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes vereinigt.

3. Regelung des musikalischen Teiles bei Eröffnung unserer Parteitage durch den Kunstauschuß: Vortrag von Massenschören, deren einheitliche Einübung durch einen hervorragenden Dirigenten des Arbeiter-Sängerbundes zu geschehen hat.

Kaffe.

Westliches Westfalen: Für alle Parteiorganisationen der einzelnen Wahlkreise, sowohl der Bezirksverbände als auch der Gesamtpartei ist das Geschäftsjahr das Kalenderjahr, also die Zeit vom 1. Januar bis ultimo Dezember.

Presse.

In Ausführung wiederholt gefasster Parteitagbeschlüsse ist entsprechend der zum Referate Volkserziehung und Sozialdemokratie auf dem Mannheimer Parteitage angenommenen Resolution vom Bildungsausschuß baldigst ein Jugendorgan herauszugeben.

15. sächsischer Reichstagswahlkreis: Der Parteitag wolle beschließen, daß in Zukunft die Ausstattung der Parteipresse in bildlicher Beziehung eine bessere und der Parteifreundschaft würdigere werde.

Frankfurt a. M.: Der Parteitag wolle eine Kommission einsetzen, welche zu prüfen hat, inwieweit unsere Parteigeschäfte aller Art eine richtige geschäftliche Organisation haben, und hat diese Kommission dem Parteivorstande eventuelle Abänderungsvorschläge zu machen.

Kugsburg: Der Parteitag wolle die Vorbereitungen schaffen, wonach die „Gleichheit“ an die politisch organisierten Frauen der sozialdemokratischen Vereine obligatorisch verabreicht werden kann, und zwar unentgeltlich oder doch zu einem ganz geringen Bezugspreise.

Binnberg und Bant: Der Parteivorstand möge dahin wirken, daß die „Neue Zeit“ verbilligt wird, damit dieselbe in weitere Kreise wie bisher Eingang findet.

Freiburg i. Br.: 1. Verhandlungen anzubahnen, die es ermöglichen, die „Neue Zeit“ und die „Sozialistischen Monatshefte“ in eine Verschmelzung eintreten zu lassen. Der Titel „Neue Zeit“ und ihre wöchentliche Erscheinungsperiode kann beibehalten werden, aber einer vollständigeren Sprache und billigerem Preise entsprechend als bisher. 2. Den Parteitag zu ersuchen, den „Vorwärts“ zu einem billigeren Preise auszugeben als bisher und die in einer Zeitung geläufigsten Fremdwörter abweisend unter besonderer Rudrit in Verwendung wiederzugeben.

Die Saarstädte: Den Parteibuchhandlungen und Kolporteurs wird es unterlagt, Vorträgsleser der Parteigenossen, sei es als Bild oder als Anhängspostkarte, im öffentlichen Handel zu verkaufen.

Halle a. S. Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, mehr Aufmerksamkeit auf die Inserate der Parteipresse zu verwenden, da die Aufnahme aller Schwindel- und fragwürdigen Inserate einem sozialdemokratischen Blatte zu Unrecht gereicht.

6. hannoverscher Reichstagswahlkreis: Der Parteitag wolle beschließen, daß eine Verbilligung der Parteipresse stattfinden soll.

1. Die Parteitag möge beschließen, daß in Zukunft die Protokolle über die Verhandlungen der Parteitage an die Parteimitglieder zum Selbstkostenpreise abgegeben werden.

6. württembergischer Reichstagswahlkreis: 1. Der Parteivorstand wird beauftragt, daß künftig Broschüren und Gesetzausgaben (z. B. das Vereinsgesetz), welche den in der Agitation tätigen Genossen unentgeltlich sind, diesen möglichst unentgeltlich überlassen werden. 2. Die Parteiliteratur, insbesondere die zur Agitation bestimmten Broschüren sollen verbilligt werden.

Parlamentarisches.

Hamburg III. Distrikt: Elbe. Der Parteitag erklärt sich in Uebereinstimmung mit dem Beschlusse des Parteitagestages zu München 1902 — für die staatliche Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung aller Schichten der lohnarbeitenden Bevölkerung. Er unterfährt daher auch die diesbezüglichen Vorschläge der Privatangehörigen aufs nachdrücklichste. Der Parteitag betrachtet es als eine unerlässliche Forderung der Gerechtigkeit, daß die staatliche Versicherung in einer Weise organisiert wird, die nicht eine Benachteiligung bestimmter Gruppen der Lohnarbeiterschaft in sich schließt.

Der Parteitag protestiert daher gegen den in der Denkschrift betreffend die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangehörigen, vom Reichsamt des Innern genehmigten Plan, die Arbeiter-schaft von einer angemessenen Verbesserung der staatlichen Versicherung auszuschließen und sie lediglich den Privatangehörigen zu gute kommen zu lassen. Die Leistungen des heutigen Invalidenversicherungsgesetzes sind so unzureichend, daß davon der Arbeiter ebenso wenig profitieren kann als der Privatangehörige.

Eine Sonderversicherung der Privatangehörigen — wie sie vom Reichsamt des Innern vorgeschlagen wird — würde nicht nur die Arbeiter ausschließen, sondern, da der Begriff „Privatangehöriger“ keineswegs feststeht, auch weite Kreise der Angestellten in die Gefahr bringen, nicht in die Sonderversicherung aufgenommen zu werden. Daher und aus anderen für die Angestellten sehr wichtigen Gründen verurteilt auch ein großer Teil der Privatangehörigen das System der Sonderversicherung. Sie fordern eine ausreichende Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung im Rahmen des Invalidenversicherungsgesetzes durch höhere Leistungen in den jetzt bestehenden Lohnklassen und Errichtung höherer Lohn- und Beitragsklassen.

Zu Uebereinstimmung hiermit richtet der Parteitag — unbeschadet seines grundsätzlichen Standpunktes, daß zur Ausbringung der erforderlichen Mittel alle Klassen der Bevölkerung durch direkte Steuern heranzuziehen sind — an die Gesetzgebung das dringende Ersuchen, diese Wünsche schleunigst durch den Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes und zwar so zu erfüllen, daß die Verursat an sich nicht zum Anlaß genommen werden darf, irgendeine Kategorie der Versicherten zu benachteiligen. Hinsichtlich der Festlegung des Invaliditätsbegriffes jedoch ist die bisherige Tätigkeit des Versicherten, ebenso wie seine Ausbildung, Kräfte und Fähigkeiten voll zu berücksichtigen. Den Versicherten ist das Recht der Selbstverwaltung zu gewähren.

Frankfurt a. M. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, bei der Beratung der Novellen zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Zivilprozessordnung zu beantragen, daß auch für die Zivilabteilungen und -Kammern der Amts- und Landesgerichte Laien zur Rechtsprechung hinzugezogen werden.

Berlin II. Die Reichstagsfraktion zu ersuchen, im Reichstag erneut einen Antrag zu stellen gegen die den Zivilmusikern gefährliche Konkurrenz der Militärlapellen, weil durch das Spielen derselben die Zivilmusik in ihrem Erwerb beeinträchtigt werden.

Rothenburg a. T. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, baldigst einen Antrag einzubringen, nach welchem die entsprechenden Paragraphen des Krankenversicherungsgesetzes betreffend den ortsbildlichen Tagelohn, dahin abgeändert werden, daß bei Festlegung desselben nicht nur der Verdienst der gewöhnlichen Tagelöhner, sondern auch der durchschnittliche Verdienst der gewerblichen (gelernten) Arbeiter berücksichtigt werden soll.

Elbing: Die Reichstagsfraktion möge einen Gesetzesentwurf einbringen, wodurch die Krankenversicherung der Landarbeiter herbeigeführt wird.

Teltow-Weesow und Berlin V: Die heutige Generalversammlung erklärt in dem Verhalten der badischen und bayerischen Landtagsfraktionen einen Disziplinbruch und erwartet von dem Nürnberger Parteitag, daß derselbe in ganz entschiedener Weise dazu Stellung nimmt.

Frankfurt a. M.: Der Parteitag erklärt, daß er die Zustimmung der badischen und bayerischen Landtagsfraktionen zum Budget nicht billigt und für einen Restoß gegen den Beschluß des Lübecker Parteitagestages ansieht.

Sorau-Forst: Die Generalversammlung des Wahlkreises Sorau-Forst verurteilt die Zustimmung unserer süddeutschen Landtagsabgeordneten zum Gesamtbudget des bayerischen und badischen Staates. Die Generalversammlung spricht die Erwartung aus, daß die Resolution des Lübecker Parteitagestages strikte Beachtung erfährt. Um allen parlamentarischen Entgleisungen die Spitze abzubrechen, ersucht die Versammlung den Nürnberger Parteitag aus der Lübecker Resolution den Passus zu streichen, der von einer „Budgetbilligung“ aus zwingenden Gründen“ handelt.

Berlin III: Die Versammlung des III. Berliner Wahlkreises verurteilt die Langerhand vorbereitete Budgetbilligung der bayerischen und badischen Landtagsfraktionen als einen schweren Restoß gegen die Grundzüge und Beschlüsse der Gesamtpartei. Sie erklärt die Berufung auf den 3. Absatz der Lübecker Resolution als durchaus verfehlt. Zwingende Gründe hat keine der Fraktionen für ihre Zustimmung anzuführen vermocht. Die Versammlung verurteilt ebenso die Begeisterung, dem Parteivorstand als der von der Gesamtpartei bestellten Parteileitung Auskunft über die Beschlüsse der Fraktionen zu erteilen, als einen großen Restoß gegen den Sinn des Organisationsstatutes und die Einheit der Partei. Ebenso kann das Verhalten derjenigen Parteipresse, die dem Vorgehen jener Fraktionen zugestimmt hat, nicht gebilligt werden. Die Versammlung fordert eine Regelung in dem Sinne, daß der 3. Absatz der Lübecker Resolution gestrichen wird.

Berlin IV: In der Stellungnahme der süddeutschen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten zur Budgetbilligung der Einzelabteilungen erblidet die heute, am 18. August, tagende Generalversammlung des Wahlvereins für den vierten Berliner Reichstagswahlkreis einen großen Restoß gegen den Lübecker Parteitagbeschlusse und somit einen völligen Bruch der unbedingt erforderlichen und hochzuhaltenden Parteidisziplin.

Dieser Vorgang bedeutet einen kräftigen Restoß der revisionistischen Arbeit, einen Schritt nach rechts, eine Umänderung an die Bürgerlichen, zur Reformpartei. Die Generalversammlung erwartet deshalb, daß der in Nürnberg stattfindende Parteitag mit aller Deutlichkeit erklärt, daß die Beschlüsse der Parteitage auch für die süddeutschen Landtagsabgeordneten bindend sind. Die Stellungnahme des Parteivorstandes als oberste Instanz der Partei und die Haltung des „Vorwärts“ als Zentralorgan in dieser Angelegenheit ist deshalb nur zu billigen.

Berlin V: In Erwägung, daß die Arbeiterklasse in den Einzelstaaten weder die volle Gleichberechtigung noch die gleiche Behandlung mit den herrschenden Klassen genießt; daß die Einzelstaaten vielmehr nach ihrem Willen und ihrer Organisation den Charakter des Klassenstaates haben, d. h. die vornehmste Sorge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind und demgemäß weder die Art der Staatseinnahmen noch der Staatsausgaben den Forderungen der Sozialdemokratie an eine Staatsverwaltung entsprechen; daß die Regierungen dieser Einzelstaaten durch ihre Zustimmung zu den Maßnahmen des Bundesrats (Umsatz- und Nachtbandvorlage, indirekte Steuern auf den Massenverbrauch, Lebensmittelzölle und Viebeschadenspolitik, Militarismus, Marinismus usw.) die Arbeiterklasse aufs ungerechteste und schwerste schädigen; die Bewilligung des Budgets aber als ein Vertrauensvotum für eine Regierung und als Billigung ihrer wesentlichsten politischen Maßnahmen angesehen wird, erwartet der Parteitag, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den Landtagen künftig gegen das Budget stimmen werden.

Die Mitglieder sozialdemokratischer Fraktionen haben sich der Teilnahme an hiesigen Deputationen und Versammlungen zu enthalten.

Maifeier.

Teltow-Weesow, Storkow-Charlottenburg: Der Parteitag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Betätigung des Kampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abwiegelsversuche aus Gewerkschafts- und Parteikreisen. Um diesen unliebsten, das Ansehen der Maifeier schädigenden Vorurteilen vorzubeugen, erwartet der Parteitag, daß derartige Unterleibts und mehr der auf jedem Parteitag beschlossenen Propagierung der Arbeitstrafe am 1. Mai Rechnung getragen wird.

Hamburg III. Distrikt: Hamm, Rothenburg a. T., Billwerder, Rinkenwerder, Cuxhaven: Die Maifeier nach den Beschlüssen des internationalen Kongresses, sowie des letzten Parteitagestages unter Fortfall der Unterstützungsforderung abzuhalten.

Königsberg i. Pr.: Für die Regelung der Unterstützung der Maifeier-Gemahregelten sollen in er-

neuten Verhandlungen des Parteivorstandes mit der Generalkommission folgende Richtlinien maßgebend sein:

1. Ueber die Arbeitsruhe wird nach zu vereinbarenden allgemeinen Grundsätzen, für die bei einigen Gewerkschaften bereits bestehende als Vorbild dienen, entschieden.

2. Den Gemahregelten wird die Unterstützung vom dritten Werktage ab gezahlt und zwar a) für sechs Tage aus lokalen Mitteln, die durch obligatorische Beiträge der am 1. Mai arbeitenden Organisierten, Sammlungen usw. aufgebracht werden; reichen die Mittel dieses Fonds nicht aus, so sind die noch erforderlichen Summen am Orte auf die Parteio rganisation und die Gewerkschaften, denen die Ausgesperrten angehören, angemessen zu verteilen; b) weiterhin aus den zentralen Hauptkassen der Partei und der Gewerkschaften in angemessener Verteilung. Als angemessene Verteilung gilt die Zahlung der Unterstützung für die allein politisch Organisierten aus Parteimitteln, für die allein gewerkschaftlich Organisierten aus Gewerkschaftsmitteln, und für die beiden Organisationen Angehörigen von beiden Seiten zu gleichen Teilen.

3. Die Gewerkschaften werden erucht, von Erhebung besonderer Beiträge für andere Gewerkschaftszwecke in Zukunft Abstand zu nehmen.

Königsberg i. Pr.: Die für die Unterstützung nötigen Mittel sind für die allein politisch organisierten Gemahregelten aus der Zentralkasse der Partei, für die allein gewerkschaftlich Organisierten aus der Zentralkasse der Gewerkschaften, und für die beiden Organisationen Angehörigen aus beiden genannten Kassen zu gleichen Teilen zu zahlen.

Frankfurt a. M.: Die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche an dem 1. Mai und seinen Lohnausfall erleiden, sind verpflichtet, in die Partei- und Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abzugeben.

Genosse Specht in Wiesbaden (Kreis Solingen): Der Parteitag möge wegen der Vereinbarungen des Vorstandes mit der Generalkommission betreffs der Aufbringung der Mittel für event. Mahrgelungen wegen der Waise eine endgültige Entscheidung treffen, wonach die Kostenfrage dahin zu regeln ist, daß nicht die einzelnen Orte damit belastet werden, weil dieses generell zu unerträglichen Zuständen führt, besonders für kleine Orte, die nicht allein die Prinzipien dieser Demonstration zur Unausführbarkeit bringt, ja sogar jeden Gedanken dafür erlöten kann.

Die Hauptverwaltungen der Organisationen der modernen Arbeiterbewegung, die nach wie vor den Beschlüssen betreffs der Waise Rechnung zu tragen haben, sollen gemeinsam die Kosten tragen.

7. Schleswig-holsteinischer Reichstags-Wahlkreis: Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Zentralvereins für den 7. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis erklärt in Übereinstimmung mit dem in einer gemeinsamen Sitzung der Gewerkschaften und Parteifunktionäre Kiel und der Umgebung gefaßten Beschluß die Arbeitsruhe nach wie vor als einzig wirksame Demonstration, da jede andere Feier zur Verflüchtung und Bedeutungslosigkeit der Waise führen muß. Sie spricht sich gegen die von der Generalkommission und dem Parteivorstand empfohlene örtliche Regelung der Unterstützungsfrage aus, da auf diesem Wege einer Befestigung der Arbeitsruhe zugestimmt wird.

Kiel: Die am 18. August tagende Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Kiel beschließt, nachstehende Resolution dem deutschen Parteitag zu unterbreiten:

Die heutige Versammlung betrachtet nach wie vor die Arbeitsruhe als einzig wirksame Demonstration, da jede andere Feier zur Verflüchtung und Bedeutungslosigkeit der Waise führen muß. Sie spricht sich gegen die von der Generalkommission und dem Parteivorstand empfohlene örtliche Regelung der Unterstützungsfrage aus, da auf diesem Wege einer Befestigung der Arbeitsruhe zugestimmt wird.

Trebbin: Der Parteitag möge beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, erneut mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Unterhandlung zu treten; die strikte Arbeitsruhe am 1. Mai ist das Ziel der lohnbewußten Arbeiterschaft; die Mittel zur Erreichung dieses Zieles müssen gemeinsam von den Zentralkassen der Partei und Gewerkschaften getragen werden.

Weimar III: Die heutige Generalversammlung sieht nach wie vor in der Feier des 1. Mai eine Veräußerung auf dem Boden des Klassenkampfes, die, je mehr sie propagiert, an Kraft und Umfang gewinnt. Die Versammlung verurteilt aufs entschiedenste die Dremderlässe und Abschwächungsversuche, mögen sie aus Partei- oder Gewerkschaftskreisen kommen. Nur aber in Zukunft diesen ungeduldeten, das Ansehen der Waise schädigenden Vorkommnissen vorbeugen, erwartet die Versammlung vom deutschen Parteitag in Nürnberg, daß er mit allem Nachdruck dafür eintritt, daß dort, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse es erlauben, der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert wird. In diesem Sinne hat der Parteivorstand und auch die Generalkommission zu wirken.

Reinhaldensleben-Wolmirstedt: Die Parteigenossen des Wahlkreises Wolmirstedt-Reinhaldensleben bedauern, daß die Generalkommission und der Parteivorstand die Waise vollständig in den Hintergrund stellen und erwarten, daß der Parteitag die Generalkommission und den Parteivorstand erucht, im nächsten Jahre ihr Möglichstes zu tun, damit der 1. Mai durch völlige Arbeitsruhe gefeiert wird.

Nürnberg: Der Parteitag fordert im Sinne der Beschlüsse der internationalen Kongresse die deutschen Arbeiter auf, die Waise durch Arbeitsruhe zu begehen und in gemeinsamer Aktion von Partei und Gewerkschaft mit allem Nachdruck für die Erweiterung und Steigerung des internationalen Feiertages des Proletariats zu kämpfen.

Danan-Orb: Der Parteitag möge beschließen, für die Frage der Waise eine neue Regelung herbeizuführen, indem die getroffenen Vereinbarungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission eine absolut ungenügende ist und nur Verwirrungen unter den Parteigenossen sowohl als auch unter den Gewerkschaftsmittgliedern hervorruft und die ganze Waise in der Zukunft unmöglich machen wird.

Elterbed bei Kiel: Die Beschlüsse zwischen Parteivorstand und Generalkommission betreffs Waise sind aufzuheben und beschließt der Parteitag: Die würdigste Feier des 1. Mai ist die Arbeitsruhe; jedoch bezahlt die Partei keinerlei Unterstützung an Gemahregelte.

Berlin IV: Die Feier des 1. Mai unter allen Umständen durch Arbeitsruhe zu begehen und zu diesem Zwecke durch die Presse, durch Versammlungen und Versammlungen geeignete Agitation dafür zu entfalten.

Sonstige Anträge.

Halle a. S.: Durch eine umfassende Agitation ist zur allgemeinen Kenntnis zu bringen, daß durch private Vereinbarungen die Bestimmungen der Gesundheitsordnung außer Kraft gesetzt und andere Vereinbarungen über die Rindungsdauer, Lohnzahlung usw. getroffen werden können.

Raumburg-Weizenfeld-Feiz: Eine über das ganze Reich sich erstreckende Agitation durch die Parteipresse und Flugblätter soll darauf auswirken, daß durch private Vereinbarungen vor Eingehen eines künftigen Dienstverhältnisses die von der Gesundheitsordnung festgesetzte Rindungsdauer aufgehoben werden kann.

Kugsburg: In Anbetracht der Forderung, welche wir zum Schutz der Koalitionsfreiheit bei Vergabung von staatlichen und kommunalen Aufträgen an Staat und Gemeinde stellen, stellt der Sozialdemokratische Verein Kugsburg den Antrag, daß Parteivorstand, Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und Großhändlervereine der Konsumvereine in Verbindung treten zwecks Regelung des Bezuges von Papier für unsere Partei- und Gewerkschaftsdruckereien, um in den Papierfabriken die volle Koalitionsfreiheit zur Geltung zu bringen.

Sollte sich mit den Papierfabriken eine solche Regelung nicht ermöglichen lassen, so möge die Frage der Eigenproduktion besprochen und entsprechende Maßnahmen dazu getroffen werden.

Höft: Zur Erwerbung der Staatsangehörigkeit in den einzelnen Bundesstaaten ist von Seiten des Parteivorstandes ein Merkblatt herauszugeben, welches den Mitgliedsbüchern der Partei und der Gewerkschaften beigelegt resp. in dieselben eingeklebt wird.

Nürnberg: Der Parteitag möge eine ständige Arbeitskommission wählen, die für den nächsten Parteitag eine Erörterung der Agrarfrage vorbereite und möglich macht.

Brandenburg-Westhavelland: Einsetzung einer Kommission, welcher die Aufgabe zu teil wird, die Agrarfrage zu studieren und dem folgenden Parteitag Vorschläge zu unterbreiten, die geeignet sind, uns der Landarbeiterschaft näher zu bringen.

Tagesordnung des nächsten Parteitages.

Zeltow-Weeslow-Storlow-Charlottenburg, Straßund, Rügen und Berlin III: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: die Landarbeiterfrage und die Organisation der Landarbeiter.

Warenitz: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages die Agrarfrage zu setzen.

Zeltow-Weeslow: In Anbetracht der lauen Beteiligung der Parteigenossen an der Genossenschaftsbewegung, möge sich der Parteitag eingehend mit derselben beschäftigen eventuell ist die Genossenschaftsfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen. Der Parteitag möge sich klar für die Genossenschaftsbewegung aussprechen und die Genossen auffordern, dieselbe mehr wie bisher zu unterstützen.

Ort des Parteitages.

Eisenach: Den nächsten Parteitag in Eisenach abhalten zu wollen.

10. Verbandstag der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands.

Frankfurt a. M., 19. August.

Dritter Verhandlungstag.

Zu Beginn der heutigen Sitzung wird zunächst nach Annahme einiger Anträge, die Buch- und Kassenführung der Hauptkassen betreffend, dem Vorstand und Redakteur Decharge ertilt. Dann wird die

Generaldebatte über die zum Statut gestellten Anträge eröffnet.

Peiffer-Nürnberg befürwortet den Antrag, das Eintrittsgeld Lehrlingen und sonstigen Kollegen, die nach beendeter Lehrzeit gleich dem Verband beitreten, zu erlassen. Die Frage, wie können wir am besten die Jugend organisieren, müßte eingehend beraten werden; die Gewerkschaftsbewegung müsse sich der Jugend mehr annehmen wie bisher. Für die jugendlichen Kollegen sollten aber niedrige Beiträge festgesetzt werden. Die Anträge zur Erweiterung des Unterstützungsbezuges bittet Redner abzulehnen, der Verband müsse vor allen Dingen einen Kampffonds schaffen.

Peiffer-St. Johann plädierte für die Einführung von Staffelpreisen. Den Mitgliedern solle es freigestellt sein, für welche Klasse sie Beiträge bezahlen wollen, man müsse aber den finanziell schlechter gestellten Kollegen Rechnung tragen. Für die Militärschneider solle ein Reichstaxi eingeführt werden.

Boh-Frankfurt a. M. ist dafür, daß mehr Agitation unter den Konfektionschneidern und Schneiderinnen getrieben werde. Der Forderung von Einheitsstarfen in dieser Branche müßte nähergetreten werden.

Schnorr-München meint, den jugendlichen Kollegen müßte man mehr entgegenkommen, die Reiseunterstützung solle ihnen früher gewährt werden.

Schädlisch-Hamburg begründet einen Antrag von Hamburg, wonach das Eintrittsgeld erhöht werden soll. Die Aufnahmebedingungen müßten geändert werden, weil durch wiederholte Aufnahmen einzelner Mitglieder Unruhe getrieben werde. Der Antrag Oberfeld: Die Angehörigen der Filialen sind auf die Hauptkassen zu übernehmen, sei zu begrüßen. Wenn diesem Antrag entsprochen würde, dann kämen so viele lokale Differenzen, die bei der Erhöhung der Gehälter von Lokalbeamten entstehen, in Wegfall.

Stähmer-Berlin ist wohl für die einheitliche Regelung der Gehälter der Lokalbeamten; bei einer Uebernahme dieser Beamten auf die Hauptkassen müßte aber vor allen Dingen die Frage geregelt werden, was die Lokalfassen zur Vergütung beitragen. Der Verbandstag müsse in dieser Sache etwas tun. Ueber die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge brauche man nicht viel Worte zu verlieren. Der Verband stehe einem geschlossenen Unternehmertum gegenüber und zur Führung von großen Lohnkämpfen müßten reichliche Mittel vorhanden sein. Bei dem vorjährigen Kampfe habe der Arbeitgeberverband sich gezeigt, die Arbeiter können den Kampf nur 14 Tage führen, sie haben kein Geld. Hätte der Verband reiche Mittel gehabt, dann würden die Unternehmer den Kampf mit uns nicht ausgenommen haben. Der Verband müsse aus eigener Kraft die Mittel zu Lohnkämpfen aufbringen. Auf die Unterstützung der übrigen Gewerkschaften dürfe man nicht rechnen. Die Vorstände der übrigen Gewerkschaften sagen, wenn wir bei ihnen um Unterstützung nachsuchen: „Ihr müßt eure Mitglieder zu höheren Beiträgen heranziehen.“ Die Schwierigkeit der Staffelpreise liege in ihrer Durchführung. Sie könne nur bei Selbsteinsparung durchgeführt werden und da würden die Mitglieder zu den niedrigen Beiträgen greifen. (Widerspruch.) Wenn gesagt werde, man tue zu wenig für die Militärschneider, so müße er demgegenüber betonen, daß die Militärschneider sich zu wenig um die Organisation bekümmern. Es sei schwer, nur mit dieser Branche in einen Streik zu treten. Der Einführung von Einheitsstarfen für die Militärschneider ständen große Schwierigkeiten entgegen. Damit sind die heutigen Verhandlungen beendet. — Die Delegierten machen nachmittags einen Ausflug nach Wiesbaden.

Aus Industrie und Handel.

Der Saatensatz in Preußen

stellte sich um die Mitte August, wenn 2 gut, 3 mittel, 4 gering bedeutet, wie folgt: Winterweizen 2,5 (im Juli d. J. 2,4), Sommerweizen 2,7 (2,7), Winterpelz 2,4 (2,2), Winterroggen 2,5 (2,5), Sommerroggen 2,0 (2,0), Sommergerste 2,8 (2,8), Hafer 2,8 (2,0), Erbsen 2,9 (2,7), Ackerbohnen 2,8 (2,7), Wicken 2,8 (2,7), Kartoffeln 2,8 (2,8), Zuckerrüben 2,0 (2,8), Flachs 2,8 (2,7), Alee 2,8 (2,0), Luzerne 2,0 (2,0), Mieswiesen 2,5 (2,4), andere Wiesen 3,0 (2,9).

In den Bemerkungen der statistischen Korrespondenz heißt es: Die Getreideernte ist in vollem Gange. Ersehnt wird sie durch das Lagern der Frucht und durch viele den Arbeiten sehr hinderliche Regenschauer. Im großen ganzen ist man aber mit dem Entsetzter zufrieden. Vom Wintergetreide ist der Roggen ziemlich unter Dach, im allgemeinen gesund und trocken. Die Angaben über den Erdbruß gehen sehr auseinander, doch ist eine recht gute Mittelerte zu erwarten. Auch vom Winterweizen ist schon viel gemähten und eingefahren. Im allgemeinen ist man mit der Güte des Kornes zufrieden. Die großen Hoffnungen, die auf den Weizen in den beiden Vormonaten gesetzt wurden, erfüllt er nicht ganz, eröffnet aber immer noch gute Entsaussichten. Auch vom Sommergetreide ist schon viel eingebracht.

In den östlichen Gegenden ist infolge Einwirkung von Hitze und Dürre die Sommerernte fast gleichzeitig mit der Winterernte schneitförmig geworden, so daß, da die Arbeiten nicht schnell genug zu bewältigen sind, Verlust durch Ausfallen befürchtet wird. Auch erschwert umfangreiches Lagern das Schneiden und beeinträchtigt die Ausbildung der Körner. Die Gerste hat zu und wieder hierdurch ihre

Wertbarkeit als Braugerste eingebüßt. Ueber Ankrant, namentlich im Safer, wird viel geklagt.

Der Außenhandel in den Schutzgebieten.

Das „Deutsche Kolonialblatt“ veröffentlicht eine vorläufige Zusammenstellung der Ergebnisse des Außenhandels der afrikanischen Schutzgebiete für 1907, welche folgende Entwicklung zeigt:

	1907	1908	Zu- oder Abnahme
	Mark	Mark	
A. Einfuhr			
Deutsch-Ostafrika	23 808 309	25 152 851	+ 1 344 542 = 5,6 %
Namern	17 296 547	18 905 514	+ 1 608 967 = 9,3 %
Togo	5 609 684	6 482 812	+ 873 128 = 15,6 %
Südwestafrika	82 395 018	68 625 530	- 13 769 488 = 16,7 %
zusammen	80 198 518	118 516 707	+ 38 318 189 = 47,8 %

	1907	1908	Zu- oder Abnahme
	Mark	Mark	
B. Ausfuhr			
Deutsch-Ostafrika	12 500 179	10 094 712	- 2 405 467 = 19,2 %
Namern	15 867 021	9 945 903	- 5 921 118 = 37,3 %
Togo	5 915 009	4 190 838	- 1 724 171 = 29,1 %
Südwestafrika	1 615 661	838 035	- 777 626 = 48,1 %
zusammen	35 898 470	25 069 488	- 10 828 982 = 30,2 %

	1907	1908	Zu- oder Abnahme
	Mark	Mark	
C. Gesamthandel			
Deutsch-Ostafrika	30 308 548	35 247 563	+ 4 939 015 = 16,3 %
Namern	33 163 568	28 851 417	- 4 312 151 = 12,9 %
Togo	12 615 293	10 632 148	- 1 983 145 = 15,7 %
Südwestafrika	84 011 579	69 008 535	- 15 003 044 = 17,9 %
zusammen	116 006 988	133 639 663	+ 17 632 675 = 15,2 %

Die großen Unterschiede in den Einfuhrziffern für Südwestafrika erklären sich aus der Verminderung der Kruppzahl. Es hat sich bei der Einfuhr überwiegend um Lebensmittel gehandelt, für die natürlich das Bedürfnis mit jeder Zurückziehung von Truppen geringer geworden ist. Die Ausfuhrermehrung des Schutzgebietes ergab sich von selbst von dem Augenblick an, wo wieder eine geregelte Farmwirtschaft betrieben werden konnte.

Gerichts-Zeitung.

Benutzung schadhafter Pferde unzulässig.

Mit äußeren Schäden behaftete Pferde dürfen nach der Berliner Straßenordnung nicht als Zugtiere benutzt werden. Gegen diese Vorschrift hatten sich die Hufeute Reimer und Horst vergangen. Das Landgericht, dem ein tierärztliches Zeugnis über den Zustand des verwendeten besetzten Pferdes vorlag, sprach die Angeklagten frei. Das Kammergericht hob diesen Tag das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht zurück. Ein Polizeivorstand, wie die erwähnte, würde ungültig sein, wenn sie nur das ästhetische Empfinden schützen sollte. Die Bestimmung hier sei aber erlassen im Interesse der Erhaltung der Leichtigkeit, Ordnung und Sicherheit des Verkehrs und sei darum rechtmäßig. Wenn ein Jünger mit besonderen äußeren Schäden behaftet sei, werde es auf den Verkehr infolge einwirken, als das Publikum zusammenlaufe und sein Mißfallen bezeuge. Dadurch werde die Leichtigkeit des Verkehrs beeinträchtigt. Ob das in einzelnen Fällen geschehen sei, wäre nicht entscheidend für die Verurteilung der Verurteilung, sondern es genüge, daß der äußere Schaden als solcher geeignet sei, zu einer Störung der Leichtigkeit, Ordnung und Sicherheit zu führen. Das müsse das Landgericht nachprüfen.

Der betrügerische Bürgermeister.

Die Strafkammer in Alstein verhandelte gegen den früheren Bürgermeister von Jeddern Ed. Reider, der sich als Gründer der Jeddener Sparrasse verschiedener Verbrechen schuldig machte. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten zwei Jahre Gefängnis. Das Gericht erkannte auf ein Jahr und drei Monate Gefängnis unter Anrechnung der Unterbringungshaft. Die Schädigungen betragen gegen 30 000 Mark. Auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte wurde nicht erkannt.

Die Regierung hat gegen den Erbbürgermeister ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Die Stadtvertretung von Jeddern wird also in einiger Zeit wieder eine Bürgermeisterversammlung haben müssen.

Eine Duellforderung an den Schwiegervater

hatte gestern vor dem Strafgericht ein Duellspiel. Wegen Herausforderung zum Zweikampf war der Richter Wag Vaars aus Wachen angeklagt. Mit ihm müßte sich der Kandidat der Johanneiskunde Paul Schulze wegen Kartelltrugens verantworten. Die beiden Angeklagten waren in dem Termin nicht erschienen. Vaars war wegen der großen Entfernung seines Wohnortes vom Gerichtsorte vom Erscheinen entbunden worden. Schulze hatte ein ärztliches Attest eingekauft, sodas die Verhandlung gegen ihn abgetrennt wurde. — Der Anklage lag folgendes zugrunde: Der Angeklagte war mit der Tochter des Kunstmalers St. verlobt gewesen. Die Verlobung ging jedoch aus verschiedenen Gründen zurück. Einige Zeit darauf verlobte sich die junge Dame zum zweitenmal. Es fand deshalb in einem Lokale in der Kleinen Auguststraße ein Verlobungsdinners statt. Als sich die Gesellschaft schon in sehr gehobener Stimmung befand, trat plötzlich ein sehr unangenehmer Zwischenfall ein. Der frühere Verlobte des Bräutlein St., der jetzige Angeklagte, erschien, nach seiner Angabe ganz zufällig in dem Lokal und ließ sich in der Nähe der Verlobungsgesellschaft nieder. Aus irgendeinem geringfügigen Anlasse kam es zwischen dem ehemaligen Schwiegervater des Angeklagten und diesem zu einem Wortwechsel. Hierbei soll St. eine beleidigende Äußerung gebraucht haben. Am nächsten Tage erschien der Mitangeklagte Schulze in der Wohnung des St. und überbrachte ihm in aller Form eine Pistolenforderung des Vaars. Der schon 64 Jahre alte Herr lehnte die Forderung ab. Zufällig hatte die Tochter des St. diese Unterredung belauscht; sie ermittelte noch an demselben Tage Anzeige bei der Polizei. Die dritte Ferienstrammer des Landgerichts I verurteilte dem Anklage des Staatsanwalts gemäß Vaars wegen der kindlichen Herausforderung zum Zweikampf zu zehn Tagen Festungshaft.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse (Jugendabteilung). Sonntag, den 23. August: Führung durch den Botanischen Garten. Treffpunkt 8 Uhr nachmittag vor dem Eingang zum Botanischen Garten, Köhler-Platz-Straße, Dahlem.

Berlin. Dienstag, den 25. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Neuen Klubhaus“, Kommandantenstr. 72: Versammlung der sozialdemokratischen Frauen. Vortrag: „Die diesjährige Frauenkonferenz und der Parteitag in Nürnberg“. Wahl von Delegierten.

Versammlungen.

Erweiterung.

Nach dem Bericht des „Vorwärts“ über die Versammlung des 5. Wahlkreises hat dort der Genosse Liepman in liebenswürdigen Ausdrücken, die ich wohl nicht zu wiederholen brauche, gesagt, ich hätte in den „Sozialistischen Monatsheften“ die „Wegführer und die Zeitung“ Groß-Berlins wegen der Art, wie

Die den Landtagswahlkampf geführt, gelabelt, zum mindesten aber ihre Mühe und Arbeit „verkleinert“. Genosse Liepmann hat offenbar meine Ausführungen nicht selber gelesen und sich darüber ganz falsch informieren lassen. Ich habe nämlich an der erwähnten Stelle ganz im Gegenteil ausdrücklich gesagt: „Der Erfolg ist zum überwiegenden Teil dem Eifer und der Tatkraft der Parteigenossen, und namentlich der Berliner, zu danken, die eine einmal ihnen übertragenen Aufgabe mit Fähigkeit und Opferwilligkeit durchzuführen wissen.“

Genosse Liepmann glaubt mich darüber belehren zu sollen, „wie der Kampf organisiert wurde“; er hätte sich diese freundliche Mühe sparen können: wenn mir all das nicht so gut bekannt gewesen wäre, hätte ich mich nicht in so rühmenden Worten darüber geäußert. Meine Bemerkung über die „Strategie des Generalstabs“ bezog sich selbstverständlich nicht auf die Organisation der Wahl, die in jeder Hinsicht musterhaft war, sondern auf die Erfüllung respektive Vernachlässigung der rein politischen Aufgabe der Konzentration aller Wahlrechtstreuer. Daß diese Angelegenheit nicht zur Kompetenz der Bezirksführer und Wahlleiter Groß-Berlins gehörte, wird Genosse Liepmann, der ja eine Autorität in Organisationsfragen ist, ebenso wissen wie ich. Es konnte mir also nichts fernere liegen, als die Berliner Wahlleitung irgendwie herabsetzen zu wollen — im selben Atemzug, in dem ich gerade den Effekt ihrer Tätigkeit mit besonderer Anerkennung hervorhob.

Berlin, 20. August 1908. J. Bloch.

Vermischtes.

Strandung eines Schiffes.

Hamburg, 20. August. (B. Z. B.) Das der Firma F. Laeisz gehörende Dampfschiff „Palmyra“ ist, von Antwerpen nach Valparaiso bestimmt, laut Telegramm aus Punta Arenas am 2. Juli auf Wellington Island gestrandet. Es ist völlig verloren. Fünf Mann von der Besatzung erkrankten, sechzehn verließen die Strandungsstelle in Booten und werden seitdem vermisst. Der Kapitän und der erste Offizier erreichten die Evangelisteninseln und wurden dort aufgefunden und am 19. August nach Punta Arenas gebracht.

Zu dem Grubenunglück in Lancashire.

London, 20. August. Wie aus Wigan gemeldet wird, sind jetzt 54 Leichen geborgen worden. Jede Hoffnung, die noch lebenden Arbeiter lebend aufzufinden, muß aufgegeben werden.

Ein königl. preussischer Eisenbahnstationsassistent als Einbrecher.

Vor mehreren Wochen wurde die Gepäckkassette der niederheinischen Eisenbahnstation Mers a. Rh. geklindert, ohne daß es gelang, den Dieb habhaft zu werden. Wohl geriet durch die begleitenden Umstände der Stationsassistent Rosenzweig in starken Verdacht, doch konnte ihm nichts nachgewiesen werden. Jetzt ist nun im Stationsgebäude zu Mers abermals ein Einbruch verübt. Diesmal hatte es der Bruder Langfinger auf die Kasse der Bahnhofrestauration abgesehen. Eingang hatte sich der Dieb durch Fensteröffnungen einer Fensterscheibe zu verschaffen gesucht. Das Letztere sollte ihm zum Verhängnis werden. Wie die Blutspuren beweisen, mußte sich der Einbrecher beim Zertrümmern der Fensterscheibe die Hand verletzt haben. Das traf nun bei dem Herrn Stationsbeamten zu, gegen den der Verdacht sofort wieder aufgebracht wurde. Man nahm darauf eine Hausdurchsuchung vor, die denn auch die Beweise von der Schuld des Genannten zutage förderte. Da der Herr Stationsbeamte die Restaurationskasse leer gefunden hatte, so war er so unvorsichtig gewesen, sich als Geis für das fehlende Bargeld die Taschen gehörig mit allerhand Süßigkeiten, wie Schokoladen, Pralinen und sonstige Süßigkeiten, Zigarren und Zigaretten zu füllen, und diese Sachen in seiner Wohnung aufzubewahren. Es scheint, als ob der Mann

sich in seiner Beamtenenschaft vollständig sicher gefühlt hat, sonst hätte er unmöglich die gestohlenen Sachen in seiner Wohnung aufbewahren können. Natürlich hat der Herr Stationsassistent nun in einer anderen stilleren Klausur auf Kosten des Staates Wohnung angewiesen bekommen.

233 000 Mark unterschlagen. Der Kassierer der Dresdner Bank, Hermann Eder, von dessen Unterschlagungen wir aus Grund telegraphischer Mitteilungen berichtet, hat seinen Leben durch Erschießen (nach einer anderen Version durch Erhängen) ein Ende bereitet. Seine Leiche wurde am Dienstagmorgen in Schandau aufgefunden. Von der Wacht, sich das Leben zu nehmen, hatte er an demselben Tage die Direktion durch einen Brief in Kenntnis gesetzt, in dem er seine Verfehlungen darlegte.

Furchtbare Untat.

Ein Telegramm aus Brüssel besagt: Das Blatt „Etoile Belge“ meldet aus Longwy an der französisch-luxemburgischen Grenze über eine furchtbare Mordtat, welche gestern dort entdeckt wurde. Ein deutscher Zollbeamter, welcher in Begleitung seiner jungen Frau einen Spaziergang im Walde in der Nähe von Longwy unternahm, wurde von drei Italienern angefallen. Einer der Italiener schlug die Frau, welche sich in geeigneten Umständen befand, mit einem Faustschlag nieder. Die beiden anderen Italiener bemächtigten sich des Ehegatten, den sie an einen Baumstamm banden. Darauf erfolgte eine furchtbare Szene. Die drei Italiener vergewaltigten die Frau, alsdann schnitt einer der Frau den Leib auf, riß das Kind aus dem Mutterleibe und warf es dem Vater vor die Füße. Dieser wurde angesichts der grausigen Tat wahnsinnig; in diesem Zustande entdeckten Vorübergehende den Unglücklichen, ebenso die Leichen der Frau und des Kindes. Die drei Italiener sind noch im Laufe des Abends in der Nähe von Briey verhaftet worden. Der Mord hat in der ganzen Umgegend die größte Aufregung hervorgerufen.

Kinderschändung. Im Anschluß an das Währische Stiftungsfest des Währer Kriegervereins vergriff sich das Vereinsmitglied Arbeiter A. an einem schwachmüßigen Mädchen. Der Krieger wurde dem Poisdamer Amtsgericht überliefert.

Pest in Afrika.

Mombasa, 20. August. (Nachricht des Reuterschen Bureau.) Wegen Ausbreitung der Pest in Portoflorence wurde die Ugandabahn geründigt, ihren Güterverkehr zum See zu unterbrechen, da es in den Häfen an Arbeitern für die Beförderung von Gütern von den Zügen zu den Dampfern fehlt.

Aus einer höheren Schule.

Im Erfurter Gymnasium stellte Professor Brandis als Aufsatzthema für die Schüler der Sekunda: Vergleichung zwischen dem Nibelungenlied und der katholischen Hauptkirche der Stadt. Was die armen Schüler zusammenschrieben, meint der Gewächsmann des „Erfurter Allgemeinen Anzeigers“, entzieht sich meiner Kenntnis, wohl aber dürfte es viel passendere und näher liegende Thematika geben, als heterogene Dinge mit einander in Zusammenhang zu bringen. Wie wäre es mit einer Vergleichung z. B. zwischen dem Erfurter Bahnhof und Goethes Faust? oder zwischen der Erfurter Straßenbahn und dem Erlkönig?

Sozialdemokratischer Wahlverein Landsberg-Zoldin. (Ordnung Berlin.) Heute abend 8½ Uhr, im Gesellschaftshaus, Engelstr. 16, Saal 2: Monatsversammlung. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist toben das 47. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Ein Mann. — Der gewerkschaftliche Doktrinarismus und die Unternehmerverbände. Von Parvus. — Polenfrage und Sozialdemokratie. Von Julius Bruns, II. (Schluß). — Die Jugendorganisation in Oesterreich. Von Leopold Winarsky (Wien). — Der jüngste Konfessionskongress. Von Herrn Flehner. — Zeitschriftenhan.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporturen zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns toben Nr. 17 des 18. Jahrganges zugegangen. Die hat folgenden Inhalt: Anruf zur Frauenemancipation. — Die österreichische Jugendbewegung. Von Robert Danneberg. — Schulpeinigung. Von Luise Kautsky. VI. — Das Ende des Wirtskampfes. Von H. J. — Frauenbildungsvereine. — Die Entziehung des geltenden bürgerlichen Rechts. Von Simon Kohnstein. — Agitation unter den Dienstboten. Von Luise Fleh. — Harzblätter. I. Von W. D. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Jahresbericht aus Erfurt. — Der neunte bayerische Parteitag. — Frauenorganisation in Weimern. — Von der Praxis des Reichsvereinsgesetzes. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notizen: Dienstbotenfrage. — Proletarische Wendeblätter. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Heftigkeit: Des Morgens. Von Friedrich Höberlin. (Gebicht.) — Reflexe über. Von Melanie Junke. — Weltgeist. Von Percy Wille Schley. (Gebicht.)

Beilage: Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands für die Zeit vom August 1907 bis Ende Juli 1908. Für unsere Mütter und Hausfrauen: Jetzt rede du! Von E. F. Meier. (Gebicht.) — Die Behandlung nervöser Kinder. I. Von O. R. — Wandlung. Von Ernst Brecht. (Gebicht.) — Etwas vom Leben. Von Hannah Dorch, Jülich. II. Die Seele als Träger des Lebens. (Schluß). — Englische Betrachtung über Petroleumlampen. Von Dr. Otto Gottsch. — Die Mutter als Erziehlerin. — Für die Hausfrau. — Urteilsmitteil. Von Gottfried Keller. (Gebicht.)

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage zum Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen zum Jahresabonnementpreis vierteljährlich ohne Postgebühren 3 M., unter Verhältnissen im Ausland Jahresabonnement 3,50 M.

Die Wahrheit über die Wunderheilung von Lourdes. Von Dr. C. Wagner. 50 Pf. Neudruck. Neudruck. Frankfurt a. M.

Protokoll der 13. Generalversammlung des Verbandes der Lehrkräfte Deutschlands. I. R. für Mitglieder 10 Pf. Verlag: C. Wobler, Berlin, Wallstr. 56.

Die schwarze Marie von Frelsten. Von Baronin M. Vereke. 186 Seiten. — Der Primas von Deutschland. Roman von H. Kirchsteiger. — Freie wissenschaftliche und kirchlich gebundene Weltanschauung und Lebensauffassung. Von Prof. Dr. G. Maxym. 97 Seiten. Verlag: D. Konegen, Wien.

Das Aufgabematerial der künftigen Regierung gegen den Bürgermeister Dr. Lothar Schäding. Herausgegeben von Dr. Walter Schäding. Preis 25 Pf. Buchverlag der „Hilfe“.

Unfälle und Ertränkungen im Ruhr-Bergbau. Von G. Werner. 30 Pf. Verlag: Tredebusch u. Roemer, Offen a. d. Ruhr.

Bericht des Sekretariats des Internationalen sozialistischen Bureau nach dem Stuttgarter Kongress. 35 Seiten.

Is Class Conflict in America growing and is it inevitable. By John R. Commons. Reprinted from the American Journal of Sociology, Chicago.

Die Grundlagen des revolutionären Sozialismus v. A. G. Fried. 1 M. Verlag: J. C. B. Mohr in Tübingen.

Prof. Fortner. Trauerspiel von R. Welter. 91 Seiten. — Neue Frau. Scherenschnitt von R. Welter. 76 Seiten. Verlag: Austria, Wien und Berlin.

Das Blutbuch, Wochenschrift. Herausgegeben von H. Wagnstein und H. Krenzl. Kautorkia, Deutsche Verlagsanstalt u. G. Uebod in Berlin W. 30. 0,20 M.

Ämtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft schlappend, Preise für Hammel- und Schweinefleisch nachgebend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr nicht ausreichend, Geschäft still, Preise wenig verändert. Geflügel: Zufuhr den Bedarf nicht deckend, Geschäft still, Preise für Hühner: Zufuhr genügend, Geschäft sehr schlappend, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßkräuter: Zufuhr reichlich, Geschäft reger, Preise wenig verändert.

Wetterprognose für Freitag, den 21. August 1908. Zunächst ziemlich heiter und mäßige Erwärmung bei schwachen Winden aus westlicher Richtung; später zunehmende Bewölkung und Gewitterneigung.

Berliner Wetterbureau.

FESTE PREISE

Wegen baulicher Aenderung auf Verfügung der Feuerpolizei

Großer Ausverkauf.

Deutsche u. Perser Teppiche, Portieren, Tüllbettdecken, Gardinen, Steppdecken, Stores, Diwanddecken, Läuferstoffe, Tischdecken, Felle, Kissen, Vorlagen, chinesische Parawants und Matten.

Sämtliche Waren sind fast bis zur Hälfte des Preises herabgesetzt.

Die Ausverkaufs-Preise sind neben den früheren deutlich vermerkt.

Teppich-Haus B. Hurwitz, Rotes Schloss

vis-à-vis dem National-Denkmal.

Parterre und I. Etage

Vorortparzelle, 290 M. an Brunnhof, Berlin, Kollendörferstr. 3.

Großdestillation
modern eingerichtet, mehrere Vereine und Bahnhöfen, Laufgegend, sichere Erlöse, für 8000 M. sofort zu verkaufen. Effekten J. 7, Postamt 24.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Ich hab's!

Die beste mediz. Seife zur Herstellung und Erhaltung eines rosigen, jugendfrischen Aussehens, einer weissen, samtweichen Haut, eines reinen, blendenschönen Teints, sowie gegen Sommersprossen und alle Hautunreinigkeiten ist unbedingt nur die allein echte

Steckenpferd-Lilienmilch-Seife.

Vorrätig à Stück 50 Pfg. in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Carmen Sylva

Cigaretten
Beste Qualitäten

„Flora“

Spandau, Pichelsdorfer Str. 39.
Sonntags
Kaufung 3 Uhr:
Familien können Kasse lochen!
Tel.: Spandau 53. E. Koopnick.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Die Generalversammlung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend

findet am Sonntag, den 23. August, 12 Uhr mittags, in Kellers Festsaal, Kopenstr. 29, statt.

Die provisorische Tagesordnung lautet:

- 1. Vorstands-, Kassen- und Revisionsbericht. 2. Diskussion. 3. Anträge, Beratung und Beschlussfassung. 4. Die politische Bedeutung der Budgetbewilligung. Referent: Reichstagsabg. Genosse Wolfenbuehr. 5. Partei- und Verbandsangelegenheiten.

Die Delegiertenlisten sind den Kreisen und den sonst berechtigten Teilnehmern bereits zugegangen.

Der Zentralvorstand.

Anträge.

Zweiter Kreis.

Bei wichtigen Anlässen (18. März usw.) sollen vorher die Zahl- und abende beraten, welche Stellungnahme hierzu einzunehmen ist. Es sollen die Genossen nicht wieder vor fertige Tatsachen gestellt werden, wenn sie den Anforderungen nicht voll und ganz nachkommen können.

Dritter Kreis.

Parteigenossen, welche zwei Jahre politisch und gewerkschaftlich organisiert sind, wird nach zwei Monaten Arbeitslosigkeit oder Krankheit der „Vorwärts“ gratis geliefert; der Antragsteller muss aber seit mindestens zwei Jahren Abonnent des „Vorwärts“ sein.

Vierter Kreis.

Die Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins wolle beschließen:

In derselben Weise wie im Jahre 1906 eine Statistik über die (gewerkschaftliche und politische) Organisationszugehörigkeit der Parteigenossen Groß-Berlins aufgenommen wurde, ist jetzt (in der ersten Zeit nach der Wahl) eine Statistik über die Zugehörigkeit der Berliner Parteimitglieder zur offiziellen Landeskirche anzufertigen und die Ergebnisse (wie viel Kirchenmitglieder und wieviel Dissidenten der Partei in Berlin angehören) im „Vorwärts“ oder im „Mittelungsblatt“ bekannt zu geben.

2. Parteigenossen, welche zwei Jahre politisch und gewerkschaftlich organisiert sind, wird nach zweimonatlicher Arbeitslosigkeit oder Krankheit auf Antrag der „Vorwärts“ gratis geliefert. Der Antragsteller muss aber mindestens seit zwei Jahren Abonnent des „Vorwärts“ sein.

3. Die Verwahrung von Plakaten zu Parteitag und Kongressen ist einheitlich zu regeln.

4. Der Beitrag für weibliche Mitglieder wird auf 10 Pf. pro Monat festgelegt.

Zeltow-Beeskow.

1. In den neu zu druckenden Aufnahmeheften ist eine Rubrik einzufügen, in welcher die Staatsangehörigkeit des neuen Mitgliedes eingetragen werden kann.

2. Bei Demonstrations- und Protestversammlungen ist für die Referate keine Entschädigung zu gewähren.

3. Das „Mittelungsblatt“ ist so auszugestalten, daß es den Bezirksführern mehr zur Belehrung dient, als es jetzt der Fall ist. An Stelle der Annoncen und Mitteilungen sind kurze Artikel, vornehmlich über Parteiprogramm und Sozialismus zu bringen.

Der in der vorjährigen Generalversammlung dem Vorstande überwiesene Antrag möge nunmehr zur Ausführung gebracht werden.

4. Die Generalversammlung erhebt energisch Protest gegen den Beschluß des Zentralvorstandes Groß-Berlins betreffend die Festsetzung des Beitrags für die weiblichen Mitglieder und beantragt, den Beitrag so niedrig wie irgend möglich zu bemessen.

5. Den Aufnahmeheften ist eine Rubrik hinzuzufügen, in welcher die gewerkschaftliche Organisation des Mitgliedes eingetragen werden kann.

Zur Lokalfeste. Am Sonntag, den 23. d. M., findet in Bohnsdorf (Zeltow-Beeskow) ein Erntefest statt. Wir machen darauf aufmerksam, daß uns dortselbst nur das Lokal „Falkenruh“, Wilsaahl, zur Verfügung steht, alle anderen Lokale sind zu meiden.

Am Sonntag, den 30. d. M., veranstalten folgende Vereine in der „Philharmonie“ ein Vokal- und Instrumentalkonzert: „Constantia“, „Einigkeit 1878“, „Germania“, „Kornblume 1878“, „St.-Sängerband“, „Waldbesähten“, „Weiße Schleife“ und „Sängerkreis der Musikinstrumenten-Arbeiter“. Da man versucht, hierzu in Arbeiterkreisen einen lebhaften Wettbewerb zu erzielen, so erinnern wir an den seinerzeit gefassten Beschluß, wonach der Besuch der „Philharmonie“ bei derartigen Veranstaltungen den event. Ausschluß aus der politischen Organisation zur Folge haben kann.

Waidmannslust. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet Sonntagabend, den 22. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in Glienicke bei Herrn Dörfel im Lokale von Schulze statt.

Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet Sonntagabend, den 22. August, abends 8 Uhr, im Lokale von Otto Paetich statt. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Genossen und Genossinnen erwartet Der Vorstand.

Schmargendorf. Am Sonntag früh 7 1/2 Uhr findet vom „Wirtschaftshaus Schmargendorf“ aus eine Flugblattverbreitung statt, zu der sich alle Genossen pünktlich einfinden mögen. Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Bernau. Morgen, Sonntagabend, findet die Versammlung des Wahlvereins bei Kunze, Bürgermeisterstraße, natl. Auf der Tagesordnung steht: 1. Welches Interesse haben die Frauen am öffentlichen Leben? Referentin: Genossin Elise Reumann. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 4. Fortsetzung des Kurses in Rationalökonomie. 5. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen, namentlich auch der Frauen, erwartet Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Das Auftreten des „Hauptmanns von Köpenick“ verboten. Gestern nachmittag wurde vom Berliner Polizeipräsidenten das weitere Auftreten des Schuhmachers Wilhelm Voigt im Passagier-Ranokium verboten. Bis zum Eintreffen des Verbots hatten den „Hauptmann“, der eifrig Postkarten zugunsten der Abgebrannten in Donaukajüten verkaufte, 10 000 Menschen besucht. Mag auch die gebotene Schaustellung des viel Genannten nicht gerade besonders geschmackvoll erscheinen, so lag doch unseres Dafürhaltens kein Grund zu einem polizeilichen Eingriff gegen die etwaige Verurteilung gegen den guten Geschmack durch Besucher vor. Das Publikum braucht keinen Polizeivormund und sicherlich vorzögi so

mancher Polizeitransport weit mehr gegen das Empfinden eines normal denkenden Menschen, als der Verlauf von Postkarten zugunsten Abgebrannter durch ein typisches Opfer der heutigen Gesellschaftsordnung. Die Polizei hat ein Recht zu einem Verbot von Darbietungen, die ohne gegen Strafgesetze zu verstoßen, anstößig erscheinen, nicht. Wenn solche Schaustellungen nicht behagen, zwingt ja niemand zur Aufführung derselben. Auch das nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts für Preußen noch bestehende Zensurrecht der Polizei rechtfertigt das polizeiliche Einschreiten nicht. Die Polizei scheint ihr Verbot auch weder auf ihre allgemeinen Befugnisse noch auf ihr Zensurrecht zu stützen. Das dürfte daraus zu entnehmen sein, daß das mündlich erlassene Polizeiverbot auch die Mitteilung enthielt, daß dem Schuhmacher Wilhelm Voigt die Annahme einer Stellung, welche ihn mit der Öffentlichkeit in Verbindung bringt, in Berlin überhaupt nicht gestattet würde. Demnach scheint ein Ausfluß der über Voigt verhängten Polizeiaufsicht vorzuliegen. Voigt ist bekanntlich vom Landgericht zu Oranien mit der ungewöhnlichen Strafe von 15 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht bestraft. Das Urteil erging ohne Abhörung der vom Angeklagten über wesentliche Punkte benannten Zeugen, es wurde ohne Eingriff des Reichsgerichts rechtskräftig, weil der Gerichtsschreiber erst nach Ablauf der Revisionsfrist das rechtzeitig gemeldete Revisionsbegehren aufnahm. Die Zuchthausstrafe war am 1. Februar 1906 verbüßt. Durch ein auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht lautendes Erkenntnis erhält die Polizeibehörde die Befugnis, den Verurteilten auf die Zeit von höchstens fünf Jahren (gerechnet vom Tage der verbüßten Freiheitsstrafe ab), unter Polizeiaufsicht zu stellen. Die Polizeiaufsicht hat nach § 89 Reichs-Strafgesetzbuches folgende Wirkungen: 1. dem Verurteilten kann der Aufenthalt an einzelnen bestimmten Orten von der höheren Landespolizeibehörde untersagt werden; 2. die höhere Landespolizeibehörde ist befugt, den Ausländer aus dem Bundesstaat zu verweisen — diese Ziffer 2 ist für den Fall des Tilfiter Schuhmachers und Köpenicker „Hauptmanns“ belanglos —; 3. Hausdurchsuchungen unterliegen keiner Beschränkung hinsichtlich der Zeit, zu welcher sie stattfinden dürfen. Daneben hat in Preußen nach der herrschenden Rechtsanschauung auf Grund des Gesetzes vom 31. Dezember 1842 die Polizei das Recht, auch nicht unter Polizeiaufsicht gestellte Verurteilte auszuweisen, falls sie an einen Ort neu anziehen und für gefährlich erachtet werden. Der Köpenicker Zug war bekanntlich die Folge dieser eben wieder gegebenen Vorschriften. Sollte in der Tat gegen den im Jahre 1906 aus ehrliefer Arbeit staatlich gefassten Mann abermals auf Grund der gedachten Vorschriften vorgegangen werden, so ist das ein neuer Beweis für die Dringlichkeit der endlichen Beseitigung der Polizeiaufsicht. Auch die Polizeiaufsicht, die gegen den „Hauptmann“ noch bis zum 1. Februar 1911 zulässig ist, rechtfertigt aber das getroffene polizeiliche Verbot nicht. Eine Aufklärung über die Gründe des polizeilichen Vorgehens wäre am Platze. Uebrigens soll der „Hauptmann“ demnächst kinematographisch vorgeführt werden. Zu diesem Zweck hat er zwei Stunden lang einem hiesigen Institut „gegeben“. Die Vorführungen der Person des „Hauptmanns“ in dieser oder jener Form sind leider geeignet, die Aufmerksamkeit von der sozialen Tragödie und von den politischen Schlaglichtern abzulenken, die der Leidensweg des Wilhelm Voigt in so anschaulicher Weise aufweist.

Die Schwablen sind in diesem Jahre außergewöhnlich früh fortgezogen. Gleich nach Eintritt der Hundstage in den Hundstagen machen die besonders in Berlin heimischen „Segler“ sich auf die Reise und sind nicht wiederzuersehen. Die übrigen Schwablen folgten dann, nur die auf dem Lande in Stellungen nistenden Hauschwablen sind zum Teil zurückgeblieben und rüsten sich jetzt zum Aufbruch. Die hier und da vereinzelt an Gewässern horstenden schwarzen Störche sind ebenfalls schon nach dem Süden gezogen. Die weißen Hausfische verjammeln sich jetzt in großen Scharen an bestimmten Stellen, um die Reise nach wärmeren Gegenden anzutreten und können auch in der nächsten Umgegend von Berlin, zum Beispiel bei Mahlow, beobachtet werden.

Ein Millionär, der Geld braucht. Die katholische Presse behauptet so gern, daß die Heirat ohne Liebe ein Verbrechen sei. Sie will es wahr wissen, daß in katholischen Familien nicht nach Geld geheiratet wird. Im schönsten Gegensatz hierzu steht eine handgroße, vorzüglichtätige schwarz umrandete Heiratsannonce, die wir schon seit mehreren Tagen in der „Germania“ finden. Ein katholischer Großkaufmann mit über 125 000 Mark Jahreseinkommen sucht eine gleich gute und reiche, natürlich wackere katholische Partie. Ist das etwa keine Geldheirat? Nun, die Heiratsvermittlerin im schwarzen Rod werden's schon zusammenreimen, damit das schöne katholische Geld nicht in einer Wische zum Himmel fliehe. Wie man in Geldsachen ein Ding dreht, das haben sie ja von jeher prächtig heraus.

Galgenhumor. Ein Einbruch in das Automaten-Variété an der Brunerstraße wird an der Schaufensterscheibe durch folgendes humorvolles Plakat angekündigt: „Den Herren Einbrechern zur Nachsicht, welche heute Nacht sämtliche Automaten erbrochen und betraubt haben, daß fortan über Nacht nicht ein Pfennig in den Automaten verbleibt. Die Schafköpfe hätten 100 Mark mehr ergattern können, wenn sie genauer nachgesehen hätten.“ Und so was muß im Angesichte des Polizeipalastes passieren.

Laßt keinem Pastor nach!

Wie stände es um die „Kraft“ der Kirche, wenn alle, die ihren Verheißungen nicht mehr glauben, den Rut hätten, sich auch offen von ihr loszusagen? Wo bliebe ihre „Gerechtigkeit“, wenn nicht die Macht der Gewohnheit dafür sorgte, daß auch solche, die längst innerlich der Kirche entfremdet sind, bei „passender“ Gelegenheit doch immer wieder dem Pastor nachlaufen? Leute, die sonst den Teufel was nach einem Pastor fragen, meinen plötzlich, ihn nicht entbehren zu können, wenn sie miteinander den Hund fürs Leben schließen wollen oder wenn sie einen Angehörigen zu Grabe tragen müssen. Das befestigt bei der Kirche immer wieder den süßen Wahn, daß sie doch noch den alten Einfluß früherer Zeiten in ziemlich unverminderter Stärke besitze. Und daher erlebt man's denn auch immer wieder, daß solches Nachgefühl Pastoren verleitet, gelegentlich sich aufzuwerfen zu „strafenden Richtern“ über diejenigen, die ihnen nachließen und sie um ihren „Segen“ oder „Trost“ baten.

Ein neuer Fall der Ausübung pastoraler „Strafgewalt“ wird uns aus Staalen (bei Spandau) gemeldet. Ein Schlosser Sch., der dort anständig ist, wollte sich verheiraten. Das Brautpaar entschloß sich, die standesamtliche Eheschließung noch durch den „Segen“ der Kirche bekräftigen zu lassen. Uns ist nicht bekannt, ob Braut oder Bräutigam gläubig sind oder ob auch ihnen der Pastor nur als Dekoration dienen sollte. Einige Tage vor der Eheschließung begab sich die Braut zu dem Pastor, um — wie es in Staalen üblich ist — selber den Spruch auszuwählen, über den er predigen sollte. Sie wählte mit seiner Zustimmung: „Trachtet am ersten nach dem Reich Gottes“,

und harte nun der Predigt, die der Pastor darüber halten würde. Die Vorfreude wurde ihr dadurch getrübt, daß noch vor dem für die Feier in Aussicht genommenen Tage der Pastor auf Grund eines ihm bekannt gewordenen Gerüchtes erklärte, die Braut dürfe nicht Kranz und Schleier tragen. Der Vater des Bräutigams suchte den Pastor zur Zurücknahme dieser Anordnung zu bewegen, zu der sein Grund vorliege. Doch der Herr Pastor behauptete, es besser zu wissen, und blieb fest. So entschloß man sich, in seine Forderung zu willigen, um in der Kirche nicht einen Skandal zu erleben. Es wurde dann auf dem Standesamt die Eheschließung vollzogen, und das junge Paar rüstete sich zu der kirchlichen Feier, die noch folgen sollte. Zur festgesetzten Stunde begab die Hochzeitsgesellschaft sich zur Kirche, im Vorraum legte die Braut Kranz und Schleier ab, und ohne diesen Schmutz betrat sie die Kirche. Von einigen Hochzeitsgästen wurde der Vorgang mit Äußerungen des Unwillens begleitet, die für den Pastor nicht gerade schmeichelhaft waren. Die Feier begann, ein einleitendes Lied wurde gesungen, dann ergriß der Pastor das Wort. Als er den Spruch nannte, der das Thema seiner Predigt bilden sollte, erstaunten das Ehepaar und die Angehörigen nicht wenig. Der Herr Pastor hatte den Spruch, der von der Braut ausgewählt worden war, als nicht passend verworfen und hatte ihn ersetzt durch einen seiner Meinung nach passenderen Spruch, der etwa so lautete: „Was ihr miteinander gesprochen habt, weiß auch der Herr.“ Das mußte wirken wie eine Anspielung auf den vermeintlichen Anlaß der Entziehung von Kranz und Schleier, die soeben von dem Pastor verfügt worden war. Dem Vater der Frau war das denn doch zu arg. Kurz entschlossen erklärte er, das Brautpaar habe einen anderen Spruch ausgewählt. Der Herr Pastor machte ein verdutztes Gesicht, dann sagte er sich rasch, Klappte seine Bibel zu und brach die Feier ab. Ehepaar und Gäste verließen die Kirche in Aufregung. Draußen aber beruhigten sie sich schneller, als dem Pastor lieb gewesen sein wird. Die Schuppen fiel es den jungen Eheleuten von den Augen, und sie begriffen mit einem Male, daß man zur Eheschließung wirklich nicht den Pastor nötig hat. Ohne seinen „Segen“ begaben sie mit den Gästen sich zu dem Gasthof, um hier die Hochzeit zu feiern.

Was werden die jungen Eheleute tun, nachdem der Verkünder des Gotteswortes sie in dieser Weise zu „segnen“ versucht hat? Werden sie nicht nach solchen Erfahrungen jetzt aus der Kirche ausscheiden? Warum übrigens duldeten sie den Schimpf, den der Pastor ihnen in aller Öffentlichkeit antun zu dürfen glaubte? Warum wendeten sie ihm nicht schon in dem Augenblick sofort den Rücken, wo die Frau gezwungen wurde, Kranz und Schleier abzulegen? Besser wäre es gewesen, wenn sie ihm gar nicht erst Gelegenheit dazu gegeben hätten, seine Strafgewalt auszuüben. Niemand hat nötig, einem Pastor nachzulaufen und ihn für einen Ehebund um seinen „Segen“ zu bitten. Ehen werden rechtsgültig geschlossen vor dem Standesamt. Wer da einem Pastor die Genehmigung beirätet, auch noch ihn zu bemühen, der darf sich eigentlich kaum wundern, wenn der Pastor seine „Macht“ ihn fühlen läßt.

Einen gehörigen Denkzettel erhalten hat einer jener widerlichen Durschen, die sich unter der Maske von Kriminalbeamten an Liebespaare heranmachen, um Erpressungen zu begehen. Einem Brautpaar, das in später Abendstunde im Walde bei Spindlersfeld spazieren ging, trat so ein falscher, unberufener Sittenwächter entgegen und beschuldigte es wahrheitswidrig, durch unzüchtige Handlungen Vergewaltigung zu haben. Er erklärte das Mädchen für verhaftet, während er dessen Bräutigam fortschicken wollte. Dies wie das ganze Gebahren des angeblichen Beamten kam dem jungen Mann — einen Schlosser Seiffert — recht verdächtig vor. Er verlangte von dem Sittenfresser, daß er sich legitimiere, und als dieser es unter allerhand Ausflüchten ablehnte, nahm er ihn beim Kragen und prügelte ihn windelweich durch. Vergeltlich mehte sich der Gauner gegen den kräftigen, mit aller Wucht zuschlagenden Mann und war froh, als er für einen Augenblick freigelassen, in den Wald flüchten konnte.

Zwei Privatdetektive verhaftet. In einem „Privatlogis“ der Neuen Königstraße waren einem Reisenden verschiedene Wertgegenstände aus seinem Zimmer abhanden gekommen, ohne daß eine bestimmte Person in Verdacht kam. Später sah man sich die 22 Jahre alte bisherige Detektivin Lucie Fensle näher an und kam zu der Ansicht, daß sie wahrscheinlich die Täterin sei. Sie war bei mehreren Privatdetektiven tätig gewesen, hatte diesem Beruf aber kürzlich entsagt und war als Verkäuferin und Vertreterin des Inhabers in einem Konfektionsgeschäft der Frankfurter Straße untergekommen. Hier wurde ihr das größte Vertrauen geschenkt. Lucie F. ist aber trotz ihrer jungen Jahre schon ein volles Duzend mal mit den Strafbehörden in Verbindung gekommen und hat auch noch eine Strafe zu verbüßen. Ihre Straftaten sind meistens schwerer Natur, wie Einbruch, Verzug, Diebstahl bei jährllichem Zusammensein u. dergl. m. Zum Erlahmen des Prinzipals wurde sie am Mittwoch aus dem Geschäft heraus in Untersuchungshaft genommen, obgleich sie die ihr zur Last gelegte Tat bestritt. — In demselben Tage wurde der 19 Jahre alte Detektiv Karl Meyner aus Charlottenburg festgenommen. In seiner über jedes Lob erhabenen Tätigkeit ermittelte er zwar sehr schlimme Dinge, konnte sie aber nicht unter Beweis stellen. So wollte er auch in Erfahrung gebracht haben, daß ein Arzt aus Charlottenburg sich Verbrechen gegen das lebende Leben habe zuschulden kommen lassen. Er wollte nun zwar den Arzt nicht unglücklich machen, aber doch für sich einen Vorteil aus seiner Tätigkeit ziehen. Er schrieb an den Arzt, zog die Paragraphen des Strafgesetzbuches an, wies an die harten Strafen hin und — verlangte mehrere tausend Mark. Der Arzt ging scheinbar auf die Sache ein, verständigte aber die Kriminalpolizei. Gestern erschien nun an der Stelle, wo das Geld niedergelegt werden sollte, eine vorgeschobene Person, die einen mit Papier gefüllten Briefumschlag erhielt. Man folgte ihr und nahm Meyner fest, als er in Tiergarten das Schweigegegeld in Empfang nehmen wollte.

Im Betriebe getötet. Ein entsetzlicher Unglücksfall mit tödlichem Ausgang hat sich auf dem Rummelsburger Güterbahnhof zugegetragen. Der Eisenbahnbeamte Hermann Unger aus Vohagen war bei dem Rangieren zweier Güterwagen beschäftigt gewesen. Durch ein verhängnisvolles Versehen geriet der Bedauernswerte mit dem Kopf so unglücklich zwischen die Räder der beiden Waggon, daß er ihm vollständig zermalmt wurde. U. stürzte zu Boden und die Beine kamen jetzt auf die Gleise zu liegen. Beide Unterschenkel wurden dem Unglücklichen abgefahren. Der Verunglückte war auf der Stelle tot.

Ueberfallen und beraubt wurde am Mittwoch der hiesige Reisende Max Ullrich. U. war in Köpenick gewesen. Als er in später Abendstunde in der Kolonie Wendenschloß die sogenannten schwarzen Wege passierte, wurde er plötzlich hinterückt von drei unbekannten Tätern überfallen und niedergebunden. Die Taschen wurden ihm geraubt. Mit Schlagringen bearbeiteten die Räuber den Ueberfallenen. U. setzte sich kräftig zur Wehr. Als Personen nahen, zogen es die Wegelagerer vor, die Flucht zu ergreifen.

Der erwischte Kanonier. Endlich erblickt ist jener Garde-Feld-Kanonier, der in den letzten beiden Wochen in den Vororten Berlins zahlreiche Schwindeltaten verübt hat und vor dessen Treiben wir gewarnt hatten. Der Kanonier Schärer, der von seinem Truppenteil fahnenflüchtig wurde, verstand es, unter der Angabe, er habe eine Erbschaft von 125 000 Mark gemacht, eine ganze Reihe von Personen um Geldsummen zu prellen und Gastwirte um erhebliche Beträge zu betrügen. Nachdem er vierzehn Tage hindurch in Saub und Braus gelebt hat, ist er jetzt in einem Restaurant auf dem Gesundbrunnen von seinem Schicksal ereilt und nach der Arrestanstalt gebracht worden.

Ein Wechselkurswunder. Der mit außerordentlicher Geschicklichkeit „arbeitet“, tritt gegenwärtig auf. So erschien er am Mittwoch bei dem Buchhändler B. in der Gottschalkstraße und kaufte eine Kleinigkeit. Als Zahlung legte er ein Zwanzigmarkstück auf den Ladentisch. Geschäft verstand er es dann, mit dem Wechselgeld auch das Zwanzigmarkstück einzustreichen. Erst später beim Nachrechnen bemerkte B. den Verlust. Vor dem Gauner sei dringend gewarnt.

Diebstahl Versicherungsgeld. Vor einem ziemlich gutgekleideten Manne von etwa 40 Jahren, corpulent, mittelgroß, mit rötlich blondem, kurz und spitzgeschnittenem Barte, sei gewarnt, welcher unter dem Vorgeben, Agent einer außerordentlichen Vorteile bietenden Kinder-Versicherungsgesellschaft zu sein, eine Tageszeit für seine „Geschäftsgänge“ zu wählen scheint, in welcher die Männer nicht daheim sind. Bei einer Beamtentwittwe in der Keßelsstraße erschien der Bezeichnete gestern kurz nach 3 Uhr nachmittags. Die alte Frau war allein zu Hause. Der „Agent“ trat „recht nett“ auf und wurde dann auch in das Wohnzimmer genötigt. In der Absicht der alten Dame lag es, ihm die Adresse ihrer Tochter, welche drei Kinder besitzt, und eine Empfehlung an dieselbe mitzugeben. Bald nachdem der Versicherungsmann sie unter vielem Dank für den erhaltenen guten Auftrag verlassen, vernimmt die vertrauenselige Dame ihre Taschenuhr, welche auf der Kommode gelegen, sowie ein Papptäschchen, in welchem sich einige Briefmarken befanden hatten. — Also Vorsicht! Dem „findigen“ Herrn dürfte mit dem einen „guten Geschäft“ kaum gedient sein.

Selbstmord. Der Selbstmord eines Mannes rief in der Nacht zum Donnerstag an der Weidenammer Brücke großes Aufsehen hervor. Der erst zugereiste Kutscher Emil John stürzte sich über das Brückengeländer hinweg ins Wasser und ging sofort unter. Er wurde dann in einem Rettungsboje aus der Spree herausgeholt, doch hatten die Wiederbelebungsbemühungen, die bei dem Selbstmörder angeestellt wurden, keinen Erfolg mehr.

Ein heftiger Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Automobilbus. Der eine größere Verkehrsstörung zur Folge hatte, ereignete sich am Mittwochabend gegen 7 Uhr in der Vertrauensstraße. Zur genannten Zeit stieß dort vor dem Hause Nr. 15 der Autobus der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft gegen die Seitenwand des Anhängewagens Nr. 945 eines aus entgegengesetzter Richtung kommenden Straßenbahnzuges der Linie 58. Der Zusammenstoß erfolgte mit solcher Wucht, daß die Seitenwand des Bahnwagens durchstießen und an dem Kraftwagen die Vorderachse zerbrach wurde. Der Betrieb in der Vertrauensstraße war auf die Dauer von fünfzehn Minuten gestört und mußten während dieser Zeit die diese Strecke befahrenden dreizehn Linien abgelenkt werden. Personen wurden nicht verletzt.

Automobilfahrer-Lähmung ist eine neue Krankheit, die mit der wachsenden Verbreitung des modernen Verkehrsmittels immer häufiger auftritt. Sie besteht in der Lähmung einzelner Glieder und einer Erschlaffung der Nerven. Der Kranke befindet sich in einem Zustande höchster nervöser Erregung, dabei empfindet er starke Schmerzen im rechten Bein und in der rechten Hüfte. — Kein Wunder bei der Beschäftigung der Chauffeure, die bei unserer großen Straßen-Automobilomnibusse. Der wollte den Reuten die „Annehmlichkeiten“ ihres Berufes neiden! Die fortwährende Anspannung der Muskeln, die gespannte Aufmerksamkeit, die große Verantwortung müssen ja am Ende eine Zerrüttung des Nervensystems herbeiführen. Viele der heutigen Automobilfahrer waren ehemals wohl biedere Koffelkeller. Ihr neuer Beruf fällt ihnen viel schwerer. Sie seien, hört man sie sich äußern, früher nie so erschöpft gewesen, und die Zeit der Dienstfreiheit reiche zur Erholung nicht aus.

Für vergessenes Handgepäck haftet die Eisenbahnverwaltung in der Regel nicht. Das Gericht hat sich aber — der Zeitung der Ver. D. Eisenb.-Verw. — zufolge — für die Ersatzpflicht der Eisenbahn in folgendem Falle ausgesprochen: Ein Reisender hatte eine Lederne Handtasche im Werte von 80 Mk. im Weite liegen gelassen, dies aber dem Stationsvorsteher gemeldet, der durch telephonische Anweisung den inzwischen weiter gefahrenen Zug durchsuchen ließ. Die Tasche wurde aufgefunden und unterwegs abgegeben, verschwand dann aber aus dem Dienststrom auf unerklärliche Weise. Das Gericht entschied nun, daß die Verwaltung Ersatz zu leisten habe; denn auch der, der freiwillig eine Verwahrung übernehme, müsse die Pflichten des Verwahrers erfüllen.

Der Winter-Fahrplan der Eisenbahndirektion Berlin ist soeben im ersten Entwurfe erschienen. Er enthält die mit Rücksicht auf tretenden Veränderungen und Zugverschiebungen, wonach auch diesmal auf einigen Strecken die ersten Frühzüge in einfall kommen resp. etwas später gelegt werden. Dafür sind auch einige neue Züge hinzugekommen, so auf der Wannseebahn-Strecke Berlin—Steigilich, in den Vormittags- und Abendstunden. Vom 1. Dezember ab sollen wieder die Nachtzüge auf den westlichen Vorortbahnen gefahren werden, welche hauptsächlich den Besuch der Theater, Konzerte und anderer Wintererergungen in der Residenz zu erleichtern bestimmt sind. So werden zum Beispiel auf der Strecke Berlin—Groß-Lichterfelde-Ost die letzten Züge um 1.02, 1.22 und 1.42 nachts und auf der Potsdamer (Hauptbahn)-Strecke um 1.05 und 1.45 nachts verkehren. Der Zug 1.05 ab Berlin, Potsdamer Fernbahnhof, fährt während der ganzen Winterfahrplanperiode bis Wildpark, während der Zug 1.45 ab Berlin, Potsdamer Fernbahnhof, nur in der Zeit vom 1. Dezember dieses Jahres bis 1. April kommenden Jahres, und zwar bis Potsdam verkehren wird. In umgekehrter Richtung wird mit Rücksicht auf etwaige Doppelgleise ein Zug um 2.30 nachts vom Potsdam abgefahren, der ebenfalls nur vom 1. Dezember bis 1. April verkehrt. Endlich erscheint im Winter-Fahrplan die neue Fernbahnstrecke Beelitz (Stadt)—Wildpark, weil diese Strecke voraussichtlich mit dem 1. Oktober dieses Jahres in Betrieb genommen werden wird. Die ganze Strecke heißt daher jetzt: Beelitz (Stadt)—Wildpark—Rauen; die Züge fahren von Beelitz bis Caputh—Geltow 20 Minuten und von da bis Wildpark 8 Minuten, zusammen also 28 Minuten. Die Fahrplanänderungen, welche sich auf der Strecke Berlin—Spanndau—Dellgow—Döberitz in der Zeit vom 11. Oktober dieses Jahres bis Anfang April kommenden Jahres (während welcher der Truppen-Übungsplatz in Döberitz nicht belegt ist) ergeben, haben wir bereits mitgeteilt.

Das bekannte Auskunfts-Buch „Die Wohlfahrts-Einrichtungen Berlins und seiner Vororte“, welches vor legt 1904 erschienen, inzwischen aber völlig vergriffen ist, soll demnächst in vierter Auflage herausgegeben werden. Die Herausgeberin dieser, wie der früheren Auflage ist die Zentrale für private Fürsorge, W. 64, Unter den Linden 16, vormalig Auskunftsstelle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur. Allen Wohlfahrtsinstitutionen muß daran liegen, in dem Buch mit durchaus richtigen und ausgiebigen Angaben angeführt zu sein. Bezügliche Zuschriften nimmt die „Abteilung Bibliothek“ der oben genannten „Zentrale“ gern entgegen. Bei der Herausgabe des Werks handelt es sich bekanntlich um kein geschäftliches sondern um ein lediglich dem Allgemeinwohl dienendes Unternehmen.

Ein gesuchter Gewinner. Bei der Verlosung in der „Neuen Welt“ am Mittwoch fiel der Gewinn auf Nr. 430, Der Gewinner hat sich noch nicht gemeldet.

Das Luftseil von der Gitschiner Straße bis zur Varnhölbrücke (Prinzessstraße) ist behufs Umpflasterung bis auf weiteres für Fußwege und Reiter auf polizeiliche Anordnung gesperrt.

Feuerwehrbericht. In großer Lebensgefahr schwelben am Mittwoch drei Kinder, die ohne Aufsicht in einer Wohnung in der Streicher Straße 34 zurückgelassen worden waren. Angeblich durch Unvorsichtigkeit gerieten in der Wohnung Kleider und ein Spind in Brand. Zum Glück bemerkten Hausbewohner die Gefahr und holten entschlossen die Kleinen noch vor Anbruch der Feuerwehr aus der total verqualmten Wohnung heraus. Die Flammen konnten dann schnell gelöscht werden. — Wegen eines größeren Kellerbrandes wurde die Feuerwehr nach der Chausseestraße 20 alarmiert. Papier, Lumpen und anderes brannten dort, so daß tüchtig Wasser gegeben werden mußte. — Der neunte Zug hatte in der Köthener Straße 34 nachts um 12 Uhr zu tun. Dort brannten Vollen, Fußböden und anderes. — Der siebente Zug hatte in der Voghagener Straße 4 einen Brand zu löschen, der durch Fahrlässigkeit entstanden war. In der Calviestraße 30 war auf einem Ballon eine Rakete in Brand geraten und in der Libauer Straße 11 Gardinen, Steppdecken, Kattische und anderes. — Ferner mußte ein Brand gelöscht werden, der in der Kopenhavner Straße 20 auf einem Klosett angekommen war. Der Fußboden, die Balkenlage und anderes standen bei Anbruch der Feuerwehr schon in Flammen.

Auf der Treptow-Sternwarte spricht Direktor Dr. Ardenhold am Sonntag, den 23. August, nachmittags 5 Uhr, über „Die Lebensgeschichte der Sterne“; um 7 Uhr über „Werden und Vergehen im Weltall“; und am Montag, abends 9 Uhr, über „Die Weisheit der Welten“. Alle drei Vorträge, die mit zahlreichen Licht- und Drehbildern ausgestattet und gemeinverständlich sind, finden statt im Hörsaal, Restaurant Anape, vormalig Jenner, Treptower Chaussee 22, gegenüber der Sternwarte. Mit dem großen Fernrohr wird jetzt am Tage die junge Sichel der Venus und die Sonne mit ihren Flecken, abends Doppelsterne und Saturn gezeigt.

Vorort-Nachrichten.

Das Hebewerk für den Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin wird nicht zur Ausführung kommen. Es war ursprünglich geplant, den Höhenunterschied des Kanals bei Liepe um circa 30 Meter durch ein Hebewerk auszugleichen. Die wenigen bisher existierenden derartigen Bauten haben sich jedoch nicht in dem Maße bewährt, daß dieses für eine schnellere Abfertigung der durchschleusenenden Schiffe wichtige Bauwerk zur Anwendung kommen kann. Gegenwärtig bietet ein solcher Bau noch derartige technische Mängel, daß so viel Reparaturen zu befürchten wären, daß dies für die Schiffahrt mehr Störungen verursachen würde als die Anlegung eines Schleusenwerkes. Aus diesem Grunde wird eine Treppenschleufe angelegt und zwar nach dem Muster der Radower Schleufe am Teltowkanal. Es werden Doppelkammern eingebaut, die das gleichzeitige Passieren tal- und bergwärts fahrender Schiffe durch eine Schleusenstufe ermöglichen. Hierdurch wird auch die Anlegung von Sparschleusen denkbar, so daß Schwierigkeiten durch den Wasserstand nicht entstehen können. Da sämtliche Schleusenstufen gleichzeitig in Benutzung genommen werden können, wird durch das mehrfache Durchschleusen der Fahrzeuge kein übermäßiger Aufenthalt herbeigeführt und Stauungen vor der Treppenschleufe kaum zu erwarten sein. Die Zahl der anzulegenden Schleusenstufen ist noch nicht bestimmt. Dem Ministerium liegen mehrere Pläne vor, doch dürfte in nächster Zeit bereits eine Entscheidung fallen, welcher von ihnen zur Ausführung gelangen soll.

Eine Verkehrsstatistik über die Straßenbahnverbindung der kleineren Vororte mit Berlin ist vom Schmargendorfer Grundbesitzerverein herausgegeben worden. Danach kommt in Grix auf 1400 Einwohner, in Friedenau auf 4000 Seelen je eine elektrische Straßenbahn. In der Gemeinde Grunewald kommen auf 600, in Nieder-Schönhausen auf 2000, in Südenau auf 1800, in Tempelhof auf 3500, in Treptow auf 3000, in Schmargendorf aber erst auf 6300 Einwohner eine elektrische Straßenbahn.

Rixdorf.

Unter einfürgenden Erdmassen verschüttet wurden am Mittwoch an der Rainger Straße zwei Knaben. Auf den Schindbergen, zwischen der Rainger und Rainger Straße, hatten eine Reihe von Kindern gespielt. Nüchlich kam einer der Hügel ins Rollen und stürzte zusammen. Während es den übrigen Kindern gelang, sich in Sicherheit zu bringen, wurden die beiden acht und vier Jahre alten Brüder Albrecht aus der Raingerstraße mitgerissen und unter den Erdmassen begraben. Sofort machten sich in der Nähe weisende Bauarbeiter an die Rettung der Verschütteten. Der ältere Bruder hatte bei dem Unfall schwere Verletzungen erlitten, so daß er nach dem Kinderhospital gebracht werden mußte. Der jüngere hatte nur äußere Verletzungen davongetragen. Er wurde nach der elterlichen Wohnung geschafft.

Wilmerdorf.

Dachstuhl-Brandstiftung. Gestern morgen wurde der Dachstuhl des Hauses Uhländstr. 114/15 durch Feuer völlig zerstört. Der Brand hatte sich, als die Wilmerdorfer Feuerwehr kurz nach 1/8 Uhr an der Brandstelle erschien, bereits auf beide Seitenflügel des Hauses ausgebreitet. Der gesamte Dachstuhl des Vorderhauses stand in hellen Flammen. Die Wehr konnte noch deutlich mehrere völlig getrennt liegende Brandherde feststellen. Brandinspektor Dornel, der die Leitung übernahm, ließ sofort alle verfügbaren Rohre vornehmen und von einer mechanischen Leiter aus das Dach einschlagen, um dem Rauch Abzug zu verschaffen, der sich auf den Treppen sehr unangenehm fühlbar machte. Ueber die Häuser der angrenzenden Gebäude und die Treppen gaben dann fünf von einer Dampfpräge gespeiste Rohre Wasser. Der Dachstuhl des Vorderhauses wurde gänzlich zerstört. Die Flammen hatten nach Durchbruch der Decke ihren Weg auch zur vierten Etage gefunden und hier großen Schaden angerichtet.

Röpenitz.

Bei der durch Wahl des Dr. Hertmann zum Stadtrat erforderlichen gewordenen Stadtverordneten-Erwahlwahl der ersten Abteilung wurde Dr. Karl Lehmann mit 42 gegen 17 Stimmen, die auf den Schlächtermeister Paul Hausknecht fielen, gewählt.

Ueber „Konsumvereine“ und Genossenschaftswesen und deren Bedeutung für das Proletariat“ referierte Genosse Vorchardt in der letzten Wahlvereinsversammlung im „Bühnenpark“. In der Diskussion über den mit Beifall aufgenommenen Vortrag teilte Genosse Hülges die Teilnahmebereitschaft der hiesigen Arbeiterklasse gegenüber dem Konsumverein „Conjunctia“ und forderte die Anwesenden auf, das Verlaumte nachzuholen. Zur Generalversammlung Groß-Berlins wurden die Genossen Reichert, Wähler, Partig, Sallan, Heine und Heideck delegiert. Vertreter des Fortschritts der Frauen teilte der 1. Vorsitzende, Genosse Wolf, mit, daß der Frauen- und Mädchenbildungverein in seiner am 20. Juli stattgehabten Sitzung beschlossen hat, denselben aufzulösen und geschlossen dem sozialdemokratischen Wahlverein beizutreten. Diese Mitteilung fand allseitigen Beifall. Das Stiftungsfest des Wahlvereins findet am Sonnabend, den 23. August, im „Stadttheater“ (Inhaber Otto) statt.

Britz-Dankow.

In der Wahlvereinsversammlung vom 18. August hielt Genosse Störmer einen überaus fesselnden Vortrag über: „Revolution in der christlichen Religion“. Der lebhafteste Beifall der auch von Frauen stark besuchten Versammlung am Schluß seines

Referats zeigte, daß die Anwesenden seinen Ausführungen mit lebhaftem Interesse gefolgt waren. Die Genossen Raab und Deuthmann berichteten über die Kreisgeneralversammlung vom 16. d. M. Zur Generalversammlung von Groß-Berlin wurden die Genossen Frenzlau und Tiede delegiert.

Die Abrechnung des Kassierers, Genossen Dunske, von der Landtagswahl ergab eine Einnahme von 64,45 M. und eine Ausgabe von 68,75 M. Genosse Dunske rügte die Richtigkeit der Genossen, insbesondere der des 2. Bezirks, und forderte zu intensiver Beteiligung bei Sammlungen und auch anderen Arbeiten für die Partei auf.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Versammelten das Andenken des beim Baden vom Herzschlag getroffenen Genossen Engelmann in der üblichen Weise.

Treptow-Baumschulweg.

Am Dienstag fand eine außerordentliche Generalversammlung statt, die sich fast ausschließlich mit der Berichterstattung von der Kreisgeneralversammlung und der damit im Zusammenhang stehenden Trennungsfrage beschäftigte. Der Kreisvorstand sowie die Kreisgeneralversammlung hat es bekanntlich fast einstimmig abgelehnt, der Trennung des Wahlvereins in zwei selbständige Vereine zuzustimmen. In der Diskussion über den von den Delegierten erstatteten Kreisgeneralversammlungs-Bericht wurde die ablehnende Haltung der in Frage kommenden Instanzen in der vom örtlichen Verein als notwendig erachteten Trennung lebhaft bedauert. Das Ergebnis der ausgedehnten und lebhaften Diskussion war die Wahl einer Kommission, die Mittel und Wege ausfindig machen soll, wie in Zukunft erfolgreich unter den jetzigen Verhältnissen weiter gearbeitet werden kann.

Mariendorf.

In der gut besuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins, in der auch Frauen zugegen waren, hielt Genosse Denker einen sehr instruktiven Vortrag über das neue „Verzeichnis“. Dem Vortragenden wurde für seine so trefflichen Ausführungen reichlicher Beifall gezollt. In der hierauf folgenden Diskussion fand man es recht sonderbar, daß trotz des neuen Verzeichnisses die Mitgliederversammlung, zu der auch Gäste Zutritt hatten, von 2 Genarinnen überwacht wurde. Den Bericht über die Generalversammlung des Kreises gab Genosse Senner. Betont wurde, daß ersichtlichweise der Wahlverein bei der Abrechnung zur Landtagswahl mit einem Ueberschuß von 33 M. an dritter Stelle im Kreise steht. Abdann wird 7 Genossen das Wahlvereins, weil dieselben bei der Landtagswahl ihr Wahlrecht nicht ausübten, eine Rüge erteilt; 4 hiervon sind Nichtwähler. Aufgenommen wurden 28 männliche und 15 weibliche Mitglieder. Genosse Böfel gibt die Abrechnung vom Stiftungsfest und der Reisefeier. Das Stiftungsfest hatte eine Ausgabe von 184,80 M. und eine Einnahme von 170,20 M., die Reisefeier eine Ausgabe von 88,10 M., eine Einnahme von 101,80 M. Genosse Reichardt führte als Gemeindevorsteher an, daß Genosse Weber und er den Beschluß durchgesetzt haben, daß bei den Kanalisationsarbeiten in der Ringhauser Straße mindestens 2 Arbeiter vom Kreis zu beschäftigen sind. Arbeiter, welche etwa dort abgewiesen werden, sollen dies dem Genossen Reichardt baldigst mitteilen.

Nowawes.

Das Fällen der Bäume in der Lindenstraße zu Nowawes anläßlich der Schienenlegung für die Elektrische führte am Mittwoch vor dem Potsdamer Schöffengericht zu einem Nachspiel für den Zimmerer Timpe aus Voghagen. Er war bei den Arbeiten als Vorarbeiter angestellt und beaufsichtigte die Arbeiter, denen er auch die Löhne auszubehalten hatte. Da die Arbeiter ungleiche Lohnbeträge erhielten, wurde man mißtrauisch, und nach eingehender Untersuchung kam man dahinter, daß 2,40 M. von den Arbeiterlöhnen unterschlagen habe. Er entschuldigte seine Unreife mit seiner damaligen Notlage und erklärte sich zur Schadendeckung bereit. Da aber schon Anzeige erstattet war, kam die Sache zur Verhandlung. Er wurde wegen Unterschlagung zu 15 M. Geldstrafe verurteilt. Das Gericht schenkte seiner Behauptung, er habe als Vorarbeiter im Afford gearbeitet und Anspruch auf das unterschlagene Geld gehabt, keinen Glauben.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sachverständigen-Kommission des Reichsgerichts hat am 23. August 1907, die 9. Sitzung abgehalten. Die 9. Sitzung begann die Sachverständigen-Kommission um 6 Uhr. Jeder Antrags-ist ein Sachverständiger und eine Zahl aus der Sachverständigen-Kommission wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Frauen tragen man in der Sachverständigen-Kommission.

- 1. G. B. 1. Nach einem Beschluß des Kammergerichts vom Dezember 1905 ist der Vater berechtigt, den Kirchenaustritt für seine minderjährigen Kinder zu erklären. 2. Die Kirche rechnet solche Kinder zu sich gehörig. 3. G. B. 4. Der Austritt mußte bei der Geburt vollzogen werden.
- 2. G. B. Die Kirche ist nicht für Eigentum geworden; Sie müssen dieselbe vielmehr zurückgeben. Die Firma ist nicht berechtigt, etwaige Ansprüche gegen das Gehalt auszurechnen. — W. R. 77. 1. Jede großjährige Person kann zum Vormund ernannt werden. 2. Das Amtsgericht (Vormundschaftsgericht) kann auf Antrag ein noch nicht 18jähriges, aber älter als 13jähriges Kind für großjährig erklären. 3. Rein. — W. R. 1000. 1. Nach Ansicht der Kirchenbehörde ist, nach unserer Meinung, 2. Reineswegs. — W. R. 98. Na. — 2. 23. 1.—3. Rein. — Rixdorf 12. Ein solcher Vertrag ist sofort gültig, hat aber keinen Wirkung den schon vorhandenen Gläubigern gegenüber. — W. R. Na. — W. R. Na. — G. B. 1. und 2. Das ist möglich. Der Willkürmangel wird für die Zeit von Januar bis Januar gehabt. Wird eine Wohnung von Oktober bis Oktober vermiethet, so kann daher doppelt Miethenpacht gezahlt werden müssen. — W. R. 60. Eine Mitteilung an die Kirche und den Warrer genügt. — G. R. 6. Rein. — Vertrag 1907. Für den Fall einer Klage würden Sie zur Zahlung verurteilt werden. — W. R. 55. Rein, Sie befinden sich im Irrtum. — W. 11. Der Knabe müßte solange in der Schule bleiben, bis er des Entlassungszeugnis vom Rektor erhält. — W. R. 21. 179. Willkommen. — 3. Rein. — W. R. 1. Die Sparkasse ist sicher. Wenden Sie sich an eine städtische Sparkasse. 2. und 3. Na. 4. Zur Adoption ist ein gerichtlicher oder notarieller Vertrag und Zustimmung des Amtsgerichts erforderlich. Adoptieren kann nur, wer selbst keine ehelichen Kinder hat. Der Adoptierte soll mindestens 50 Jahre alt sein, doch kann von diesem Erfordernis Dispens erteilt werden. — U. 1. Wenn Frau nicht auch ausbleibt, muß sie Kirchensteuer weiterzahlen. — Diebstahl. 1. Die Frau muß den Termin wahrnehmen. 2. Nach Fruchtlosigkeit des Sähterminns ist die Bescheinigung herüber, sowie die Armenrechtsbescheinigung dem Landgericht zu überreichen, darzulegen, aus welchem Grunde Beschäftigung nachgekauft wird, die Beweismittel anzuführen und der Antrag auf Bewilligung des Armenrechts beim Landgericht zu stellen. — W. R. 99. Na. — W. R. 20. Wenden Sie sich an die Ballenbrenner. Der von Ihnen betonte Umstand ist ohne jeden Einfluß. — W. R. 29. Na. — W. R. 20. Direktion der Straßenbahnen, Leipziger Platz. — 2. 2. 23. Sie können unter Darlegung des Sachverhalts noch einmal sich an die Stadtkommission wenden oder Beschwerde bei der Oberlandesankwaltschaft beim Kammergericht einlegen. Bei Aussicht auf Erfolg hätte das erneute Vorgehen aber nicht. — G. 39. 1. Genoss. 2. Reineswegs zahlt die Versicherungskasse statt der Rente ein Kapital. Dazu ist sie nach dem Gesetz nicht berechtigt. — W. R. 8. Für den Fall der Hilfsbedürftigkeit ja. Bevor die Mutter sich an den Armenrechtlicher wendet, sollte sie einen Versuch mit einem Antrag an die Stiftungsdeputation, Poststr. 16 II, machen. — G. R. 11. 1. Ihre Willkürpapiere, Ihre Geburtsurkunde, die Sterbendeckende über ersten Frau sollte ein Auseinanderlegungsbuch ist erforderlich. Der Antrag auf Auseinanderlegung mit den minderjährigen Kindern ist an das Amtsgericht zu richten. 2. Wenden Sie sich an Genossen Simonowitsch, Angelstr. 15. 3. Soweit unbekannt, neu. Aber treten Sie mit Genossen Hoffmann, Blumenstr. 14, in Verbindung. — W. R. 46. Leider ist das Gesetz bezeichnet nicht bestimmte Gegenstände als unpfändbar, sondern sagt, daß die unpfändbaren Gegenstände unpfändbar sind. Welche hierzu gehören, ist von Fall zu Fall event. auf Beschwerde zu entscheiden. — W. R. 76. 1. Das ist nicht rassist. 2. Na. — G. 87. 1. 16,24 Mark und vom Tage der Geburt des Kindes ab bis 2. Tag außerdem 55 Pf. 2. Leider nein. — G. 6. 100. Sie haben keineswegs für die von Ihnen dargelegten Schulden Ihrer Frau. Ihre Frau kann sich von einer persönlichen Haftung für die Schulden der Nachlassens dadurch befreien, daß sie dem Nachlassgericht ihre Abkunft mitteilt, und um Ausgelösung der Gläubiger und Inventar ersucht. — W. R. 1. und 2. Na.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 21. August. Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Rignon. Königl. Schauspielhaus. Die Habenheimerin.
Neues königl. Theater. Koenigin. Anfang 7 Uhr.
Deutsches. Was ihr wollt. Kammerspiele. Ohgès und Ring. Anfang 8 Uhr.
Leffing. Die verjüngte Glocke. Neues. Baccarat. Neues Schauspielhaus. Die Dollarprinzessin.
Steines. 2x3=5.
Komische Oper. Der Zerrissene. Residenz. Der Floh im Ohr. Geibel. Frau Barrens Gernerbe. Lustspielhaus. Die blaue Maus. Trianon. Fräulein Jofette — meine Frau.
Weßen. Ein Walzertraum. Schiller O. (Walzer-Theater.) Der Postillon von Lonjumeau. Schiller Charlottenburg. Ein Fallissement.
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Ein Habenwäter. Luffen. Auf.
Thalia. Mitternachtsmädchen. Bernhard Rose. Das Geheimnis von New York.
Metropol. Das muß man sehen. eipoffe. Vera Violetta. Spezialitäten.
Gebrüder Herrfeld. Das kommt davon. Vorher: Es lebe das Nachleben.
Fähige. Spezialitäten.
Berliner Prater. Die Welt ein Karneval. Anfang 7 Uhr.
Carl Haberland. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Walhalla. Spezialitäten.
Hrona. Tausendstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.
Sterzwärze. Invalidenstr. 67/68.

Hebbel-Theater
Königsrüder Str. 67/68. Anf. 8 Uhr.
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in 4 Akten v. Bernard Shaw.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Baccarat.
Sonntags: Baccarat.
Sonntag: Der Dieb.

Kleines Theater.
Freitag, den 21. August cr.,
Anfang 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Sonntags: 2 mal 2 = 5.
Sonntag: 2 mal 2 = 5.
Montag: 2 mal 2 = 5.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
Der Floh im Ohr.
Schwan in 3 Akten von G. Heydem.
Deutsch von Wolf-Jacoby.
Morgen und folgende Tage: Der Floh im Ohr.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Suse.
Täglich: Suse.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Das Schloß am Meer.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

Gebrüder Herrfeld-
Anfang Theater. Vorverk. 8 Uhr. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57

Das kommt davon!
mit dem Vorspiel:
Es lebe das Nachleben.
Sombodie in 8 Akten von Anton und Donat Herrfeld.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Benefiz für den Oberregisseur Herrn Artur Soelen:
Berlin wie es weht und lacht. Volkstück mit Ges. in 3 Akten und erstklassige Spezialitäten.
Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 4 1/2 Uhr. Im Saale: Täglich gr. Ball.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
ZOOLOGISCHER ZARTEN
Täglich nachm. 5 Uhr:
Gr. Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 M.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Operette von Oscar Strauß.

Friedrich-Wilhelmstädtisches
8 Uhr. Schauspielhaus. 8 Uhr.
Sommerplatz. Leitung v. G. Wg.
Freitag, den 21. August 1908:
Ein Rabenvater.
Schwan in 3 Akten v. Barno u. Fischer.
Sonntags: Die Diebin.
Sonntag: Ein Habenwäter.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr: Die Attraktions-Novitäten.

9 1/2
Vera Violetta.
Revue-Operette von Ed. Choler.
10 1/2: Grat Zepella auf seiner großen Fahrt.
9 1/2 7 1/2 Uhr: Konzert im Theatergarten.

WINTER GARTEN
Eröffnungs-Programm.
The Zancigs — Joseph Josephi, Sänger — Ephraim Thompson, dressierte Elefanten — Okabo, Japaner-Truppe — Die 5 Mowatts, Koulou-Jongleure — Die 12 Tiller Girls, Engl. Gesangs- u. Tanztruppe — Cornelia und Eddie, Amerikanische Excentrics — Der Zukunftspreis, Wettrennen m. lebenden Pferden. Karl Hertz, Zauberkünstler. Boyer de Lafery, französ. Sängerin. Der Biograph.

Metropol-Theater
Zum 937. Male:
Das muß man seh'n.
Revue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

BERNHARD ROSE THEATER
Dr. Frankfurter Str. 132.
Das Geheimnis v. New York
Anf. 8 Uhr. Sommerpreise.
Auf der Gartenbühne:
Theatervorstellung. Spezialitäten.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Diez' Spezialitäten-Theater
Landsberger Allee 76/79,
direkt Ringbahn-Station.
Bequemste Platzgelegenheit nach allen Stadtrichtungen.
Ob schön! Ob Regen!
Täglich:
Das neue und beste Programm Berlins.
Anf. 3 Uhr, Entree Wochent. 20, Sonntags 30 Pf.
Täglich:
Vollbesichtigungen aller Art.

Brunnen-Theater
Sadstraße 68. Direkt.: Willi Voigt.
Täglich:
Der jüngste Leutnant.
Erstklassige Spezialitäten.
The Horos Kurt Elyas
Paul Coradini, Mr. King and Miss Cooke
Büglers 8 wilde Königslöwen.
Größung 2 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.
Vorverkauf von 10 Uhr ab.
Mittwoch, 20. August: 40-jähriges Bühnenjubiläum von Karl Böder.

Das tägliche Ziel vieler 1000 Schaulustiger bildet die
Hagenbeck-Schau
Berlin, König-, Ecke Neue Friedrichstraße. 213/8
Täglich abends 8 Uhr: Große Vorstellung.
Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend 2 große Vorstellungen, nachm. 4 u. abends 8 Uhr.
Jeden Sonntag von 11 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr Besichtigung u. Fütterung der Raubtiere.
Jeden Wochentag ab 10 Uhr vorm. bis 1 Uhr mittags hochinteressante Raubtierrensur-Proben.
Besichtig. u. Fütterung d. Raubtiere geg. ein Entree v. 50 Pf. f. Erwachsene u. 25 Pf. f. Kinder.

Schiller-Theater.

(Walzer-Theater.) Morwih-Oper.
Freitag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Bütel:
Der Postillon von Lonjumeau.
Romische Oper in 3 Akten v. H. Adam.
Sonntags, abends 8 Uhr:
Populäre Vorstellung v. halb. Preisen:
Die Jüdin.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
bei halben Preisen:
Die Afrikanerin.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Bütel:
Der Troubadour.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Ein Fallissement.
Schauspiel in 5 Aufzügen von Widenfjernes Widenfjorn.
Sonntags, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Das Stiftungsfest.
Sonntag, nachm. 3 Uhr,
Stein unter Steinen.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Das Stiftungsfest.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Ter.
Spezialitäten-Vorst. im Garten.
Belungst. Witterung. Theater.
Großes Progr. Anf. d. Nacht 8 Uhr.
Anf. d. Gartenfang. 7 Uhr. 11 Pf.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Ott. Brunnenstr. 10.
Angeklagt!
Schauspiel in 7 Bildern.
Anf. 6 Uhr. Kaffeelücke 3-6 Uhr.
Sonntags: Extra-Vorstellung:
Der Wilderer.

Fröhels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Mit vollen Segeln.
Lebensbild in 3 Akten.
Dazu
erstklassige Spezialitäten.

Parodie-Theater
Dresdener Straße 97.
Heute:
Cavalleria-Rustikana und
die urkomische Burleske
„Berlin steht Kopf“.
Anfang Sonnt. 8, Wochent. 6 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anf. Wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und
Restaurant: Militär-Konzert.

Schweizer Garten.
Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich: Theater-Vorstellung,
Spezialitäten und Ball.
Jeden Abend Berliner Leben.
Vollstück mit Gesang in 3 Bildern.
Jeden Mittwoch: Kinderfreundfest.
Vollbesichtigungen. Kinematograph.
Entree 30 Pf.
An Wochentagen ist Saal u. Garten
an Vereine zu Festlichkeiten zu
vergeben.

Große Extra-Mondscheinfahrt
mit Militär-musik.
11185
Sonntags, den 22. August
nach Restaurant „Kyffhäuser“ ab Schillingsbrücke
Dasselbst: Sommer-nachtsball.
Abfahrt 9, 9 1/2, u. 10 Uhr.
Hin und zurück 50 Pf.

Große Dampfer-Ferienfahrten
in der Gosener Berge.
nach Wernsdorfer Schleuse in der Nähe die
Jeden Sonntag, Montag, Mittwoch u. Donnerstag früh 9 1/2 Uhr, nachm. 2 Uhr, bis u. zurück 50 Pf.
Dazu ladet freundlich ein Restaurant zum Ober-Prece-Kanal.
Ben nachmittags ca. 2 Uhr an (halb) nach (stündl.) Sonntags 30 Pf., wochentags 20 Pf. Restaurant Kyffhäuser.

Goldisanschmuck
Beste Ernte für echten Goldschmuck, weil 10-jährige
erkundliche Garantie für Haltbarkeit u. gutes Tragen,
sonst verbürgter Umtausch. Elegante Original-Stein.
Billige Preise. — Erhältlich in Goldwarenhandlungen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser langjähriges Mitglied,
der Wälfischer
Wilhelm Kalisch
am 18. d. Mts. im Alter von
40 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 21. d. Mts., nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Kirchhofs Gemeinde-
friedhofes, Mariendorfer Weg,
aus statt.
Die Verwaltung II.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Einsetzer
Stefan Jakobowski
am 19. August gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntags, den 22. August, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Sebastian-Kirchhofes
in Reinickendorf (Humboldtstraße)
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
69/4 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Kranken- und Sterbe-
kasse der Tischler**
(G. S. S.)
Zahlstelle Lichtenberg.
Todes-Anzeige.
Am 18. August verstarb unser
Mitglied, der Vergolber
Hugo Thomas.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 21. August, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle in Wittenberg, Tornitzstraße,
aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Dankjagung.
Allen Verwandten und Bekannten
für die herzliche Teilnahme bei der
Beerdigung meines Vaters und
Maters, insbesondere seinen beiden
Lebensgenossen vom 1. März 1890
vom Glanberger Kramoll, sowie für
die Kranzspende vom Verbands der
Krauer herzlichen Dank.
Witwe Zepp nebst Tochter,
11908 Gderröndler Str. 16.

Sanssouci, Kottbuser
Straß 6.
Direktion Wilhelm Kullmer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
und
Tanzkränzchen
Beg. Sonnt. 3. wochent. 8 1/2.

Volksgarten-Theater
— am Bahnhofs Gesundbrunnen. —
Freitag, den 21. August 1908:
**Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.**
Neues Riesen-Programm.

Neue Welt
Hasenheide 108-114.
**Gr. Bayerisches
Kellerfest**
Heute:
**Prämierung
der größten
Dame.**
3 Preise:
M. 60.—, M. 40.—, M. 20.—
Prämierung 10 Uhr auf der Bühne.
Anmeldungen bis 9 1/2 Uhr
an der Kasse.

Gstbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
**Großes Konzert,
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

(Örtlicher Viertel.)
Bezirk 225, Teil I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Schlosser
Karl Hesse
Reichenberger Str. 81
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 21. August, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
Reichow aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
225/3 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Schlosser
Karl Hesse
am 17. d. Mts. an Lungen-
entzündung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 21. August, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
Reichow aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Tischler
August Kurth
am 18. d. Mts. an Nierenleiden
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntags, den 23. August, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Gethemane-Kirchhofes
in Nieder-Schönhausen (Nordend)
aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
121/1 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am 19. August verstarb unser
Mitglied, der Tischler
August Kurth
Charlottenstraße 61.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntags, den 22. August, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Gethemane-Kirchhofes
in Nieder-Schönhausen (Nordend)
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
228/29 **Der Vorstand.**

Allen Freunden, Bekannten und
Kollegen die traurige Nachricht,
daß mein lieber Sohn, unser
guter Bruder, Schwager und
Onkel, der Korrektor
Paul Hoffmann
am 19. d. Mts., nachm. 5 1/2 Uhr,
nach langem, schwerem Leiden
gestorben ist.
Die Beerdigung findet Sonntags,
den 23. d. Mts., nachm. 4 Uhr,
von der Leichenhalle des
Waldenburger Kirchhofes am
Waldenburger Weg aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Am Dienstag, den 18. d. M.,
verstarb nach schweren Leiden
meine innigste Frau
Maria Berger
geb. Schirbock
im Alter von 36 Jahren.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 23. d. M., nach-
mittags 3 Uhr, vom Kranen-
haus Kirchhof aus nach Reinickendorfer
Kirchhof, Berlin Str. 26, statt.
Der tiefbetrübte Gatte
Franz Berger,
11198 Raristraße 14.

Dankjagung.
Sage allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, den Angehörigen
sowie den Mitgliedern des Deutschen
Metallarbeiter-Verbands und dem
Sozialdemokratischen Wahlverein
Berlin III für die rege Beteiligung
bei der Beerdigung meines lieben
Vaters sowie für die reichen Kranzspenden
meinen besten Dank.
11253 **Bertha Kudo.**

Dankjagung.
Allen Kollegen und Kolleginnen
der K. G. S., Schlegelstraße, Abteilung
Metallarbeiter-Verband, sage ich
im Namen aller trauernden Hinter-
bliebenen für die innige Teilnahme
bei der Beerdigung meines verstorbenen
Braters
Emma Welsky
meinen herzlichsten Dank. 11235
Alfred Klingebell,
Mitglied des Deutschen Metallar-
beiter-Verbands.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis:
Hof I. Amt III. 1839.

Verwaltungsstelle Berlin.
Charitéstraße 3.

Haupt-Bureau:
Hof III. Amt III. 1987.

Sonntag, den 23. August 1908, vormittags 10 Uhr:

Allgemeine Versammlung

Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4.

Tages-Ordnung:

1. Der gegenwärtige Stand unserer Tarifbewegung.

Referent: Kollege Handke. 2. Diskussion.

121/1

Kollegen! Der Tag, an dem der gegenwärtige Tarif abläuft, rückt immer näher; darum soll in dieser Versammlung die Entscheidung getroffen werden, wie wir unser ferneres Verhalten einrichten. Es ist aber notwendig, daß ein jeder Kollege über die Antwort der Arbeitgeber unterrichtet ist. Deshalb ist es Pflicht eines jeden von Euch, in dieser Versammlung zu erscheinen. In Eurem eigenen Interesse agitiert für einen guten Versammlungsbesuch! Keiner darf fehlen! Ein jeder muß zur Stelle sein!

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Mit kollegialem Gruß

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.
Verband der Kupferschmiede, Filiale Berlin.
Verband der Schmiede, Zahlstelle Berlin.

Die Vertrauensmänner der Rohrleger und Helfer von den drei Organisationen werden ersucht, am Sonntag, vormittags 8 1/2 Uhr, Saal 7 des Gewerkschaftshauses zu sein.

Sonntag, den 23. August 1908, vormittags 9 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

für die Branche der Eisen-, Metall- und Revolverdreher in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.

Tages-Ordnung:

1. Branchenangelegenheiten (die gegenwärtige Lage unserer Branche). 2. Diskussion.

3. Bericht der Unterstützungskommission für ausgeheuete Kollegen. 4. Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwarten wir von allen Mitgliedern ein zahlreiches Erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!
Sangesfreunde!
Sonntag, den 23. August 1908,
findet eine

Morgensprache
in Ludwigs Viktoriagarten, Köpenicker Landstraße
statt, veranstaltet von den
Gesangvereinen des Arbeiter-Sängerbundes.

Möbelfabrik
Julius Apelt
6 Adalbert-Straße 6
Hofbahnhof Köpenicker Tor
(früher Stalder Straße 6).

Eine gutgehende Bantischlerei
lucht Tischler mit Verdienen bis
5000.— als Soz. Viel Arbeit
vorhanden. 40383
Dorfstr. Fr. 3333 Postamt 34.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Gute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Branche der Musikinstrumentenarbeiter.
Montag, den 2. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engelauer 15, Saal I:
Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Landtagsabgeordneten Ströbel über das Thema:
„Jugendorganisations- und Branchenangelegenheiten.“ 2. Verschiedenes.
3. Mitgliedsbuch legitimiert. 4. Zahlreichen Besuch erwartet Die Branchenkommission.

Bolero
ist nach dem
Urteil aller Sachverständigen
die
feinste 2 Pf.-Zigarette.
Garantiert Handarbeit!



Zur Einsegnung
Schwarze, weiße u. farbige Kleider
aus wollenen Stoffen mit
Spachtel- u. Doringarnierung.
15, 20, 25 u.
Jackette u. Paletots
8, 10, 12 u.
Elegant verarbeitet. Neueste
verarbeitete. aus englischen Stoffen
9, 12, 15, 18 M. 3, 6, 10, 15 M.
Ein groß. Posten gefüllte wollenen Blusen 3,50 M.
Tüll-, Spitzen- und seidene Blusen.
Jackett- und Paletotkleider 10, 15, 20 M.
Stelmann & Rosenberg
Kommandanten-, Ecke Lindenstr.
2 Häuser vom Dönhofsplatz, 12 Schaufenster

Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein
Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.

Touren

zum Sonntag, den 23. August.
1. Abt. 6 Uhr: Teupitz. 1 Uhr:
Richterhorn. Start: Wiltonstr. 58.
2. Abt. 6 Uhr: Dreieck a. O.
1 Uhr: Doppelgarten. Start: Fontane-
Promenade 15.
3. Abt. 4 1/2 Uhr: Budow. 1 Uhr:
Zehlendorf (Karlstr. 12). Start:
Parlamentplatz.
4. Abt. 5 Uhr: Lehmin (Tage).
1 Uhr: Wannsee (Philipp). Start:
Kästriner Platz.
5. Abt. 3 Uhr: Freiental. 1 Uhr:
Katenfelde. Start: Glesian.
6. Abt. 7 Uhr: Streckzüge durch
den Norden. 1 Uhr: Zehlendorf-
Ellenide. Start: Oberberger Str. 29.
7. Abt. Sonnabend, abends 9 Uhr:
Rachow. Nachmittags 1 Uhr:
Köpenick. Start: Grenzstr. 21,
bekannt gegeben.
8. Abt. 7 Uhr: Drakenburg.
1 Uhr: Zehlendorf. Start: Wald-
straße 8.
9. Abt. 1 Uhr: Fischgarten. Start:
Schillingstraße 15/16. — Die Ver-
sammlungen finden von jetzt ab jeden
ersten und dritten Donnerstag bei
Freyer, Köpenicker Str. 29, statt.
10. Abt. 6 1/2 Uhr: Seelitz. 1 Uhr:
Wannsee. Start: Weberstraße 17.
11. Abt. Mittwoch, den 26. August,
vormittags 8 Uhr: Königs-Wulter-
hausen (Altes Schützenhaus). Start:
Große Hamburger Straße 18/19.
Gäste willkommen.

Achtung! Sonnabend, den 5. Sep-
tember: Stiftungsfest in der Bauerei
Friedrichshain.

Sieben erschien
in zweiter verbesserter Auflage

Gustav Adolf

Ein Fürstenspiegel zu Lehr und
Nutze der deutschen Arbeiter
von Franz Mehring
mit einem neuen Vorwort
Preis 1.— M. 247/1*
5 1111 g e Ausgabe 40 Pf.
Expedition des „Vorwärts“
Lindenstr. 69, Laden.

Billigste Bezugsquelle für
Hygienische
Bedarfs-Artikel
Drogerie Zarcmba,
Berlin N., Weinbergsweg 1.
— Ein Versuch —
führt zu dauernder Kundenschaft.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort
(fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben
zahlen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen
für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69,
bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Verbrechen und Prostitution als
soziale Krankheiten. Von
Paul Ehrlich. Preis 2.— Mark, geb.
2,50 Mark. Expedition Vorwärts,
Lindenstraße 69.

Taschenbuch für Gartenfreunde.
Ein Ratgeber für die Pflege und
sachgemäße Bewirtschaftung des häus-
lichen Gartens, Gemüse- und Obst-
gärtens von Max Heßler. Mit
109 Textabbildungen. Preis 2,50 M.
Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Teppiche! (Jedlerhalle) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Brunn, Dörflicher
Markt 4, Bahnhofsstr. 264/11*

Bronzegastronen, Nischenwände,
Gehäusen. Alle Tafelstr. 125.

Installationen und Händler kaufen
Bronzegastronen, Zugampeln, Gas-
beleuchtungs-Gegenstände, Hängegas-
brenner allerbilligst. Großhandlung
Alle Tafelstr. 125. Geschäftstelefon
Engrosabteil. 1004R*

Teppiche mit Karbeseilern. Fabrik-
niederlage Große Frankfurterstraße 9,
partiere, Raucherhof. Vordrucktelnern
5 Prozent Rabatt. 1074B*

Monatsanzüge und Sommer-
paletots von 5 Mark sowie Hosen
von 1,50, Gedrucktanzüge von 12,00,
Frauens von 2,50, sowie für luxuriöse
Figuren. Neue Garderobe zu namend
billigen Preisen, aus Handweben
verarbeitete Sachen laufen am
billigsten bei Rög, Wuladstraße 14.

Klassiker-Ausgaben, Goethe, Heine,
Reuter, Schiller, Schaftepeare, je vier
Bände 6.— Mark. Gledendorff, Kaufh.
je zwei Bände 3,50 Mark. Bürger,
Meiß, Reman, Wilsch, Wieland und
andere, je ein Band 1,75 Mark. Ex-
pedition, Lindenstraße 69, Laden.

Herrenanzüge! Handweben!
Stanzanzüge! Bettendervant!
Waldverant! Gardinenverkauf!
Sommerpaletots! Gedrucktanzüge!
Nadelanzüge! Herrenhosen! Nischen-
wände! Brautkleider! Ubrer-
verkauf! Kettenverkauf! Ringverkauf!
Goldene Uhren! Teppichverkauf!
Stehpöden! Nähmaschinen! Sonntags
ebenfalls geöffnet. 1101*

Spezialkarte von Oberwalde,
75 Pf. Expedition, Lindenstraße 69,
Laden.

Geschäftverkäufe.

**Bäckerei, Patentofen, Dreizimmer-
Wohnung, 600 Mark Wert, im Villen-
vorort Pichenuau bei Rahndorf billig
veräußert bei Seger. 177/20**

Restoration ist billig zu ver-
kaufen. Gutes Geschäft mit Vereins-
zimmer, Auskunst Expedition „Vor-
wärts“, Röhrenborferstraße 3. 140

Plattes Milchgeschäft, schon ein-
gerichtet, mit Kasse, Porzell, Kolonial-
waren, Auskunst. Tageslohn 40,00.
Röhrenborferstraße 23, Expedi-
tionsstr. 157

Möbel.
Auf Teilzahlung. Möbelerstattung,
Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark
an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark an.
Verleihen gewogene Möbel spottbillig.
„Verolina“, Rahnienstraße 49. 1009R*

Kleiderplatz 10, 2. H. 3. Kommode 5,
Beisladens 23, Tapetier. 150/7

Möbel-Gelegenheitskäufe! Rän-
nung des Lagerzimmers bis 1. Sep-
tember. Verkauf zu kolossal billigen
Preisen: Kuchenschrank, Vertikal
25.—, Tischstuhl, Schreibtisch in
vielfach Auswahl 34.—, Röhren
20.—, bunte Stühle 58.—, gelblich
Schrank in verschiedenen Ausführ-
ungen, Saiten-Schlafzimmer, Röhren,
grobes Lager in einfachen sowie
besseren Einrichtungen (je nach Preis-
Verhältnisse) erbeten für Brau-
leute, Möbelkäufer günstige Gelegen-
heit. Dirschowitz, Möbelverleiher,
Chausseestraße 48. 1068R*

Nur ein Privatauflauf! Wollen Sie
wirklich eine einfache oder bessere
Wohnungs-Einrichtung billig, aber
trotzdem neue, reelle Möbel kaufen,
so müssen Sie Lothringersstraße 26
(Schönhäuser Tor) hingehen. Ein
billiger als die meisten Möbelhändler!
Zum Beispiel: Komplettte Wohnungs-
Einrichtung mit moderner Küche
250 Mark, bessere 350—425—500 bis
1500, Speisezimmer, Küche, mit Ver-
schönerung, komplett 650—700—850—2000,
Herzengzimmer, Salons, Schlafzimmer,
Kleiderkammer, moderne Stühle
68—100. Befichtigung in 6 Etagen!
Transport frei, auch weite Vororte!
Verkauf nur Lothringersstraße 26,
Schönhäuser Tor, Hof, geöffnet
8—1/2 Uhr, Sonntag 8—2 ununter-
brochen. Bei schriftlicher Anmeldung
auch Sonntag nachmittags. 1067R*

Fahrräder.

Fahrräder, Teilzahlungen. Inva-
lidenstraße 20 Stallgerstraße 40. 320R*

**Fahrräder, Grammophone, Teil-
zahlungen, ohne Aufschlag, Loth-
ringersstraße 40. 674R***

Herrenfahrrad, Damenfahrrad
wie neu, 45,00. Holz. Blumen-
straße 36b. 977R*

Verschiedenes.

Gestohlen Möbelfahre 31. Juli
ab Kaiserstraße 73. Nachweis
hohe Belohnung. Schand, Adalbert-
straße 20. 1134

Kunstgegenstände E. Louffant,
Berlin O., Joachimstraße 110, Repa-
raturen, Lötlarbeiten preis-
wert. 871B*

Parentanwalt Wessel, Wilmers-
straße 94. 2555R*

Wenn die Mutterprache beherzigen
Erfolgreichen, leicht lachlichen Unterricht
in Wort und Schrift der deutschen
Sprache erteilt Damen und Herren
(separat) auch abends ein tüchtiger
und gewandelter Privatlehrer. Die
Stunde kostet eine Mark. Eine Unter-
richtsstunde wöchentlich genügt Ge-
sällige Angebote sind unter G. a. an
Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Kunstkopiererei von Frau Kofsky,
Schlachtenstr., Kurstraße 8, III.

Komiker, billig, wohnt Köpenicker-
straße 147. Schwarz. 1090R*

Teilnehmer an einem englischen
Stiel (monatlich 4 Mark) werden ge-
sucht. Privatstunden für Anfänger
und Fortgeschrittene werden erteilt.
G. Swienty, Schöneberg, Sedan-
straße 57, III. 1003R*

Teichel-Entende Geflügelman-
nstraße 3. 771R*

„Reichhaus“ Reuter*, Große Frank-
furterstraße 116 I. Hohe Belohnung
für Uhren, Goldwaren, Silberwaren,
Belwaren, Wäsche, Möbel sowie jeden
Wertgegenstand. 902R*

Platina, Gold, Silber, Geflügel,
Schwarzgold sowie sämtliche gold- und
silberhaltigen Rückstände faul Gold-
schmelze, Köpenickerstraße 29. Tele-
phon IV, 6958. 1501R*

Vermietungen.

Wer Stoff hat? Fertige Herren-
anzüge 15,00. Wagner, Schneid-
meister, Lichtentbergstraße 9. 150/3*

Auffpolierung, Bettmatratze 4,00,
Sofa 5,00, auch auherm Hause.
Hofmann, Neue Königsstraße 30.

Küchenmöbel Spezialist liefert
Einrichtung, 14 Mark. Postkarte,
Lunge, Röhren, Kaiser-Friedrich-
straße 176. 1101

Berliner, kleiner Saal zu Ver-
sammlungen, Sonntags,
Dienstags freigegeben. Invaliden-
straße 146, „Vereinshaus“. 1160*

Wohnungen.
Soldinerstraße 16 Zwei-
und
Dreizehnzimmerwohnung (separat, auch
später. 9065*

Soldinerstraße 9, 2 Stuben
Küche, Balkon, Stube, Küche, Balkon,
billig, bei Stender. 10155*

Soldinerstraße 8, 2 Stuben,
Küche, Balkon, Stube, Küche, Balkon,
billig, bei Stender.

Grünhalderstraße 42, 2 Stuben,
Küche, Balkon, Stube, Küche, Balkon,
billig, bei Stange.

Zimmer.
Möbliertes Zimmer billig. Frau
Gerten, Valfleurstraße 42. Anfragen
nach 5 Uhr. 1109

Schlafstellen.
Schlafstelle für Herrn bei Knoll,
Raunischstraße 4. 1122B

Freundliche Schlafstelle an zwei
Herrn bei Bernhart, Köpenicker-
straße 134/135. 1113

Schlafstelle vermietet Witwe
Kamenzel, Wiltfordstraße 7. 1120

Freundliche Schlafstelle, zwei
Herrn, Ubrich, Inmanuelstr.,
straße 35 II. 1109

Mietsgesuche.
Junger Mann sucht Schlafstelle,
abends, Zentrum. Preisofferten O. R.,
Postamt 42. 1114B

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Blinder Stubenheizer bittet um
Arbeit. Stelle werden abgeholt und
zurückgeliefert. R. Wäber, Röhren-
straße 27. 1463B

Stellenangebote.
Automobil-Betriebs-Gesellschaft,
Hannoverschestraße 5, bietet junge
Leute im Mindestalter von 21 Jahren
zu Motorfahrzeugführern aus, sofern
sie den üblichen Bedingungen der
Berufshilfe entsprechen. Eintritt
tätlich. 10155*

Kunstmaler, selbständige, ver-
langt R. Blume, Charlottenburg,
Schillerstraße 97. 1110*

Wärmehelfer verlangt dauernd
Casse, Nischenstraße. 1127B

Marmorhauer und Schleifer ver-
langt Graf, Steglitz, Doppelstraße 17.

Tüchtigen Handigmacher verlangt
Goldblechfabrik Reichenbergerstr. 83.

Tüchtiger Klavierpieler mit Ver-
trag für die Wintermonate Freitag,
Sonnabend und Sonntag gesucht.
Wagner, Landsberger Allee 14. 120

Wamsells auf Jackets und
Kostüme verlangt Dreuside, Münch-
bergerstraße 31. 1140

Zu Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

**Junger, tüchtiger und strebamer
Buchhändler**
mit umfangreichen Fachkenntnissen
sucht per 1. Oktober inkubieren
Posten. Sogender in gelehrter
Sortimenter und 3. Jt. auf selbstän-
digen Posten in Leipzig, Großhaus mit
Kontenführung, Korrespondenz, Rechi-
nung. Klagen werden befreit. Best. Angebote
an die Geschäftsstelle 8, Borsenderstr.,
Nr. 3052, Leipzig, Postfach 11.